LANDKREIS NIENBURG/WESER

D E R L A N D R A T

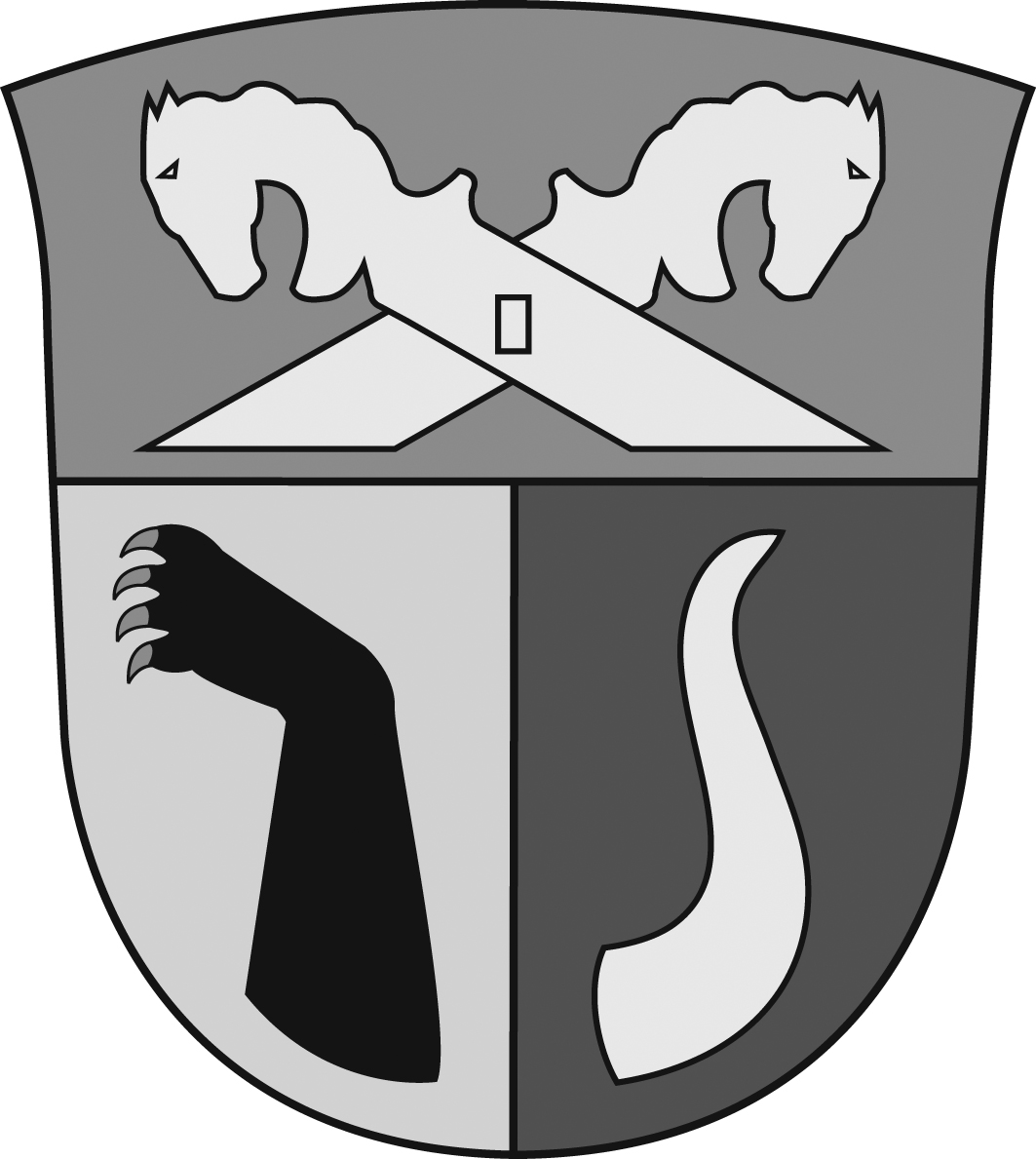
**Fachbereich Umwelt Nienburg, 07.02.2020**

**Kreishaus am Schloßplatz**

**552-512-50-210-396/16 31582 Nienburg**

Auskunft erteilen:

Frau Nolte 🕿 05021 967-264  
 Frau Mühlenhardt 🕿 -358  
 🖨 05021 967-447



# P L A N F E S T S T E L L U N G S B E S C H L U S S

**zur Herstellung eines Gewässers im Zuge der Neuaufnahme eines Bodenabbaues in der Gemarkung Müsleringen, Gemeinde Stolzenau, Samtgemeinde Mittelweser, Landkreis Nienburg/ Weser;**

**Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen, Am Sudfelde 2, 31592 Stolzenau**

**A Beschluss**

1. **Entscheidung über die Herstellung eines Gewässers:**

Hiermit wird der Plan für die Herstellung eines Gewässers im Zuge der Neuaufnahme eines Bodenabbaues,   
  
Gemarkung Müsleringen  
Flur 5, Flurstücke 16/1, 48, 51/2, 52/2, 93 sowie 97 teilweise

festgestellt.

Rechtsgrundlagen: § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes - WHG - in Verbindung mit den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) und § 1 Abs. 1 sowie Ziffern 1 und 14 der Anlage 1 des Nieders. Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG).  
  
Hinweise zum UVPG und zum NUVPG:  
Gemäß § 74 Abs. 2 UVPG in der Fassung der Änderung vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) ist dieses Vorhaben nach der vor dem 16.05.2017 geltenden Fassung zu Ende zu führen. Weiter ist nach § 7 Abs. 2 NUVPG vom 18.12.2019 (Nds. GVBl. S. 437) für dieses Verfahren noch das Niedersächsische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung 2007 anzuwenden.

**2 Entscheidung über die Folgenutzung**  
  
Als Folgenutzung für die wiederhergerichteten Flächen und das Gewässer wird der „Naturschutz“ festgelegt.

**3 Entscheidung zur Erschließung**

Die Erschließung des Kieswerksstandortes und der Abtransport der Rohstoffmengen ist über die beantragte Wegeverbindung vorzunehmen (siehe Anlagen 1.2 - Erläuterungsbericht – und 2.3 – Flurkarte).Voraussetzung ist der Abschluss von rechtsverbindlichen vertraglichen Vereinbarungen über den Ausbau und die Nutzung der gemeindeeigenen Straßen und Wege, sowie auch zur Beweissicherung mit der Gemeinde Stolzenau (siehe auch Bedingungen unter C Ziff. 1.1 und 1.5, Auflagen zur Erschließung unter 2.2.5.3). Der Bruchweg darf nicht in die verkehrliche Erschließung einbezogen werden.

**4** **Entscheidung über die Einwendungen**  
  
Zu den erhobenen Einwendungen wurden teilweise Auflagen formuliert (Erschließung, Einwanderheber B). Die darüber hinaus erhobenen Einwendungen werden zurückgewiesen, siehe Entscheidungen über Stellungnahmen und Einwendungen – E3.

**5 Durch die Planfeststellung ersetzte Entscheidungen**

Die Planfeststellung schließt folgende Entscheidungen ein (§ 75 Abs. 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes - VwVfG -):

1. Bodenabbaugenehmigung gem. §§ 8 ff. des Niedersächsischen Ausfüh-  
    rungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatschG),

2. Baugenehmigung gem. § 75 der Niedersächsischen Bauordnung  
 (NBauO),

3. Genehmigung für die Anlage eines Gewässers im gesetzlichen Über-  
 schwemmungsgebiet der Weser nach § 78a Abs. 2 WHG,

4. Genehmigung gem. § 13 Abs. 1 Nds. Denkmalschutzgesetz (NDSchG).

**6 Entscheidung über Art und Umfang der Unterhaltung**

Die Genehmigungsinhaberin, deren Rechtsnachfolger/in oder der künftige Ei-gentümer/die künftige Eigentümerin hat den entstandenen Kiessee einschließlich der Ufer bis drei Jahre nach Beendigung (Schlussabnahme) des Bodenabbaues gemäß § 39 WHG zu unterhalten, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung und Sicherung der Böschungen sowie der Ufervegetation bzw. Entfernung nicht standortheimischer Vegetation.

Nach Ablauf der drei Jahre sind keine weiteren Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen, damit sich ein ökologisch wertvolles Gebiet entwickeln kann. Ausgenommen sind die mit diesem Beschluss festgestellten abweichenden Regelungen. Sollten Maßnahmen notwendig sein, sind diese nur nach Genehmigung der Unteren Wasserbehörde durchzuführen.

Die Untere Wasserbehörde kann jedoch auch nach drei Jahren Unterhaltungsmaßnahmen anordnen, z. B. zur Schadensregulierung nach Böschungsabbrüchen oder nach Hochwasserereignissen.

**7** **Kostenentscheidung**  
  
Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens. Es ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

**8 Inhaltsverzeichnis**

**Lfd. Nr. des Beschlusses Seite**

**A Beschluss** 1  
1 Entscheidung über den Gewässerausbau 1  
2 Entscheidung über die Folgenutzung 1  
3 Entscheidung über die Erschließung  
4 Entscheidung über Einwendungen 2  
5 Durch die Planfeststellung ersetzte Entscheidungen 2  
6 Entscheidung über Art und Umfang der Unterhaltung 2  
7 Kostenentscheidung 3  
8 Inhaltsverzeichnis 3

**B Anlagen** 4

**C Nebenbestimmungen** 6  
1 Bedingungen 6  
2 Auflagen 8  
2.1 Allgemeine Auflagen 8  
2.2 Auflagen zum Abbaubetrieb 10  
2.3 Wiederherrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen 24  
3 Auflagenvorbehalt 27

**D Hinweise**  27

**E Entscheidungen über Stellungnahmen und Einwendungen**  32

1 Fachdienststellen und Naturschutzvereinigungen, die   
keine Bedenken, Anregungen oder Auflagenvorschläge  
geäußert haben 32

2 Fachdienststellen und Naturschutzvereinigungen, die   
Anregungen, Vorschläge für Nebenbestimmungen bzw.   
Bedenken geäußert haben sowie Entscheidung 32

3 Einwendungen

**F Begründung 57**  
1 Sachverhalt 57  
1.1 Beschreibung des Vorhabens 57  
1.2 Verfahren 57  
1.3 Umweltverträglichkeitsprüfung 59  
2 Entscheidungsbegründung 60

**G Rechtsbehelfsbelehrung** 63

Anhang I Zusammenfassende Darstellung der Umweltaus-  
wirkungen gem. § 11 UVPG (als Bestandteil der  
Begründung des Planfeststellungsbeschlusses) 1-6

Anhang II Bewertung der Umweltauswirkungen gem. § 12 UVPG 1-6

Anhang III Übersichtskarte (Ausschnitt) mit Darstellung   
der Flächen, auf denen das Vorhaben geplant ist,   
i. M. 1 : 25.000

**B Anlagen**  
  
Der festgestellte Plan umfasst folgende durch Stempelaufdruck und teilweise durch grüne Prüfvermerke gekennzeichnete Planunterlagen:  
  
1.0 Antragsschreiben vom Mai 2018  
1.1 Allgemein verständliche Zusammenfassung  
1.2 Erläuterungsbericht einschließlich Umweltverträglichkeitsstudie

1.2.1 1. Nachtrag - Erläuterungsbericht  
2 Karten- und Planwerk

2.1 Übersichtsplan M. 1 : 25.000  
2.2 Fachplanung M. 1 : 5.000   
2.3 Flurkarte M. 1 : 2.000  
2.4.1 Schutzgut Mensch M. 1 . 6.500

2.4.1a Schutzgut Mensch - Bewertung M. 1 : 6.500

2.4.2 Schutzgut Pflanzen u. biologische Vielfalt M. 1 : 5.000

2.4.2a Schutzgut Pflanzen u. biologische Vielfalt -  
 - Bewertung M. 1 : 5.000  
2.4.3 Schutzgut Tiere - inkl. Bewertung M. 1 : 6.500  
2.4.4 Schutzgut Boden M. 1 : 6.500  
2.4.4a Schutzgut Boden - Bewertung M. 1 : 6.500  
2.4.5 Schutzgut Wasser M. 1 : 6.500  
2.4.5a Schutzgut Wasser - Bewertung M. 1 : 6.500  
2.4.6 Schutzgut Landschaft M. 1 : 6.500  
2.4.6a Schutzgut Landschaft - Bewertung M. 1 : 6.500  
2.5 Abbauplan (überholt) M. 1 : 1.000  
2.5.1 1. Nachtrag – Abbauplan M. 1 : 1000  
2.6 Rekultivierungsplan M. 1 : 1.000  
2.6.1 1. Nachtrag – Rekultivierungsplan M. 1 : 1.000  
2.7 Schnitte M. 1 : 500  
3 Ergänzende Antragsunterlagen (nicht öffentlich))  
3.1 Flurkarte mit Eigentumsverhältnissen der Flurstücke

4 Naturschutzfachliche Beiträge  
4.1 FFH-Vorprüfung  
4.2 Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag  
4.3 Erfassung der Brut- und Rastvögel  
4.4 Erfassung von Libellen und Amphibien – Zwischenbericht  
4.5 Fischbestandsuntersuchungen im Bruchgraben  
  
5 Ergänzende fachliche Beiträge  
5.1 Hydrogeologisches Gutachten  
5.2 Schalltechnische Untersuchungen  
5.3 Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie  
5.4 Fachbeitrag Archäologie  
6 1. Nachtrag - Informationen zum TWS AGGRESAND206 mit 11x5  
 Trockensiebmodul und Bändern  
7 Untersuchungsraum Sommergänsemonitoring  
8 Musterblatt „Einmündung einer Erschließungsstraße“ der Nieders.  
 Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr.  
9 Leitlinien Grünlandbewirtschaftungsverträge zum Schutz des Weiß-  
 storches

**C Nebenbestimmungen**

1 **Bedingungen**  
Der Beschluss wird erst dann wirksam, wenn die nachstehend aufgeführten aufschiebenden Bedingungen zum jeweils angegebenen Zeitpunkt erfüllt sind:

1.1 Zur Regelung der gegenseitigen Rechtsbeziehungen ist **vor Nutzungsbeginn** für den Einmündungsbereich Wirtschaftsweg/B 215 im Abschnitt 50 bei Station 1470 eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde Stolzenau als Baulastträger des Wirtschaftsweges und dem Geschäftsbereich Nienburg der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr als Baulastträger der B 215 abzuschließen.

**Vor Nutzungsbeginn** ist zur Gewährleistung sicherer Verkehrsabläufe für den Einmündungsbereich im Abschnitt 50 bei Station 1470 der B 215 ein bituminöser Ausbau in mind. 5,50 m Breite auf 50 m Länge mit entsprechenden Schleppkurven gemäß Musterblatt, Anlage 8, vorzunehmen.

**Vor Nutzungsbeginn** auf den gemeindeeigenen Wegegrundstücken hat die Abbauunternehmerin rechtsverbindliche vertragliche Vereinbarungen über den Ausbau, die Nutzung und ggf. die Beweissicherung mit der Gemeinde Stolzenau abzuschließen, (siehe auch Entscheidung zur Erschließung unter E Ziff. 3, Auflagen zur Erschließung unter C, 2.2.5.3).

1.2 **Vor Abbaubeginn** ist der Planfeststellungsbehörde eine die voraussichtlichen Kosten der Wiederherrichtungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bzw. der Erfüllung sämtlicher Nebenbestimmungen des Beschlusses (siehe Buchst. C) deckende Sicherheit vorzulegen. Dazu ist vom Träger des Vorhabens – Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen – eine unbefristete selbstschuldnerische Bürgschaft einer deutschen Bank oder Sparkasse auf erstes Anfordern vorzulegen. Die Sicherheitsleistung errechnet sich auf der Grundlage der Aufwendungen für die Wiederherrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen gem. Erläuterungsbericht, S. 71 – 73 - Anlage 1.2 - wie folgt:

1.2.1 Anfüllung und Herrichtung der Böschungen, Sicherheits-  
streifen, Bodeneinbringung.  
Für die zu bewegende Bodenmasse wird die Abraum-  
menge von 3 durchschnittlichen Abbauabschnitten-  
(von insgesamt 6 Abschnitten) - zugrunde gelegt

54.500 m3 x 1,80 €/m3 = 98.100,00 €

1.2.2 Landschaftsgärtnerische Arbeiten, Pflanz- und   
Einsaatarbeiten sowie Fertigstellungspflege für drei  
Abbauabschnitte   
(Pflanzmaßnahmen 3/6 Abschnitte x 48.496,80 €), 24.248,40 €

1.2.3 Bauausschreibung und –aufsicht pauschal 5.000,00 €

1.2.4 dauerhafte Unterhaltung und Kontrolle nach Ersatz-  
vornahme pauschal 2.000,00 €

**Nettosumme** für 3 Abbauabschnitte 129.348,00 **€**

Zuzüglich 19% MwSt. 24.576,12 €  
Bruttosumme 153.924,12 €

**gerundet für 3 Abbauabschnitte 154.000,00 €**

Die Sicherheitsleistung dient der Erfüllung sämtlicher Nebenbestimmungen dieses Beschlusses in der jeweils geltenden Fassung (siehe C 1.1 – 3.3).

1.2.5 Die Höhe der Sicherheitsleistung orientiert sich an den Kosten der durchzuführenden Maßnahmen zur Herrichtung und Profilierung der Böschungen sowie der erforderlichen Bepflanzungsmaßnahmen und der Umsetzung von Ersatzmaßnahmen auf Flächen der Genehmigungsinhaberin.

1.2.6 Die Sicherheitsleistung kann auch in Anspruch genommen werden, um Schäden auszugleichen oder beseitigen zu lassen, die durch eine Abweichung vom Beschluss und dessen Nebenbestimmungen entstehen.

1.2.7 Eine Neufestsetzung der Sicherheitsleistung bleibt im öffentlichen Interesse vorbehalten. Sie kann bei Wertverfall (Kaufkraftschwund) erhöht werden, wenn die Kostenentwicklung die Schaffung höherer, ausreichender finanzieller Sicherheiten zur Abdeckung von Wiederherstellungskosten erfordert.   
Eine Erhöhung der Sicherheitsleistung kann auch gefordert werden, wenn die Betriebsweise bei der Ausbeutung für die Allgemeinheit ein erhöhtes Risiko hinsichtlich der gesicherten Wiedereingliederung der Abbaustätte in das Landschaftsgefüge bedeutet.

1.3 **Vor Beginn der Abgrabung** sind die jeweiligen Abgrabungsgrenzen (Außengrenzen der Abbaustätte) von einem öffentlich bestellten Vermessungsingenieur einzumessen und durch gut sichtbare Markierungspfähle kenntlich zu machen. Die Markierungen sind dauerhaft standsicher zu erstellen und bis zur Schlussabnahme zu erhalten.

1.4 **Vor Abbaubeginn** ist im jeweiligen Abbauabschnitt zur Dokumentation des bestehenden Geländereliefs ein Höhennivellement bezogen auf NN der Abbaustätte einschl. eines 25 m breiten Umrings durchzuführen und die Auswertung in einen Lageplan 1 : 2.000 einzutragen. Der 25 m breite Umring und die Sicherheitsstreifen sind im 25 m – Raster und die Wasserfläche im 100 m – Raster aufzunehmen. Der Lageplan ist der Planfeststellungsbehörde zu übergeben; er wird Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses.

1.5 **Vor Abbaubeginn auf den gemeindlichen Wegeflurstücken** ist bei der Samtgemeinde Mittelweser – soweit erforderlich - das straßenrechtliche Entwidmungsverfahren nach den Vorschriften des Nds. Straßengesetzes zu beantragen. Mit dem Abbau darf erst begonnen werden, nachdem dieses Verfahren abgeschlossen ist.

1.6 **Vor Abbaubeginn im Abbauabschnitt III** ist entweder ein prüffähiger wasserrechtlicher Antrag für die Erweiterung des Sand- und Kiesabbaues Richtung Westen und Norden oder eine prüffähige Änderung des Wiederherrichtungsplans zur endgültigen Gestaltung der Nord- und Westböschung vorzulegen.

**2** **Auflagen**

2.1 Allgemeine Auflagen, Rahmenbedingungen

2.1.1 Im Zuge des Bodenabbaues geplante weitere bauliche Anlagen, Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten sowie sonstige Anlagen nach § 2 NBauO bedürfen einer gesonderten Genehmigung, für die rechtzeitig ein selbständiger Antrag zu stellen ist. Sie sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

2.1.2 Das Abbauvorhaben darf nur so durchgeführt werden, wie es planfestgestellt ist. Bei Verstoß gegen den Beschluss oder die beigefügten Planunterlagen in der genehmigten Fassung sowie bei Nichtbeachtung der Nebenbestimmungen kann der Abbau bis zur Erfüllung der versäumten Pflichten untersagt werden.

2.1.3 Die "grün" eingetragenen Prüfungsbemerkungen in den Antragsunterlagen sind zu beachten. Soweit der Planfeststellungsbeschluss von den Antragsunterlagen abweicht, sind die schriftlichen Festlegungen im Beschluss maßgebend.

2.1.4 Vor der Durchführung der Baumaßnahme hat der Träger des Vorhabens ein von den öffentlichen Verkehrsflächen aus sichtbares Schild anzubringen, das den Namen des Unternehmens und die Telefonnummer des/der Verantwortlichen enthalten muss.

2.1.5 Das Abbaugebiet ist für jedermann erkennbar mit mind. 0,5 m x 0,5 m großen Schildern mit der Aufschrift "Abgrabungsgelände - Betreten verboten" zu kennzeichnen.

* + 1. Vor Abbaubeginn in den jeweiligen Abschnitten sind die genehmigten Abbaugrenzen (jeweilige Böschungsoberkanten) deutlich sichtbar zu machen, z. B. durch mindestens 1 m hohe und 10 cm im Durchmesser starke, weiße Rundhölzer. Die "Grenzmarkierungen" sind bei Beschädigung/Verlust zu erneuern.
    2. Das Gelände, in dem sich der aktuelle Abbau bewegt, ist durch einen 1,00 m hohen Zaun (Pfähle mit zwei Reihen Stacheldraht/Spanndraht) einzufriedigen. Nach erfolgter Wiederherrichtung ist die Einfriedigung zu beseitigen.

2.1.8 Bei Errichtung und Betrieb sind das sonstige öffentliche Recht sowie die Vorschriften zur Unfallverhütung und Verkehrssicherung sorgfältig zu wahren.  
  
Sollten sich bei der Planung, Erschließung oder beim Abbau Hinweise auf Altlasten oder Bodenveränderungen ergeben, so ist dies unverzüglich der Unteren Bodenschutzbehörde (Fachdienst Umweltrecht und Kreisstraßen) des Landkreises Nienburg/Weser mitzuteilen.

2.1.9 Die Antragstellerin hat der Planfeststellungsbehörde umgehend namentlich unter Angabe der genauen Anschrift und Telefonnummer/E-Mail einen verantwortlichen Betriebsangehörigen/eine verantwortliche Betriebsangehörige auf dem Abbaugelände zu benennen. Änderungen in der personellen Besetzung dieses Aufgabenbereiches bzw. in der Anschrift/E-Mailadresse bzw. Telefonnummer des/der Betreffenden sind der Planfeststellungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

2.1.10 Den mit dem Bodenabbau/der Wiederherrichtung beschäftigten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Unternehmens ist der Inhalt des Planfeststellungsbeschlusses mit den den Abbau und die Wiederherrichtung betreffenden Nebenbestimmungen in geeigneter Form bekannt zu geben.  
Eine Ausfertigung des Beschlusses mit den Planunterlagen ist ständig vor Ort bereit zu halten.

2.1.11 Den Beauftragten des Landkreises Nienburg/Weser ist jederzeit Zutritt zum Abbaugebiet, die Entnahme von Bodenproben, die Vornahme von Messungen und Bohrungen, die Überprüfung des Gewässers sowie die Einsicht in Planfeststellungsbeschlüsse, Genehmigungen, Pläne und sonstige vorgeschriebene Aufzeichnungen zu gestatten.  
Die Genehmigungsinhaberin sowie die Grundstückseigentümer haben die   
Überwachung durch die Planfeststellungsbehörde zu dulden.

2.1.12 Der Planfeststellungsbehörde ist jeweils zum 31.01. des Jahres ein Lageplan möglichst in digitaler Form (Shapefile - georeferenziert) zu übersenden, aus welchem der Stand des Abbaus incl. der bereits durchgeführten Herrichtungsmaßnahmen sowie die weiteren Abbau- und Wiederherrichtungsmaßnahmen des betroffenen Jahres zu entnehmen sind. Zusätzlich ist der Lageplan als pdf-Dokument zur Verfügung zu stellen oder in Papierform zu übersenden.

2.1.13 Die Versorgung mit Frischwasser und die Beseitigung von Abwasser hat nach den rechtlichen Vorschriften und nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durch die Antragstellerin zu erfolgen. Belange der Samtgemeinde Mittelweser dürfen insoweit nicht berührt werden.

* + 1. Öffentliche Verkehrsflächen, Versorgungs-, Abwasserbeseitigungs- und Fernmeldeanlagen sowie Grundwassermessstellen, Grenz- und Vermessungsmale sind während des Abbaues zu schützen und soweit erforderlich unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten.

2.1.15 Durch den Betrieb der Abbaustätte darf der Straßenverkehr nicht beeinträchtigt werden. Schäden an den Verkehrsanlagen sind zu vermeiden bzw. unverzüglich zu beheben. Evtl. entstehende Verunreinigungen der Gemeindestraßen und der B 215 sind von der Antragstellerin unverzüglich zu beseitigen, siehe auch § 7 Abs. 3 des Bundesfernstraßengesetze (FStrG), § 17 des Nds. Straßengesetzes (NStrG) und   
§ 32 Abs. 1 der Straßenverkehrsordnung (STVO).

2.1.16 In die Kiesgrube dürfen keine Fremdstoffe (Abfälle oder sonstige, das Grundwasser gefährdende Stoffe, wie Öle, Gifte usw.) eingebracht oder in der Kiesgrube zwischengelagert werden.

2.2 Auflagen zum Abbaubetrieb

2.2.1 Allgemeine Auflagen

2.2.1.1 Der Beginn und die Fertigstellung der Abbau- und Wiederherrichtungsarbeiten jeweils eines Abbauabschnittes sind der Planfeststellungsbehörde anzuzeigen.

2.2.1.2 Der Abbau ist gemäß dem genehmigten Abbauplan in räumlich und zeitlich geordneten Abschnitten durchzuführen. Die Wiederherrichtung - auch die von Teilabschnitten - hat dem Abbau unmittelbar zu folgen.

2.2.1.3 Der Beginn des Abbaues in folgenden Abschnitten kann davon abhängig gemacht werden, dass Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahmen für ausgebeutete Abschnitte bzw. in ausgebeuteten Abschnitten durchgeführt worden sind.

2.2.1.4 Vermessungspunkte des Landesbetriebes für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen dürfen nicht verändert werden. Falls ein Umsetzen solcher Punkte erforderlich wird, ist dieses rechtzeitig und auf Kosten der Abbauunternehmerin bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Grenz-, Vermessungs- und Markierungszeichen dürfen nicht beseitigt, beschädigt, versetzt oder überschüttet werden.

2.2.1.5 Ein auf NN bezogener Höhenfestpunkt bzw. Hilfsfestpunkt, von dem aus jederzeit Kontrollmessungen durchgeführt werden können, ist der Planfeststellungsbehörde unverzüglich bekannt zu geben und in einem Lageplan darzustellen.

2.2.1.6 Innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung des planfestgestellten Vorhabens ist der hergestellte Zustand in einem Bestandsplan festzuhalten und der Planfeststellungsbehörde zu übersenden.  
  
Der in einem geeigneten Maßstab (1 : 2.500) anzufertigende Bestandsplan muss die  
- Seeausformung unter und über dem Wasserspiegel incl. Böschungsnei-  
 gungen, eingebunden in das UTM-Koordinatensystem,   
- Höhenlagen der Gewässersohle (durch Echogramm), Bermen, Sicherheits-  
 streifen usw. bezogen auf NN,  
- Flächennutzung und ihre Höhenlagen,  
- landschaftspflegerische Erstausstattung (Bepflanzung)   
enthalten.

2.2.1.7 Die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse des Umlandes dürfen durch den Kiessee sowohl im Zeitraum der Abgrabungen als auch nach der Endabgrabung nicht nachteilig verändert werden.

2.2.1.8 Die Vegetationsdecke ist unter Berücksichtigung der Auflage 2.2.6.3 so spät wie möglich vor Abbaubeginn im betreffenden Abschnitt abzuräumen.   
Der Mutterboden ist in vollem Umfang zu sichern, zu lagern, soweit erforderlich mit einer erosionssicheren regiotypischen Grassamenmischung anzusäen, zu pflegen und für die Wiederherrichtungsmaßnahmen in einer Aufbringungshöhe von höchstens 75 cm über der Wasserwechselzone zu verwenden. Mutterboden darf auf Böschungsbereiche grundsätzlich ebenfalls nur oberhalb der Wasserwechselzone aufgebracht werden. Ein Einbau unterhalb des Seewasserspiegels ist unzulässig. Der Verbleib von überschüssigem Mutterboden ist der Planfeststellungsbehörde nachzuweisen.

2.2.1.9 Der Abraumboden ist fachgerecht getrennt vom Mutterboden abzuräumen, zu lagern, soweit erforderlich mit einer erosionssicheren Grassamenmischung anzusäen und für die Profilierung von Böschungen und Auffüllung von abgegrabenen Flächen zu verwenden. Dabei ist ein kompakter Einbau des Abraumbodens vorzunehmen. Die DIN-Vorschrift 18.300 (Erdarbeiten) ist zu beachten.

2.2.2 Schutz des Grund- und Oberflächenwassers, Hochwasserschutz

* + - 1. Während der hochwasserhäufigen Zeit vom 15.10. bis 31.03. des darauf folgenden Jahres ist die Lagerung wassergefährdender Betriebsstoffe (z. B. Öle, Fette und Treibstoffe) im Kiesgewinnungsgelände im Bereich des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes über den wöchentlichen Bedarf hinaus untersagt. Der erforderliche Vorrat muss im Übrigen jederzeit und unverzüglich abtransportiert werden können.
      2. Rechtzeitig vor bis ins Kiesgewinnungsgelände ausuferndem Weserhochwasser sind diese Vorräte an wassergefährdenden Betriebsstoffen aus dem Bereich des Hochwasserabflussgebietes abzutransportieren. Das Abbaugerät, Transportfahrzeuge und weitere Hilfsgeräte, wie Tankeinrichtungen sind rechtzeitig gegen Abtreiben zu sichern bzw. notfalls aus dem Überschwemmungsgebiet abzutransportieren. Die vor Ort verbleibenden Teile müssen auch Eisdruck standhalten können.
      3. Über zu erwartende Hochwasserstände kann im Rahmen des überregionalen Hochwassermeldedienstes bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Mitte und dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft und Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Betriebsstelle Sulingen, Tel.-Nr. 0 42 71/93 29‑0, im Internet unter [www.pegelonline.nlwkn.niedersachsen.de](http://www.pegelonline.nlwkn.niedersachsen.de) und bei der Planfeststellungsbehörde Auskunft eingeholt werden. Die Abbaufirma ist verpflichtet, die Wasserstände laufend selbst zu beobachten.
      4. Beim Abbau ist darauf zu achten, dass keine Verunreinigung der Kiesseen und des Abbaugeländes durch Treib- oder Schmierstoffe eintritt. Insbesondere sind Betrieb, Wartung und Reparatur der eingesetzten Fahrzeuge und Geräte mit größtmöglicher Sorgfalt auszuführen. Für den Fall, dass trotz größter Vorsicht Treib- oder Schmierstoffe in das Gewässer gelangen sollten, sind sofortige Gegenmaßnahmen einzuleiten.
      5. Für den Fall eintretender Unfälle mit wassergefährdenden Flüssigkeiten sind entsprechende Aufsaugmittel sowohl für die Verwendung im Gelände als auch auf Wasserflächen in ausreichender Menge vorzuhalten. Die Aufsaugmittel sind entsprechend den im Betrieb vorhandenen oder benutzten wassergefährdenden Flüssigkeiten zu wählen.

2.2.2.6 Bei eintretenden Unfällen mit wassergefährdenden Flüssigkeiten ist wegen der teilweisen Lage im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet neben dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hannover, Tel. 0511 / 90 96-133 bzw.  
0511 / 90 96-0, in jedem Fall unverzüglich die Untere Wasserbehörde beim Landkreis Nienburg/ Weser über die Feuerwehreinsatzleitstelle des Landkreises Nienburg/Weser, Telefon Notruf 112 oder 0 50 21-9 75 50 bzw. 0 50 21-9 75 60 zu benachrichtigen. Auf die Auflage 2.2.3.5 wird hingewiesen.

* + - 1. Beweissicherung:

2.2.2.7.1 Beweissicherung mengenmäßiger Grundwasserzustand

Die Grundwasserstandsmessungen der im Rahmen des Verfahrens abgestimmten Grundwassermessstellen GWM 1/16 – 5/16 sowie der Referenzmessstelle PH 1 Müsleringen sind von der Abbauunternehmerin weiterhin vorzunehmen. Die Vorflutmesspunkte 01/16 und 04/16 sind in das Messprogramm einzubeziehen. Nach Freilegung des Grundwassers ist unverzüglich ein Lattenpegel im Kiessee zu setzen und ebenfalls in das Messprogramm einzubeziehen. Der konkrete Standort ist mit der Planfeststellungsbehörde abzustimmen.   
  
Die Grund-/Wasserstandsmessungen und die Messungen der Vorflutmesspunkte sind für die Dauer der Abbauzeit sowie bis ein Jahr nach Beendigung des Abbaues fortzuführen. Die Pegelablesung ist zeitgleich mit den Grundwasserstandsmessungen durchzuführen. Sie sind von der Abbauunternehmerin monatlich – jeweils am ersten Montag im Monat – vorzunehmen und in ein Betriebswasserbuch einzutragen.   
  
Jährliche Grundwasserganglinien sind der Planfeststellungsbehörde und dem NLWKN, Betriebsstelle Sulingen, jeweils zum 31.01. des Folgejahres zuzuleiten und die Hoch- und Tiefstände in einem Grundwassergleichenplan im Rhythmus von drei Jahren festzuhalten. Die gemessenen Wasserstände des Kiessees sind in den Grundwassergleichenplan mit einzuarbeiten.

Ein Jahr nach Beendigung des Abbaues ist die damit hergestellte Grundwassersituation durch einen Grundwassergleichenplan mit den mittleren Hoch- und Tiefwerten und den damit verbundenen Wasserständen im Kiessee der Planfeststellungsbehörde offen zu legen. Die Grundwasserbeobachtung wird damit abgeschlossen.  
  
Die Planfeststellungsbehörde behält sich vor, bei vorhabensbezogenen Veränderungen den Zeitraum für die vorzunehmenden Messungen zu verlängern.

2.2.2.7.2 Beweissicherung chemischer Grundwasserzustand (Grundwassergüte)  
  
Es ist ein zweistufiges Monitoring wie folgt durchzuführen:  
  
Vor der Freilegung des Grundwassers sowie anschließend einmal jährlich zwischen Februar und April sind die allgemeinen, hydrochemischen und organischen Parameter an drei Messstellen (Anstrom – Brunnen GWM 02/16, See, Abstrom – Brunnen GWM 04/16) entsprechend Kap. 5.2 des Hydrogeologischen Gutachtens (Anlage 5.1) zunächst für einen Zeitraum von drei Jahren durch ein staatlich anerkanntes Labor zu untersuchen:

1.Parameter der Stufe 1:

- Farbe (qual.)

- Trübung (qual.)

- Geruch (qual.)

- Färbung (SAK 436)

- Wassertemperatur

- Lufttemperatur

- elektrische Leitfähigkeit bei 25 °C

- Sauerstoff gelöst

- pH-Wert

- Säurekapazität (pH 4,3)

- Basekapazität (pH 8,2)

- Gesamthärte

- Redoxpotenzial

- Carbonatgehalt  
- Ammonium

- Calcium

- Magnesium

- Natrium

- Kalium

- Eisen (gesamt)

- Mangan (gesamt)

- Chlorid

- Nitrat

- Nitrit

- Sulfat

- Phosphor (gesamt)

- DOC

- SAK254

- POX/AOX

- Aluminium

Es ist darauf zu achten, dass der Ionenbilanzfehler der Analysen kleiner als 5% ist.

2. Die zweite Stufe ist zu Beginn des Monitorings gemeinsam mit den Parametern der Stufe 1 an den genannten Probenahmestellen einmal zu erfassen. Im Falle eines begründeten Verdachts (Überschreitung von fachlich begründeten Schwellenwerten, z. B. nach dem Merkblatt 254 des DVGW), sind zwei weitere Messungen der Parameter der Stufe 2 ebenfalls im Abstand von einem Jahr zu wiederholen.

Parameter der Stufe 2:  
- Arsen

- Bor

- Blei

- Cadmium

- Chrom

- Cyanid

- Fluorid

- Nickel

- Quecksilber

- Uran

- PAK (Summe EPA)

- LHKW (Summe)

Organische Parameter:   
- Dimethachlor-CGA

- Metazachlor-ESA

- Chloridazon-methyl-desphenyl

- Chloridazon-desphenyl

- N,N-Demethylsulfamid  
  
Die Untersuchungsergebnisse sind der Planfeststellungsbehörde zur Kenntnis vorzulegen. Nach drei Jahren sind die Ergebnisse des Monitorings durch die Gutachter des Unternehmens zu beurteilen. Die Planfeststellungsbehörde und der Gewässerkundliche Landesdienst entscheiden nach drei Jahren auf der Grundlage der Ergebnisse des Monitorings und der gutachterlichen Bewertung über die Fortsetzung und ggf. Anpassung des Beweissicherungsprogrammes.

Die Planfeststellungsbehörde behält sich vor, bei Auffälligkeiten den Untersuchungsumfang auszudehnen oder zu ändern.

* + - 1. Soweit im Abbaugebiet Restflächen verbleiben sollten, sind die Auswirkungen des Abbaues auf diese Flächen gesondert zu ermitteln, und es sind ggf. Auflagen zum Schutz dieser Flächen vor Veränderungen nachzuliefern.
      2. Die Sicherheitsabstände zu Straßen- und Wegegrundstücken werden auf 10,00 m, gemessen von der Böschungsoberkante der Abbauböschung bis zum befestigten Fahrbahnrand, festgelegt. Aus Gründen der optimalen Rohstoffausnutzung dürfen diese Sicherheitsstreifen unter Berücksichtigung der für die Wiederherrichtung des Abbaugebietes benötigten Abraummengen während des Abbauvorgangs bis auf 5,00 m unterschritten werden, müssen jedoch unverzüglich mit Abraumboden wieder aufgefüllt werden, so dass ein Gesamtsicherheitsstreifen von mind. 10,00 m (von Oberkante Seeböschung) entsteht.
      3. Der Sicherheitsabstand zu Nachbargrundstücken wird auf 5,00 m, gemessen von der Böschungsoberkante der Abbauböschung bis zur Grenze des Nachbar- grundstückes, im gewachsenen Boden festgelegt. Die Sicherheitsstreifen sind im gewachsenen Boden zu erhalten; sie dürfen nicht ausgebeutet werden.
      4. Die Böschungen im Hochwasserein- und -ausströmbereich sind mit einer Mindestböschungsneigung von 1 : 5 bis 1,0 m unter der Niedrigwasserlinie (NN + 31,13 m) herzustellen. Die Böschungen außerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes sind zumindest entlang der Ost- und Südgrenze entsprechend Ziffer 5.2 des Leitfadens zur Zulassung des Abbaus von Bodenschätzen unter besonderer Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Anforderungen in der Wasserwechselzone vom Hochwasser bis 1 m unter Niedrigwasser mit einer Neigung nicht steiler als 1 : 5 anzulegen.
      5. Die übrigen randlichen Abbauböschungen sind unter Wasser und über Wasser außerhalb der Wasserwechselzone (vom Hochwasser bis 1 m unter Niedrigwasser) nicht steiler als 1 : 3 auszubilden.
      6. Im Übrigen sind die Böschungen der Kiesseen gemäß dem Abbauplan – Anlage 2.5.1 – dem Wiederherrichtungsplan - Anlage 2.6.1 - und den Schnitten - Anlage 2.7 des Beschlusses - anzulegen.
      7. Die Uferböschungen einschließlich des Sicherheitsstreifens sind oberhalb der Wasserwechselzone unverzüglich und insbesondere im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser rechtzeitig vor Eintritt der hochwasserreichen Jahreszeit ab 15.10. des Jahres mit mind. 25 cm und höchstens 75 cm Mutterboden abzudecken. Sie sind oberhalb der Mittelwasserlinie mit der Saatgutmischung „W 6a Feucht- und Nasswiese“ von Wildsaaten – Wieden & Guth - anzusäen und bis zur vollständigen Begrünung zu pflegen.
      8. Die Erdoberfläche der Abbaustätte ist zum frühest möglichen Zeitpunkt und insbesondere im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet der Weser rechtzeitig vor Eintritt der hochwassergefährdeten Zeit (ab 15.10. d. J.) mit der Saatgutmischung „W 6a Feucht- und Nasswiese“ von Wildsaaten – Wieden & Guth - und gegen Abschwemmungen (Erosionen) wieder zu sichern. Die Grasnarbe ist zu pflegen und geschlossen zu halten.
      9. Bodenaufschüttungen und Lagerungen von Mutterboden oder Abraum sind im Bereich des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes der Weser über das beantragte Maß hinaus nicht zulässig. Zwischenlagerungen sind nur kurzfristig in Fließ- und Strömungsrichtung innerhalb der Sommermonate gestattet und auch nur so lange, wie dies zwingend bis zu einem Abtransport erforderlich ist.  
         Länger vorgehaltene Abraum- und Mutterbodenhalden sind erosionssicher und zum Schutz von Nährstoffausträgen mit einer aktiven, leguminosenfreien Begrünung/Deckansaat zu versehen.  
           
         Soweit weitere Zwischenlagerungen von Ober- bzw. Abraumboden erforderlich werden, sind diese vorher mit der Planfeststellungsbehörde abzustimmen.
      10. Geländeaufhöhungen durch Abraum- bzw. Oberboden auf Nachbarflächen dürfen nur nach vorheriger Genehmigung durch die Planfeststellungsbehörde vorgenommen werden.
      11. Der Oberbodenwall ist nach der Aufschüttung rechtzeitig vor Beginn der hochwasserreichen Jahreszeit(15.10. des Jahres) mit einer erosionssicheren regionaltypischen Grassamenmischung anzusäen und zu pflegen.
      12. Der Abraumeinbau, die Rückspülsandeinbringung und der Böschungsbau sind unter Berücksichtigung der Mutterbodenaufbringung, die nur auf den zu bepflanzenden Sicherheitsstreifen und den Böschungen oberhalb der Wasserwechselzone erfolgen darf, so vorzunehmen, dass die entstehenden Geländeflächen und Böschungsoberkanten das Höhenmaß in den Antragsunterlagen nicht übersteigen.
      13. Das Abbaugelände ist im Bereich des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes während der Abbauphase und nach Wiederherstellung von angeschwemmtem Treibgut und Unrat frei zu halten. Die Räumung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Hochwasserabfluss nicht beeinträchtigt wird.
      14. Zur Überwachung der Gewässergüte kann der NLWKN, Betriebsstelle Sulingen, Proben aus dem neuen Kiessee entnehmen. Die Kosten hierfür hat die Antragstellerin/Rechtsnachfolger/in bzw. der /die Seeeigentümer/in zu tragen.

Alternativ kann die Antragstellerin/Rechtsnachfolger/in bzw. der/die Seeeigentümer/in die Proben nach Aufforderung durch den NLWKN von einem anderen zugelassenen Labor auf eigene Kosten entnehmen und auswerten lassen.

* + 1. Gewerberechtliche Belange
       1. Der Beginn des Abbaues ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hannover, Am Listholze 74, 30177 Hannover, schriftlich mitzuteilen.
       2. Immissionsschutz:  
          1. Die Vorgaben des Schallgutachtens der TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co. KG Nr. 8000661966/317SST020 vom 20.06.2017 sind zu beachten. Hier wird vom Abbaugerät Eimerkettenschwimmbagger ausgegangen. Sollte entsprechend des Antrages als Variante ein Schwimmsaugbagger zum Einsatz kommen, ist die Gleichwertigkeit hinsichtlich des Immissionsschutzes bereits nachgewiesen (H).
          2. Bei dem Abbau ist zu berücksichtigen, dass beim Betrieb folgende Immissionswerte für Geräusche – gemessen nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) 0,5 m vor dem geöffneten, vom Lärm am stärksten betroffenen Fenster in der Nachbarschaft - z. B. IO 05 Frestorfer Chaussee 2 - nicht überschritten werden:  
               
             Mischgebiet, Kerngebiet, Dorfgebiet, Außenbereich  
             tagsüber (von 6:00 – 22:00 Uhr) 60 dB (A)  
             nachts (von 22:00 – 06:00 Uhr) 45 dB (A) – antragsgemäß kein Betrieb  
               
             Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tage um nicht mehr als 30 dB(A) und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB (A) überschreiten.
          3. Zur Einhaltung der genannten Geräuschimmissions-Richtwerte ist der Betrieb so zu regeln, dass der gesamte Fahrverkehr nur tagsüber in der Zeit zwischen 6:00 Uhr und 22:00 Uhr erfolgt.
          4. Auf Verlangen des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes ist nach Inbetriebnahme des Bodenabbaues durch Messungen einer nach § 26 BImSchG bekannt gegebenen Stelle die Einhaltung der Immissionswerte nachzuweisen.
       3. Arbeitsschutz:  
          1. Die schwimmenden Abbauanlagen sind gemäß der Unfallverhütungsvorschrift „Schwimmende Geräte“ (DGUV D 64 alt: BGV D 21) zu betreiben.   
             Förderbänder sind entsprechend der Unfallverhütungsvorschrift „Stetigförderer“ (DGUV R 500 Kap. 2.9, alt VBG10) zu errichten und zu betreiben. Insbesondere sind für nicht im Sichtbereich der Schalteinrichtung befindliche Maschinen wie beispielsweise Stetigförderer Anlaufwarneinrichtungen anzubringen.
          2. An Fahrwegen neben tiefer gelegenem Grubengelände sind Maßnahmen gegen Überfahren bzw. Absturz zu treffen. Diese Forderung wird durch Leitplanken, Schutzwälle oder gleichwertige Maßnahmen erfüllt.
          3. Beim Abbau ist die Unfallverhütungsvorschrift „Steinbrüche, Gräbereien und Halden“ (DGUV V 29, bisher BGV C 11) zu beachten.
       4. Es dürfen nur solche Radlader, Raupen und Erdbaumaschinen eingesetzt werden, die der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV) entsprechen.
       5. Beim Betrieb handelt es sich nach der Zuständigkeitsverordnung zum Nieders. Wassergesetz um einen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) überwachten Betrieb, bei dem das Gewerbeaufsichtsamt Hannover für die Umsetzung der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) zuständig ist.

Für den Fall der Lagerung bzw. für den Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, z. B. Dieselkraftstoff, sind gemäß der AwSV in Verbindung mit dem NWG besondere Sicherungsmaßnahmen erforderlich (siehe auch Auflagen 2.2.2.4 bis 2.2.2.6). AwSV-Anlagen sind dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt unter Verwendung eines Anzeigeformulars anzuzeigen.

2.2.4 Denkmalpflegerische Belange

* + - 1. Der angestrebte Beginn der Erdarbeiten (Oberbodenabtrag und alle in den Unterboden reichenden Erdarbeiten) ist sobald wie möglich, mindestens aber vier Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige ist an die Untere Denkmalschutzbehörde sowie an die zuständige Kommunalarchäologie (Schloßplatz 5, 31675 Bückeburg, Tel. 05722/9566-15 oder Email:  
         lau@SchaumburgerLandschaft.de) zu richten.
      2. Der Oberbodenabtrag hat mit einem Hydraulikbagger mit zahnlosem, schwenkbarem Grabenlöffel nach Vorgaben und im Beisein der Kommunalarchäologie oder einer zu beauftragenden Grabungsfirma zu erfolgen.
      3. Im Vorfeld der Erdarbeiten sind in Abstimmung mit der Kommunalarchäologie archäologische Ausgrabungen anzusetzen. Dazu ist mit der Kommunalarchäologie ein Konzept des Untersuchungsverlaufes abzustimmen sowie ein ausführendes Unternehmen und die örtliche Grabungsleitung zu benennen.
      4. Die Antragstellerin hat die Grabungsgenehmigung der ausführenden Firma auszuhändigen, die diese während der Dauer der archäologischen Maßnahme mit sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen hat.
      5. Beginn und Abschluss der archäologischen Maßnahme sind der Kommunalarchäologie und der Unteren Denkmalschutzbehörde anzuzeigen.
      6. Die Auftraggeberin hat dafür einzustehen, dass die Flächen für die Grabung betrieblich uneingeschränkt zur Verfügung stehen.
      7. Alle erforderlichen Genehmigungen (Natur- und Umweltschutz, Strom, Gas, Wasser, Telekom, etc.) müssen bei Grabungsbeginn vorliegen. Der Artenschutz im BNatSchG ist zu beachten. Für die eigentlichen archäologischen Grabungen obliegt die Bauaufsicht der Grabungsfirma. Die satzungsgemäßen Anliegerpflichten obliegen dem Auftraggeber.
      8. Die archäologischen Arbeiten sind von qualifiziertem Personal durchzuführen. Sie umfassen die sach- und fachgerechten Geländetätigkeiten sowie die magazin- und archivgerechte Nachbearbeitung der Funde und Befunde sowie die Anfertigung eines Berichtes. Die Grabungsfirma stellt nach Umfang der Untersuchungsflächen mindestens einen Wissenschaftler sowie dem Bedarf angepasst und in Absprache mit der Kommunalarchäologie einen Techniker und mehrere Helfer.
      9. Als Grundlage der Grabungstechnik und der Dokumentation sind die Vorgaben der Landesarchäologen zu berücksichtigen (s. http://www.landesarchaeologen.de/fileadmin/Dokumente/Dokumente\_Kommissionen/Dokumente\_Grabungstechniker/grabungsstandards\_april\_06.pdf und https://www.denkmalpflege.niedersachsen.de/download/110131).
      10. Über wichtige wissenschaftliche Ergebnisse und Funde sind die Kommunalarchäologie und das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege – Referat Archäologie, Regionalteam Hannover, Scharnhorststr. 1, 30175 Hannover (im folgenden NLD) unverzüglich und unmittelbar zu unterrichten.
      11. Mit dem Abschluss der archäologischen Untersuchungen bestehen bei der Durchführung der geplanten Maßnahmen aus der Sicht der Denkmalschutzbehörden für den Auftraggeber keine weiteren Beschränkungen. Ungeachtet dessen gelten für alle Erdarbeiten auch nach Abschluss der Ausgrabung die Be-stimmungen des NDSchG hinsichtlich unerwarteter Funde (Melde- und Anzeigepflicht bei Bodenfunden gemäß § 14).
      12. Ein Bericht über die Grabungen ist spätestens zwölf Wochen nach Abschluss der Maßnahme in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Bestandteil des Berichtes muss ein genauer Lageplan mit Eintrag der Grabungsflächen und der wichtigsten Befunde sowie eine Auflistung des Fundgutes sein. Dem Bericht ist eine Fundmeldung auf dem hierfür vorgesehenen Formular des NLD beizufügen sowie ein Beitrag zur Publikation in der Fundchronik Niedersachsen bzw. der Fundchronik der Kommunalarchäologie.
      13. Fundgut und Dokumentation (Tagebuch, Zeichnungen, Fotos, Beschreibungen, Befund-, Fund-, Foto-, Vermessungs- und Zeichnungslisten) sind ab dem Zeitpunkt der Anfertigung bzw. Auffindung Eigentum des Landes Niedersachsen. Die Übergabe der Gesamtdokumentation und der Funde hat nach Abschluss der Berichterstattung, spätestens aber nach Ablauf von drei Monaten in einem magazinierbaren Zustand zu erfolgen. Die Dokumentation geht an die Kommunalarchäologie, eine Dublette an das NLD die Funde an das Museum Nienburg/Weser. Je nach Umfang der im Verlauf der Maßnahme dokumentierten Funde und Befunde kann eine Verlängerung des Bearbeitungszeitraums auf schriftlichen Antrag hin gewährt werden.
      14. Weiter wird darauf hingewiesen, dass ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde wie etwa Keramikscherben, Steingeräte oder Schlacken sowie Holzkohleansammlungen, Bodenverfärbungen oder Steinkonzentrationen, die bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten gemacht werden, gem. § 14 Abs. 1 des NDSchG auch in geringer Menge meldepflichtig sind (H). Sie müssen der zuständigen Kommunalarchäologie (Tel. 05722/9566-15 oder Email: lau@SchaumburgerLandschaft.de) sowie der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich gemeldet werden. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

2.2.5 Landwirtschaftliche/Raumordnerische Belange und Ersatz-/ Erschließung

* + - 1. Im Zuge der Abbau- und Wiederherrichtungsmaßnahmen ist auf die benachbarten landwirtschaftlich genutzten Grundstücke in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. Eine Beeinträchtigung, insbesondere auch der Erschließung, darf in keiner Weise erfolgen.
      2. Sommergänsemonitoring:  
         1. Mit der Erfassung der Sommergänse ist in der ersten Kartierperiode nach Unanfechtbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses zu beginnen. Die Erfassung ist für die Dauer von zunächst drei Jahren in der Zeit von Mitte April bis Ende Juli durchzuführen. Zu untersuchen ist der in der Anlage 7 festgesetzte Untersuchungsraum für Sommergänse im ersten Kartierjahr 14-tägig, im zweiten Kartierjahr einmal monatlich. Die Erfassungen sind in den frühen Morgenstunden (bis 9.00 Uhr) oder am Abend (ab 18.00 Uhr) auf den potenziellen Nahrungsflächen in diesem Raum durchzuführen. Die Ergebnisse sind der Planfeststellungsbehörde so aufbereitet vorzulegen, dass eine vergleichende Bewertung des Kartierrhythmus möglich ist. Auf der Basis dieser Ergebnisse wird entschieden, in welchem Zeitabstand im dritten Erfassungsjahr zu kartieren ist.

Es sind alle Gänse auf den potenziellen Nahrungsflächen in diesem Raum zu zählen und zu verorten, ebenso „Halb-Gänse“ wie Nilgans, Brandgans und Rostgans. Eine Erfassung auf Artniveau ist nicht zwingend erforderlich.

Die erfassten Gänsevorkommen der drei Kartierjahre sind auf Karten im Maßstab 1:10.000 räumlich zuzuordnen (als Trupps) und in einem Bericht zu bewerten. Für die Bewertung wichtige Beobachtungen, wie z.B. Nahrungspräferenzen, sind ebenfalls im Bericht darzustellen. Der Bericht ist spätestens 6 Monate nach Abschluss der Kartierung der Planfeststellungsbehörde vorzulegen.

Nach Erreichen einer für Gänse attraktiven Wasserflächengröße durch den   
Nassabbau ist die Fläche vom Vorhabenträger alle 2 Tage auf die Anwesenheit von Gänsen zu kontrollieren. Wenn Gänse oder „Halb-Gänse“ die Wasserfläche angenommen haben (mindestens 2-mal/ Woche 100 Exemplare), ist die Erfassung der Sommergänse für die Zeit des weiteren Abbaus entsprechend der folgenden Auflagen erforderlich.

* + - * 1. Im darauf folgenden Jahr ist dann durch eine Raumanalyse der Nahrungsraum zu definieren, der von den Gänsen genutzt wird, die das Abbaugewässer des Vorhabenträgers tagsüber nutzen. Diese Raumanalyse ist vom Vorhabenträger zu beauftragen und von qualifiziertem Fachpersonal durchzuführen. Die Vorgehensweise bei der Raumanalyse ist vor Beginn mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. Das Ergebnis der Raumanalyse ist in einem Bericht zusammenzufassen und der Planfeststellungsbehörde vorzulegen.
        2. In den Folgejahren sind Gänse und „Halb-Gänse“ zwischen Mitte April und Ende Juli ca. einmal monatlich (insgesamt viermal) im durch die Raumanalyse abgegrenzten Raum auf den Nahrungsflächen vormittags vor 9.00 Uhr oder abends nach 18.00 Uhr zu erfassen. Zusätzlich sind tagsüber (zwischen 11 und 15 Uhr) die Gänse auf dem Abgrabungsgewässer zu zählen. Die so erhobenen Daten sind jährlich in Karten- und Tabellenform der Planfeststellungsbehörde zur Verfügung zu stellen. Der prozentuale Anteil der auf dem Abbaugewässer gezählten Gänse am auf den Nahrungsflächen ermittelten Gesamtbestand des Raumes ist zu ermitteln.   
             
           Nach dreijähriger Kartierung sind die so erfassten Daten über die Gänsevorkommen in dem durch Raumanalyse festgelegten Raum in einem Bericht darzustellen und zu bewerten. Auf der Basis der gemachten Erfahrungen sind ggf. Anpassungen der Kartiermethode möglich.
        3. Dem Träger des Vorhabens steht es frei, abweichend von den Auflagen 2.2.5.2.2 und 2.2.5.2.3 mit von entschädigungsrelevanten Fraßschäden durch Sommergänse betroffenen Bewirtschaftern von landwirtschaftlichen Flächen andere Lösungen zu finden, wenn sie denn einvernehmlich getroffen werden. Die Planfeststellungsbehörde ist über andere einvernehmliche Lösungen in Kenntnis zu setzen.   
             
           Soweit eine andere Lösung nicht gewünscht bzw. mit den Bewirtschaftern nicht zu erzielen ist, sind die Vorgaben der genannten Auflagen umzusetzen.

Hinweis zu den Auflagen 2.2.5.2.1 bis 2.2.5.2.3:

Die erhobenen Daten dienen als Entscheidungsgrundlage für den Fall, dass seitens der betroffenen Landwirte Entschädigungsansprüche aufgrund einer Zunahme von Sommerganspopulationen infolge des Sand- und Kiesabbaus geltend gemacht werden.   
  
Wenn sich abzeichnet, dass potenziell berechtigte Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden können, sind ggf. entsprechende Auflagen zur Abwicklung dieser Ansprüche zu ergänzen (siehe Auflagenvorbehalt unter 3.).

* + - 1. Erschließung (siehe auch Entscheidung A 3 und C, Bedingungen C 1.1 und 1.5 und Auflage 2.1.15):  
         1. Die äußere verkehrliche Erschließung ist über den Wirtschaftsweg, welcher im Abschnitt 50 bei Station 1470 Anschluss an die B 215 besitzt, Gemarkung Müsleringen, Flur 5, Flurstück 100, sicherzustellen.
         2. Zur Gewährleistung sicherer Verkehrsabläufe ist für den Einmündungsbereich im Abschnitt 50 bei Station 1470 der B 215 ein bituminöser Ausbau in mind. 5,50 m Breite auf 50 m Länge mit entsprechenden Schleppkurven gemäß Musterblatt, Anlage 8, vorzunehmen.
         3. Entlang des im weiteren Verlauf geplanten Transportweges, Gemarkung Müsleringen, Flur 5, Wegeflurstücke 99, 96 und 97 (teilweise), sind in Abstimmung mit der Gemeinde Stolzenau Ausweichbuchten zu errichten.

2.2.6 Naturschutzfachliche Belange

2.2.6.1 Während des Abbaubetriebes entstehende Steilabbrüche/Steilwände sind potenzielle Brutbiotope für Uferschwalbe und Eisvogel. Uferschwalbe und Eisvogel gehören nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zu den streng geschützten Vogelarten. Die Vorschriften des besonderen Artenschutzes (§§ 44 ff. BNatSchG) sind zu beachten. Steilwände, die von Uferschwalbe und/oder Eisvogel während der Fortpflanzungs- und Aufzuchtzeit als Habitate angenommen worden sind, dürfen in diesem Zeitraum nicht weiter abgebaut werden.

2.2.6.2 Auf eine nächtliche Beleuchtung der Abgrabungsfläche außerhalb der Betriebszeiten ist zur Vermeidung einer Vergrämung lichtempfindlicher Arten zu verzichten.

2.2.6.3 **Die Abräumung der Flächen ist in der Zeit von Anfang September bis Mitte März durchzuführen**. Bei einem zwingenden Erfordernis der Abräumung während der Bauzeitenbeschränkung ist diese mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen. In diesem Fall sind die abzuräumenden Flächen vor der Abräumung von einem avifaunistischen Experten zu begehen, und es ist nachzuweisen, dass Vogelarten in ihren Fortpflanzungsaktivitäten auf der Fläche weder gestört noch getötet werden. Die fachkundige Person ist von der Abbauunternehmerin zu beauftragen.

2.2.6.4 Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen von Fledermäusen sind im Falle der Beleuchtung des Landförderbandes LED-Lampen mit nach unten ausgerichtetem Lichtkegel zu verwenden.

2.2.6.5 Auf den Flurstücken 45/2, 111/45 und 110/45, Flur 5, Gemarkung Müsleringen sind auf mindestens 0,81 ha vier jeweils mindestens 20 m² große Lerchenfenster sowie ein Blühstreifen von mindestens 10 m Breite und einer Gesamtgröße von 1.000 m² anzulegen. Die Getreideansaat ist auf der übrigen Fläche mit doppeltem Reihenabstand durchzuführen. Diese Artenschutzmaßnahme für die Feldlerche ist jährlich neu und auf Dauer durchzuführen. Sie muss vor Inanspruchnahme der nachgewiesenen Reviere ihre Funktion als Bruthabitat erfüllen.

2.2.6.6 Der Nachweis ist über eine Funktionskontrolle in Form einer jährlichen Feldlerchenkartierung (Nachweis von mindestens zwei brütenden Paaren) auf den CEF-Flächen zu erbringen. Bei Nachweis von mindestens 2 Brutpaaren der Feldlerche auf den CEF-Flächen kann die Kartierung beendet werden. Die Vorgehensweise ist vor Beginn des Monitorings sowie während des Monitorings mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen (z. B. Verlegung bei Nichtannahme durch die Feldlerche).

2.2.6.7 Für den Blühstreifen ist die in den Antragsunterlagen dargestellte Ansaatmischung (s. Anlage 1.2, Kapitel 8, Maßnahme M8) zu verwenden. Die Anlage der Lerchenfenster und des Blühstreifens ist jährlich durch Fotos zu dokumentieren. Diese sind der unteren Naturschutzbehörde zeitnah zuzusenden.

2.2.6.8 Die Anlage der Lerchenfenster und des Blühstreifens ist durch Eintrag einer entsprechenden Reallast zu Gunsten des Landkreises Nienburg/Weser, bestehend aus der Verpflichtung, jährlich vier mindestens 20 m² große Lerchenfenster und einen Blühstreifen in der Größe von mindestens 1.000 m² anzulegen sowie die übrige Fläche mit Getreide mit doppeltem Reihenabstand einzusäen, auf den in Auflage 2.2.6.5 genannten Flurstücken zu sichern.

* 1. Wiederherrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen
     1. Die Vermeidungs-, Wiederherrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen sind gemäß den nachfolgenden Auflagen so abgestimmt, dass die hergerichteten Flächen für den Naturschutz genutzt werden können.

2.3.2 Die Fischereirechte des Eigentümers im Sinne des Nds. Fischereigesetzes bleiben unberührt (siehe auch Erlass des MU „Sportfischerei und Naturschutz“ vom 05.03.2012 während der Dauer seiner Gültigkeit).

Freigestellt ist insofern die ordnungsgemäße fischereiliche Nutzung und Hege unter größtmöglicher Schonung und Rücksichtnahme auf die natürlichen Lebensgemeinschaften im Gewässer sowie an den Ufern, insbesondere auf seltene Pflanzen- und Tierarten.

Entsprechend der Abstimmung zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Anglerverband Niedersachsen e. V., des Sportangler-Vereins Nendorf, des BUND, der Abbaufirma und des Planungsbüros werden das Süd- und Ostufer des Abbaugewässers von der Angelnutzung ausgenommen. Das Nord- und das Westufer stehen für eine extensive Angelnutzung zur Verfügung.

2.3.3 Im Rahmen der Vermeidungs-, Wiederherrichtungs-, Kompensations- und artenschutzrechtlichen Maßnahmen sind die Festsetzungen und Darstellungen des genehmigten Erläuterungsberichtes (Anlagen 1.2 und 1.2.1), des artenschutzrechtlichen Fachbeitrags (Anlage 4.2), des Wiederherrichtungsplanes (Anlage 2.6.1) und der Schnitte (Anlage 2.7) zu realisieren. Die Grüneintragungen sind zu beachten.

2.3.4 Sämtliche Wiederherrichtungsmaßnahmen sind möglichst frühzeitig Zug um Zug mit Fortschreiten des Abbaues durchzuführen.

* + 1. Nach Fertigstellung der Sicherheitsstreifen, der Böschungen, Bermen, und Extensivgrünlandflächen sind diese unverzüglich mit der im Wiederherrichtungsplan und im Erläuterungsbericht geplanten Vegetation zu versehen. Bepflanzungsmaßnahmen sind in der nach Herrichtung der entsprechenden Bereiche folgenden Pflanzperiode (01.11. – 15.04.) zu realisieren.
    2. Die Extensivgrünlandflächen sind entsprechend den „Leitlinien für Grünlandbewirtschaftungsverträge zum Schutz des Weißstorches im Landkreis Nienburg/Weser, Bewirtschaftungs- und Pflegeauflagen“ (siehe Anlage 9) zu bewirtschaften.
    3. Flachwasserzonen und Bermen am Süd- und Ostufer sind entsprechend des Wiederherrichtungsplans mit einer Röhrichtinitialpflanzung aus Schilf (Phragmites australis) zu versehen. Die Röhrichtanpflanzungen im Abbaugebiet sind dem Abbau- und Rekultivierungsfortschritt folgend jeweils zum nächst möglichen Zeitpunkt im Frühjahr durchzuführen. Es ist pro 1,50 m Uferlinie eine Schilfpflanze (Phragmites australis) mit einem Pflanztopfdurchmesser von mind. 9 cm zu setzen. In den Röhrichtanpflanzungsbereichen ist schon vor den Röhrichtpflanzungen dafür Sorge zu tragen, dass ggf. aufkommende Gehölze samt Wurzelwerk frühzeitig ausgezogen werden, um kostenintensive Pflegeeinsätze zur Zurückdrängung von Gehölzen zu vermeiden.
    4. Die Röhrichtansiedlung ist unverzüglich in einen wehrfähigen Zustand zu versetzen. Sie ist mindestens für die ersten drei Jahre mit einem mechanischen Schutz vor Wellenschlag zu versehen. Es wird empfohlen, diesen Primärschutz durch Raubäume sicherzustellen. Bei ggf. vorhandenem hohem Fraßdruck sind die Röhrichtanpflanzungen in den ersten zwei Jahren zusätzlich durch geeignete Maßnahmen vor Verbiss zu schützen.
    5. Die Abbaufirma tritt der Rahmenvereinbarung „Nienburger Wesertal“ bei.   
       Ausgehend von den unter A Ziffer 1.1 planfestgestellten Flächen entsteht insgesamt ein Kompensationsdefizit von **45.500 m²** für den Verlust bzw. die Veränderung von Gast- und Rastvogellebensraum mit hoher naturschutzfachlicher Bedeutung.

Auf der Grundlage des Erlasses des Niedersächsischen Umweltministeriums (Nds. MU) vom 11.07.2007 ist zum Ausgleich dieses Defizits eine Ersatzgeldzahlung gem. § 15 BNatSchG zu leisten. Die Abbaufläche liegt außerhalb der Gebietskulisse der Fortschreibung der Rahmenvereinbarung zur Umsetzung der Kompensation von bedeutsamen Gastvogellebensräumen im Nienburger Wesertal durch Erhebung eines Ersatzgeldes nach § 15 Abs. 6 BNatSchG zur Sicherung der Leistung einer ausreichenden Nahrungsgrundlage für nordische Gastvögel vom 28.01.2016. Die Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen ist dieser Rahmenvereinbarung mit Zustimmung aller Beteiligten beigetreten. Die fälligen Ersatzgeldzahlungen werden jeweils aktuell gemäß § 3 (Aufgaben der Beteiligten) der Rahmenvereinbarung errechnet.

**Vor Abbaubeginn** ist das Ersatzgeld für die Abbauabschnitte 1-3 (insgesamt 26.208 m²) in Höhe von **14.002,93 €** in einer Summe fällig. Der diesem Betrag zu Grunde liegende, an den Inflationsindex angepasste Preis pro m² beträgt 5.343 €/ha = 0,5343 €/m².

Weitere Zahlungen sind abschnittsweise unmittelbar vor Abbaubeginn des jeweiligen Abbauabschnitts für die Fläche des gesamten Abbauabschnitts fällig. Zu Grunde zu legen ist der zum jeweiligen Zeitpunkt geltende, an den Inflationsindex angepasste Preis pro m². Dieser wird jeweils aktuell durch die untere Naturschutzbehörde ermittelt.

Der jeweils fällige Betrag ist in den Ersatzgeldfonds des Landkreises Nienburg/Weser, IBAN DE21 2565 0106 0000 3003 84 bei der Sparkasse Nienburg/Weser unter der Angabe „Ersatzgeld nach § 15 BNatSchG, PK 50077594, Bodenabbau Müsleringen, Fa. Kiesgruben GmbH Müsleringen, Produktkonto 55411.204000“, einzuzahlen.

Weiter wird das Jahresbudget für den Abbau wie folgt festgesetzt:   
Landfläche der Abbaukulisse 150 ha x Budgetwert 10,47 €/ha = 1.570,50 €, gerundet **1.600 €**.

Der jährlich zu leistende Anteil am Jahresbudget (s. § 3 der Rahmenvereinbarung) wird jedes Jahr neu festgesetzt. Nicht benötigte Gelder aus dem Vorjahr werden vollständig in das Jahresbudget des jeweiligen Folgejahres übertragen. Durch nicht benötigte Gelder reduziert sich das durch die Firma zu erbringende Jahresbudget für das Folgejahr entsprechend. Der erforderliche Einzahlungsbetrag ist damit variabel.

2.3.10 Die Fa. Kiesgruben GmbH Müsleringen hat hierzu bis zum 31.03. eines jeden Jahres dem Landkreis Nienburg/Weser die im Vorjahreszeitraum verkauften Rohstoffmengen mitzuteilen.   
  
Der für die jeweils folgenden Geschäftsjahre zu zahlende Betrag wird von der Genehmigungsbehörde zum 01.09. eines Jahres mitgeteilt und ist dann innerhalb eines Monats auf das o. g. Konto des Landkreises Nienburg/Weser unter der Angabe „Jahresbudget *(Angabe des jeweiligen Jahres)* gem. Rahmenvereinbarung, PK 50077594, Produkt-Kto. 55411.272903“ zu zahlen. Das Budget wird für diesen Planfeststellungsbeschluss festgeschrieben und ist solange jährlich von der Firma zur Verfügung zu stellen, wie diese in diesem Gebiet Bodenabbau betreibt. Eine ggf. in Zukunft für erforderlich erachtete Erhöhung des Jahresbudgets würde nicht die Flächen dieses Planfeststellungsbeschlusses betreffen. Eine zusätzliche finanzielle Belastung dieses Planfeststellungsbeschlusses würde dann nur im Rahmen von freiwilligen Sonderzahlungen durch die Genehmigungsinhaberin erfolgen können, z.B. im Rahmen einer gemeinsam erarbeiteten 2. Fortschreibung der Rahmenvereinbarung.

2.3.11 Mit der Einzahlung des Ersatzgeldes auf die zweckgebundene Rücklage (Auflage 2.3.9) sowie der Zusicherung der bis zum Ende des Bodenabbaus der Fa. Kiesgruben GmbH Müsleringen in diesem Gebiet jährlich neu festzulegenden Zahlungen in das Jahresbudget (Auflage 2.3.10) ist die Genehmigungsinhaberin ihrer externen Kompensationsverpflichtung für das Schutzgut „wichtige Nahrungsräume von nordischen Gastvögeln“ nachgekommen.

2.3.12 Bei der Ansiedlung von Pflanzen der besonders geschützten bzw. gefährdeten Arten (z. B. Teichrose, Schwertlilie, Schwanenblume) ist der Herkunftsnachweis zu führen und die Maßnahme vorab mit der unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.

Seerosen dürfen nicht verwendet werden, da hiervon nur Kulturformen (Sorten) im Handel erhältlich sind und eine Naturentnahme dieser besonders geschützten Art verboten ist.

2.3.13 Zur Bepflanzung darf ausschließlich einwandfreie Baumschulware, die den jeweils gültigen Gütebestimmungen entspricht, Verwendung finden.  
Es wird empfohlen, die Bepflanzung von einer qualifizierten Fachfirma durchführen zu lassen, damit hohe Anwuchsquoten erzielt werden und gleichzeitig eine Anwuchsgarantie gewährleistet wird.

2.3.14 Die Gehölzanpflanzungen sind im erforderlichen Umfang solange zu pflegen, bis eine eigendynamische Gehölzentwicklung gewährleistet ist, d.h. sie sind insbesondere während anhaltender Trockenperioden zu bewässern und erforderlichenfalls von wild wachsenden Gräsern und Kräutern frei zu stellen.   
  
Es empfiehlt sich hier, einen zeitlich befristeten Pflegevertrag mit einer qualifizierten Fachfirma abzuschließen.  
  
Evtl. nicht anwachsende oder absterbende Gehölze sind unverzüglich, spätestens jedoch in der darauf folgenden Pflanzperiode (01.11. - 15.04.), durch entsprechende Ersatzanpflanzungen zu ersetzen.

2.3.15 Sämtliche Anpflanzungsbereiche sind 5 Jahre lang haarwildsicher auszuzäunen (Knotengittergeflecht mit mind. 1,20 m Höhe), um Fege- und Wildverbissschäden vorzubeugen. Danach sind die Zäune abzubauen und wieder zu verwenden oder ordnungsgemäß zu entsorgen.

2.3.16 Die hergerichteten Böschungsbereiche sind derart abzusichern, dass das Betreten durch Unbefugte verhindert wird.

2.3.17 Die Beendigung des Kiesabbaues sowie eine Unterbrechung der Kiesgewinnung von mehr als sechs Monaten hat die Abbaufirma der Planfeststellungsbehörde unaufgefordert anzuzeigen.

2.3.18 Innerhalb eines Jahres nach Beendigung des Abbauvorganges sind alle mit dem Bodenabbau im Zusammenhang stehenden Anlagen und Geräte zu beseitigen.

Die Zuwegung ist zu räumen, versiegelte Flächen sind zu entsiegeln und aufzulockern.

2.3.19 Nach Beendigung aller Wiederherrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen sowie der artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen hat die Unternehmerin bei der Planfeststellungsbehörde die Schlussabnahme zu beantragen. Erst nach beanstandungsfreier Schlussabnahme der Wiederherrichtungs-/Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen kann eine Freigabe der Sicherheitsleistung erfolgen.

3 **Auflagenvorbehalt**

3.1 Ändern sich die dem Planfeststellungsbeschluss zugrunde liegenden Voraussetzungen erheblich, so können der Beschluss und die Auflagen den geänderten Verhältnissen angepasst werden.

3.2 Die Planfeststellungsbehörde behält sich vor, Auflagen und Bedingungen hinsichtlich Ausgleichs-, Ersatz- und Wiederherrichtungsmaßnahmen zu ändern bzw. anzupassen, wenn der/die Antragsteller/in, der/die Abbauunternehmer/in oder ein anderer Vorhabensträger einen Änderungsantrag stellt.

3.3 Zum Ausschluss nachteiliger Wirkungen auf die Rechte Dritter behalte ich mir vor, weitere Auflagen und Bedingungen festzulegen (s. § 70 Abs. 1 i. V. m. § 13 Abs. 1 WHG).

**D Hinweise**

1. Durch das festgestellte Abbauvorhaben dürfen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und das Landschaftsbild nicht mehr als unbedingt notwendig beeinträchtigt werden.
2. Die Antragstellerin haftet für alle Schäden, die in einem kausalen Zusammenhang mit dem Kiesabbau stehen und auf der Nichteinhaltung von Auflagen beruhen.
3. Der Beschluss enthält nicht die Zusicherung der Planfeststellungsbehörde, dass im Hochwasserfalle an der genehmigten Maßnahme kein Schaden eintreten wird.
4. Soweit verpachtete Flächen vor Ablauf des Pachtzeitraumes abgebaut werden sollen, sind vor Abbaubeginn mit den Pächtern einvernehmliche privatrechtliche Vereinbarungen zu treffen.
5. Bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind (z. B. Oberbodenwälle) müssen – soweit sie höher als 1,0 m über der Geländeoberfläche sind und soweit von ihnen Wirkungen wie Gebäude ausgehen, wie Gebäude Abstand nach den §§ 7 – 10 NBauO halten.
6. Aus der unmittelbaren Umgebung des Antragsgebietes und aus dem laufenden Abbau der Kiesgrube liegen archäologische und paläontologische Funde vor.  
     
   Mit dem Auftreten archäologischer Bodenfunde im Plangebiet ist daher zu rechnen. Die genannten Fundstellen sind Kulturdenkmale i. S. v. § 3 Abs. 4 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes (NDSchG). Durch die geplanten Bau- und Erdarbeiten würden die archäologischen Kulturdenkmale in Teilen unwiederbringlich zerstört. Sämtliche in den Boden eingreifenden Erdarbeiten, wie Erschließungsarbeiten, Oberbodenabtrag und alle in den Unterboden reichenden Bodeneingriffe, bedürfen nach § 13 Abs. 1 NDSchG einer denkmalrechtlichen Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Diese kann gem. § 13 Abs. 2 NDSchG versagt oder mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden. Diese wird gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG durch den Planfeststellungsbeschluss ersetzt.
7. Die Kommunalarchäologie übt die **Fachaufsicht** über die archäologische Maßnahme aus.
8. Die durch die archäologischen Untersuchungen entstehenden Mehrkosten für Personal- und Maschineneinsatz können nicht von der Kommunalarchäologie getragen werden (Verursacherprinzip NDSchG § 6 Abs. 3).
9. Die Publikationsrechte der Grabungsergebnisse liegen für zunächst 2 Jahre nach Abschluss der Maßnahme bei der Grabungsleitung und können auf Wunsch verlängert werden. Dessen ungeachtet steht es der Kommunalarchäologie für die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit frei, auf die Ergebnisse der Untersuchungen zurückzugreifen.
10. Im Bereich der o.a. Flurstücke des hier beantragten Vorhabens „Kiesabbau Müsleringen, Abbaustätte 1. Schritt“, befinden sich nach Prüfung der tagesaktuellen Unterlagen keine Baudenkmale.
11. Es wird darauf hingewiesen, dass aus der Zustimmung für dies Abbauverfahren keine Genehmigungsfähigkeit für andere Abbauflächen in diesem Gebiet abzuleiten ist.
12. Im nordöstlichen Bereich der Abbaufläche „Kiesabbau Müsleringen“ befindet sich ein Baudenkmal (Müsleringer Weserweg 35). Sowie bei der Planung weiterer Kiesabbauflächen Maßnahmen direkt am Baudenkmal oder in dessen Umgebung geplant sind, ist eine Genehmigung der Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen.

Gemäß §8 NDSchG sind Anlagen in der Umgebung eines Baudenkmals so zu gestalten, das keine Beeinträchtigung für das Baudenkmal zu erwarten ist. Die aktuelle Planung des zukünftigen Kiesabbaus im nordöstlichen Bereich der Abbaufläche zeigt eine erhebliche Beeinträchtigung für das Erscheinungsbild des Baudenkmals.

Weitere geplante Baumaßnahmen im Bereich „Kiesabbaus Müsleringen“ sind, je nach Lage, nach § 8 NDSchG in Verbindung mit §10 NDSchG abstimmungs- bzw. genehmigungspflichtig. Die Genehmigung kann mit Auflagen und Bedingungen im Rahmen der Baugenehmigung oder eines Planfeststellungsbeschlusses erteilt werden.

1. Die Errichtung eines oder mehrerer Überkornbrecher unterliegt den Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und bedarf als genehmigungsbedürftige Anlage im Sinne der 4. BImSchV Nr. 2.2 eines gesonderten Genehmigungsverfahrens. Für die Errichtung und zum Betrieb sind Genehmigungsanträge beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hannover einzureichen.
2. Die Straßenbauverwaltung behält sich die Forderung auf Herstellung einer Linksabbiegespur einschließlich Ablösung der Mehrunterhaltung im Zuge der Bundessstraße 215 im Bereich der Einmündung des Wirtschaftsweges im Abschnitt 50 bei Station 1470 zu Lasten der Gemeinde Stolzenau vor.  
   Die Anlage einer Linksabbiegespur wird erforderlich, sofern sich an der Einmündung im Abschnitt 50 bei Station 1470 der B 215 eine Gefahrenstelle bzw. ein Unfallschwerpunkt ergeben sollte. Die Entscheidung über das Vorliegen einer Gefahrenstelle bzw. eines Unfallschwerpunktes trifft die Verkehrsunfallkommission.
3. Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel wie Granaten, Panzerfäuste, Minen etc. gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, den Fachbereich Ordnung und Verkehr des Landkreises Nienburg/Weser oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat bei der Zentralen Polizeidirektion in Hannover.
4. Verbleiben im Abbaugebiet Restflächen, so ist im besonderen Verfahren die Verpflichtung zum Abbau zu prüfen (siehe auch § 12 NAGBNatSchG).
5. Wird mit der Durchführung des Vorhabens nicht innerhalb von fünf Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen, so tritt der Plan außer Kraft   
   (§ 75 Abs. 4 VwVfG).
6. Konnte ein Betroffener/eine Betroffene nachteilige Wirkungen während des Verfahrens nicht voraussehen, so kann er/sie verlangen, dass der Unternehmerin nachträglich Auflagen gemacht werden. Können die nachteiligen Wirkungen durch die Auflagen nicht verhütet oder ausgeglichen werden, so ist der/die Betroffene zu entschädigen. Der Antrag ist hier innerhalb von drei Jahren nach dem Zeitpunkt zulässig, zu dem der/die Betroffene von den nachteiligen Wirkungen des Ausbaues (Schaffung des Gewässers) Kenntnis erhalten hat. Er ist ausgeschlossen, wenn nach Beendigung der Maßnahme (Herstellung des Gewässers) 30 Jahre verstrichen sind (§ 75 Abs. 3 VwVfG i.V.m. §§ 70 Abs. 1 und 14 Abs. 6 WHG).
7. Soll vor Fertigstellung des Vorhabens der festgestellte Plan geändert werden, so bedarf es eines neuen Planfeststellungsverfahrens (§ 76 Abs. 1 VwVfG).  
     
   Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann die Planfeststellungsbehörde von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.  
     
   Führt die Planfeststellungsbehörde in den Fällen des § 76 Abs. 2 VwVfG oder in anderen Fällen eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung durch, so bedarf es keines Anhörungsverfahrens und keiner öffentlichen Bekanntgabe des Planfeststellungsbeschlusses.
8. Der Planfeststellungsbeschluss konzentriert die naturschutzrechtliche Genehmigung gemäß §§ 8 ff. NAGBNatschG, die nach Baurecht erforderliche Genehmigung, alle Genehmigungen, Erlaubnisse, Zustimmungen und dergleichen nach dem Wasserhaushaltsgesetz und die Genehmigung für Erdarbeiten nach § 13 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) ein.  
     
   Die Genehmigungen wirken für und gegen die Antragstellerin, die Abbauunternehmerin und den Eigentümer/die Eigentümerin sowie eine/n Nießbraucher/in oder Erbbauberechtigte/n und deren Rechtsnachfolger/innen.  
     
   Der Übergang der Genehmigungen auf einen anderen Rechtsnachfolger/eine andere Rechtsnachfolgerin ist der Genehmigungsbehörde unverzüglich anzuzeigen.
9. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschl. der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt; neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt, soweit sie Gegenstand dieses Verfahrens waren.  
     
   Ist der Planfeststellungsbeschluss unanfechtbar geworden, so sind Ansprüche auf Unterlassung des Vorhabens, auf Beseitigung oder Änderung der Anlagen oder auf Unterlassung ihrer Benutzungen ausgeschlossen (§ 75 VwVfG).
10. Der Planfeststellungsbeschluss, die festgestellten Pläne, Fachbeiträge und Verzeichnisse werden nach ortsüblicher Bekanntmachung zwei Wochen bei der Samtgemeinde Mittelweser ausgelegt. Die Entscheidung wird im Übrigen durch die Planfeststellungsbehörde in den Tageszeitungen und im UVP-Portal Niedersachsen öffentlich bekannt gemacht. Die Pläne können auch beim Landkreis Nienburg/Weser, Fachdienst Wasserwirtschaft, Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg, Zimmer 278 während der Servicezeiten eingesehen werden.
11. Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen Bestimmungen dieses Beschlusses verstößt. Auf § 43 Abs. 3 Nr. 6 i. V. m. Abs. 4 NAG-  
    BNatschG und § 103 WHG wird verwiesen. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden.  
      
    Ordnungswidrig handelt ferner, wer, ohne dass eine Ausnahme zugelassen   
    oder eine Befreiung erteilt wurde, vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Bestimmungen dieses Planfeststellungsbeschlusses oder einer der darin aufgeführten Rechtsnormen verstößt oder davon abweicht.  
      
    Auf § 69 Abs. 2 und Abs. 3 ab Ziffer 2 BNatSchG wird verwiesen. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden (§ 69 Abs. 6 BNatSchG).
12. Die Unterlassung der Anzeige des Beginns des Bodenabbaues und die Unterlassung der Anzeige von aufgetretenen Bodenfunden stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 250.000,00 € geahndet werden. Auf die Bestimmungen des § 35 NDSchG, insbesondere Absätze 2 und 4, wird deshalb ausdrücklich hingewiesen.
13. Gemäß § 324 des Strafgesetzbuches (StGB) wird der, der unbefugt ein Gewässer verunreinigt oder dessen Eigenschaft nachteilig verändert, mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.  
      
    Wer unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten Stoffe in den Boden einbringt, eindringen lässt oder freisetzt und diesen dadurch in einer Weise, die geeignet ist, die Gesundheit eines anderen, Tiere, Pflanzen oder andere Sachen von bedeutendem Wert oder ein Gewässer zu schädigen, oder in bedeutendem Umfang verunreinigt oder sonst nachteilig verändert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar   
    (§ 324 a StGB).

**E Entscheidungen über Stellungnahmen und Einwendungen**

**Folgende Fachdienststellen und Naturschutzvereinigungen haben im Rahmen ihrer Stellungnahme zum Abbauvorhaben keine Bedenken bzw. Anregungen oder Auflagenvorschläge geäußert:**

1.1 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Stilleweg 2, 30655 Hannover,  
Stellungnahme vom 06.08.2018, Az. L 3.1/L68211/01-34/2018-0003/002  
- keine Bedenken aus lagerstättenkundlicher Sicht, GLD siehe Stellungnahme  
 des NLWKN

1.2 Amt für Regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Postfach 1550, 27226 Sulingen,  
Stellungnahme vom 27.06.2018, Az. 4.25 kMittelweser Sonst.

1.3 Gelsenwasser Energienetze GmbH, Steinstraße 11, 32547 Bad Oeynhausen,  
Stellungnahme vom 06.09.2018, Az. BWT/Gr

2 **Folgende Fachdienststellen und Naturschutzvereinigungen haben Anregungen, Auflagenvorschläge bzw. Bedenken geäußert:**

2.1 Samtgemeinde Mittelweser, Am Markt 4, 31592 Stolzenau  
Stellungnahme vom 17.08.2018, ergänzt durch Stellungnahme vom 24.05.2019 zum Erörterungstermin

2.1.1 Es ist anzustreben, dass die beiden Abbauinteressenten im Gebiet kooperieren und lediglich ein Kieswerk entsteht.

2.1.2 Die Belange Naherholung und die Siedlungsstruktur sind zum Schutzgut Mensch nur unzureichend und teilweise unzutreffend bewertet worden. Für das Schutzgut „Mensch“ sind weitere Betrachtungen anzustellen, die die tatsächlichen Belange berücksichtigen und bewerten. Der Weserradweg ist in seiner Bedeutung nicht betrachtet worden, obwohl er auf dem betreffenden Teilstück von ca. 30.000 Menschen jährlich befahren wird. Insofern wird eine höhere Bewertung des Erlebnisraumes gefordert. Auch wird der Bewertung des Bereiches als strukturarm widersprochen, da der Bereich des Bruchweges über durchaus unterschiedliche Ausprägungen im Naturerleben hat.

2.1.3 Die Bewertung der Siedlungsbereiche verkennt in Bezug auf Müsleringen und Diethe-Bülten die Inhalte des Dorferneuerungsplanes, in die diese Orte aufgenommen wurden. Danach sind die Dörfer Müsleringen, Diethe und Langern gegen die Landschaft eindeutig begrenzte Siedlungsbereiche in der Form von Haufendörfern. Die ursprünglichen Dorfgrundrisse sind noch deutlich ablesbar und ungestört durch die Anlage zusätzlicher Baugebiete. Durch Aussuchen einzelner Störungen wurde ein zu günstiges Gesamtbild für die Bewertung geschaffen.

2.1.4 Die Betrachtung der geplanten verkehrlichen Erschließung wird insgesamt zu günstig bewertet. Die Samtgemeinde Mittelweser fordert an dieser Stelle, in die Bewertung die geplante weitergehende Abgrabung des Gebietes einzubeziehen. Aufgrund eines weiteren Abbauantrages eines Konkurrenzunternehmens ist es unklar, ob Wege bestehen bleiben oder zukünftig auch abgegraben werden sollen. Die Samtgemeinde Mittelweser befürchtet, dass der Verkehr zukünftig auch über den Bruchweg abgewickelt werden muss, der Teilstück des Radfernweges Weser ist. Die Samtgemeinde Mittelweser sieht die Notwendigkeit, diese Fragestellung insgesamt für das Gebiet und nicht nur bezogen auf den vorliegenden Antrag zu klären. Vor diesem Hintergrund stimmt die Gemeinde Stolzenau einer Nutzung des Bruchweges und des am östlichen Rand gelegenen Wirtschaftsweges nicht zu. Auch einer Nutzung der Wirtschaftswege im Abbaugebiet, die im Eigentum der Gemeinde Stolzenau stehen, wird nicht ohne Klärung der verkehrlichen Frage zugestimmt. Hinsichtlich der verkehrlichen Erschließung ist darzustellen, ob ein Transport über die Weser möglich ist. Auch wird gewünscht, den Transport des Abraumes über die Weser zu organisieren. Die Gemeinde Stolzenau erwartet, dass die Antragstellerin hinsichtlich der Wegenutzung mit ihr in Verhandlungen tritt. So lange das nicht geschieht, erklärt die Gemeinde, dass die Erschließung nicht gesichert ist.

2.1.5 Hinsichtlich der Bewertung der Situation der Rastvögel wird angeregt, nicht nur die Belange diese geplanten Abbaugebietes zu bewerten, sondern den Abbauantrag in einen Gesamtzusammenhang zu allen Abbaugebieten in der Weseraue, mindestens aber für den Bereich Diethe-Langen bis Stolzenau zu stellen.

2.1.6 Die Dörfer sind dem Innenbereich bzw. dem unbeplanten Innenbereich zuzurechnen.  
  
In der schalltechnischen Untersuchung wird insofern im Hinblick auf die angrenzende Wohnbebauung von falschen Annahmen ausgegangen, wenn hier Grundstücke dem Außenbereich zugerechnet werden. Weiterhin ist in der schalltechnischen Untersuchung nicht die spätere Gesamtsituation im Hinblick auf die geplante Abgrabung durch zwei Unternehmen berücksichtigt worden.

2.1.7 Bei weiteren Abbauvorhaben ist zu prüfen, inwieweit die Folgenutzung auch die Erholungsnutzung beinhalten kann.

2.1.8 Es ist darauf zu achten, dass die unmittelbar angrenzenden Grundstücke der Gemeinde Stolzenau, die mit einer Kompensation belegt sind, nicht beeinträchtigt werden.  
  
Entscheidungen/Erwiderungen:  
  
zu 2.1.1:  
Die konkurrierenden Abbauunternehmen wurden von der Planfeststellungsbehörde mehrfach und nachdrücklich aufgefordert, eine gemeinsame Lösung zu suchen. Dies ist nicht gelungen. Die Antragstellerin beantragt nunmehr eine kleine Fläche, die in ihrem Eigentum steht und mithin die Flächenverfügbarkeit gesichert ist. Gründe für eine Ablehnung des Vorhabens auf dieser beantragten Fläche sind nicht erkennbar, zumal nur die öffentlich rechtlichen Rechtsbeziehungen einer Prüfung und Abwägung zugänglich sind.   
  
zu 2.1.2:  
In den Kapiteln 6.1 und 7.1 (Erfassung und Bewertung sowie Beschreibungen der zu erwartenden Umweltauswirkungen und Bewertung zu den erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Mensch) sind die Auswirkungen bezogen auf dieses Vorhaben in ihren wesentlichen Faktoren beschrieben. Auch die in der Stellungnahme aufgeführten Aspekte wurden dabei ausreichend berücksichtigt.  
  
zu 2.1.3:  
Nach dem Erläuterungsbericht kommt Müsleringen und Frestorf eine mittlere bzw. Bülten eine hohe Bedeutung für das Landschaftsbild zu. Die in der Stellungnahme vorgebrachten Aspekte spiegeln sich somit in der Bewertung wider.  
  
zu 2.1.4:  
Hinsichtlich der Erschließungsfrage ist eine Einigung der Antragstellerin mit der Gemeinde Voraussetzung dafür, dass das gemeindeeigene Wegenetz für den Aufbau des Kieswerkes und für den Transport der Rohstoffmengen genutzt werden darf, also ein Abbauvorgang überhaupt möglich ist. Zu dieser Thematik wird auf die Entscheidung unter A 3 sowie auf die Bedingungen unter C 1.1 und 1.5 verwiesen. Ebenso wird die Anlage von Ausweichbuchten gefordert, siehe Auflage 2.2.5.3.3. Eine Erschließung über die Weser kommt bei der kleinen Antragsfläche und der Betriebsstruktur (noch) nicht in Betracht. Die Zugänglichkeit von Flächen im Eigentum des jeweiligen Grundstückseigentümers muss über Wegeverbindungen entsprechend der Nutzung der zu erschließenden Flächen aufrechterhalten werden.  
  
zu 2.1.5:  
Ein Sommergänsemonitoring wurde festgeschrieben. Auf die Auflagen 2.2.5.2.1 bis 2.2.5.2.4 wird diesbezüglich verwiesen. Die Datenerhebung dient als Entscheidungsgrundlage für den Fall, dass von Landwirten Entschädigungsansprüche aufgrund einer Zunahme von Sommerganspopulationen geltend gemacht werden. Wenn sich abzeichnet, dass potenziell berechtigte Entschädigungsansprüche wegen der Zunahme der Sommerganspopulation geltend gemacht werden können, sind ggf. weitere Auflagen zur Abwicklung dieser Ansprüche zu ergänzen.  
  
Da jeweils über den konkreten Einzelfall eine Entscheidung herbeizuführen ist, kann in diesem Verfahren keine großräumigere Betrachtung der Rastvögel vorgenommen werden.  
  
zu 2.1.6:  
Die Zuordnung der Immissionsorte der Schalltechnischen Untersuchung ist seitens des Gutachters in Abstimmung mit dem Fachdienst Bauordnung des Landkreises Nienburg/Weser und dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt erfolgt.   
  
Die Grenzwerte der TA Lärm werden aber auf jeden Fall eingehalten, auch bei Zugrundelegung Innenbereich bzw. unbeplanter Innenbereich für die gewählten Immissionsorte.   
  
Es wird aber in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der Lärmschutz für die Gemeinde keinen abwägungserheblichen Belang darstellt, solange nicht die Planungshoheit der Gemeinde betroffen ist (Bauleitplanung), siehe Urteil des BVerwG 4 A 18.04, vom 17.03.2005. Für die Belange des Lärmschutzes ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Hannover zuständig, siehe Auflagen unter 2.2.3.2.

zu 2.1.7:  
Der Aspekt wird bei einer eventuellen Abbauerweiterung oder bei einem zusätzlichen Abbauvorhaben berücksichtigt.

zu 2.1.8:  
Auf die Auflage 2.2.5.1 wird verwiesen. Benachbarte Grundstücke dürfen durch das Abbauvorhaben nicht beeinträchtigt werden.

2.2 Stabstelle Regionalentwicklung, Landkreis Nienburg/Weser  
Stellungnahme vom 17.07.2018, Az. 54.17.31

2.2.1 Die beantragte Fläche liegt im Süden und Osten außerhalb des Vorranggebietes für Rohstoffgewinnung der Zeitstufe 1 (VRR ZS 1) gemäß dem Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP). Diese Abweichungen sind in den Planunterlagen zu erläutern und zu begründen.

2.2.2 Es ist sicherzustellen, dass der Radverkehr auf dem Weser-Radweg durch An- und Abfahrtsverkehre im Zuge des Bodenabbaues nicht gefährdet wird. Die Erläuterungen sind diesbezüglich zu ergänzen.  
  
Entscheidungen/Erwiderungen:  
  
zu 2.2.1:  
Als Begründung führt der Vorhabensträger an, dass die derzeitige Flächennutzung und der Flächenzuschnitt der zur Verfügung stehenden Flurstücke die gewählte Abgrenzung bedingen. Eine weitere Verkleinerung des geplanten Abbaubereiches stelle zudem die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens infrage. Es handelt sich um eine kleinflächige Überschreitung der Grenze des VRR ZS 1 in das gesetzliche Überschwemmungsgebiet der Weser und in ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft. Diese geringfügige Überschreibung wird von den Fachdiensten Wasserwirtschaft und Naturschutz mitgetragen.  
  
zu 2.2.2:  
Der Weser-Radweg ist von der Planung nicht betroffen.

2.3 Niedersächsischer Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr (NLStBV)  
Stellungnahme vom 18.07.2018, Az. 2-2111-2141/22440/62003-B 215  
  
Die NLSTBV hat keine Bedenken, wenn die aufgeführten Auflagen und Bedingungen beachtet werden.  
  
Entscheidung:  
  
Auf die Nebenbestimmungen unter C, Bedingung 1.1, die Auflagen 2.1.15 sowie unter 2.2.5.3 und den Hinweis 14 wird hingewiesen.

2.4 Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, (NLWKN), und Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)  
 Stellungnahme des GLD vom 10.08.2018, Az.Br. 21048-6-2018-19

2.4.1 In den Karten und Anlagen des Erläuterungsberichts und des Hydrogeologischen Gutachtens sollten die Grundwassermessstellen gleich benannt werden.

2.4.2 Für den Fall einer längeren Zwischenlagerung von Oberboden wird zum Schutz vor Nährstoffausträgen eine aktive, leguminosenfreie Begrünung/Deckansaat angeregt. Generell wird eine aktive Begrünung der Mutterbodenmieten/-wälle vorgeschlagen.

2.4.3 Die Schichtenverzeichnisse und Ausbaudaten der fünf Grundwassermessstellen sind nicht im hydrogeologischen Gutachten enthalten und sollten zur besseren Nachvollziehbarkeit ergänzt werden. Weiter wird darauf hingewiesen, dass Bohrungen mindestens einen Monat vor Beginn der Arbeiten bei der Unteren Wasserbehörde sowie zwei Wochen vorher beim LBEG anzuzeigen sind.

2.4.4 Im Rahmen der Beweissicherung und nach Erhebung weiterer Grundwasserstandsdaten sollten mit repräsentativen Stichtagsmessungen auch Zustände mittlerer Hoch- und Niedrigwasserstände dargestellt und bewertet werden.

2.4.5 Angaben hinsichtlich der Kolmation und hydraulischen Wirksamkeit des Vorfluters sollten nachgereicht werden.

2.4.6 Es wird darauf hingewiesen, dass im Bereich potenzieller Aufhöhungen geringe Flurabstände zu finden sind. Insofern könnten bereits geringe Aufhöhungsbeträge Einschränkungen des Pflanzenwachstums bedeuten. Dies sollte im Rahmen der Beweissicherung in Abhängigkeit von der aktuellen Nutzung geprüft werden. Der Vorschlag des Gutachters, an der südlichen Abgrabungsgrenze ein detailliertes Geländenivellement durchzuführen, wird befürwortet.

2.4.7 Die Erhebung der hydrochemischen Parameter sollte in einem näher beschriebenen zweistufigen Vorgehen erfolgen.

Entscheidungen/Erwiderungen:  
  
zu 2.4.1:  
Dem Hinweis wird zugestimmt. Insofern ist es wichtig, dass die Messstellen zukünftig im Rahmen der regelmäßigen Auswertungen zur Beweissicherung fortlaufend gleich bezeichnet werden.  
  
zu 2.4.2:  
Auf die Auflage 2.2.2.16 wird verwiesen.  
  
zu 2.4.3:  
Zu den aufgeführten Punkten hat der Verfasser des hydrogeologischen Gutachtens, Büro Schmidt + Partner, Stellung bezogen. Für die betreffenden Bohrungen existieren keine Schicht- und Ausbauzeichnungen, jedoch Siebanalysen. Diese wurden vorgelegt. Auch bei unbekanntem Ausbau sind die Grundwasserstandsmessungen als brauchbar zu bezeichnen, da der Aquifer hier weder eine hydraulisch relevante Zonierung oder gar eine Stockwerkstrennung aufweist.   
Die Bohrungen wurden zwischenzeitlich angezeigt.

zu 2.4.4  
Auch zu dieser Thematik hat der Verfasser sich geäußert. Vorschläge zum Monitoring sind im Hydrogeologischen Fachbeitrag unter Ziffer 5.2 dargelegt. Hierzu gehört die Fortführung der Grundwasserstandsmessungen. Im Fachbeitrag wurde das mittlere Grundwasserniveau zugrunde gelegt (Ziffer 3.4). Es wird hierzu auf die Auflage 2.2.2.7.1 verwiesen, wonach die Grundwasserstandsmessungen weiterzuführen sind. Danach ist spätestens nach drei Jahren der nächste Grundwassergleichenplan mit den Hoch- und Tiefständen des entsprechenden Stichtags vorzulegen.

zu 2.4.5

Nach den ergänzenden Ausführungen des Verfassers des hydrogeologischen Gutachtens sind für die Bewertung der hydraulischen Rolle der Vorfluter im Bereich der geplanten Abgrabung vier Vorflutmesspunkte eingerichtet (VP 01/16 bis VP 04/16), die zur Stichtagsmessung eine deutliche effluente Wirksamkeit gegenüber dem Grundwasserstand zeigten. Eine hydraulische Abkopplung infolge Kolmation lässt sich daraus nicht ableiten. Die Vorfluter verlaufen in Bereichen mit geringer Auelehmüberdeckung (Plan 6), so dass auch demzufolge ein hydraulischer Kontakt mit dem Grundwasserleiter plausibel ist.

Auf der Grundlage dieser Aussagen werden die Vorflutmesspunkte auch bei der Beweissicherung entsprechend der Auflage 2.2.2.7.1 berücksichtigt.

zu 2.4.6:  
Der Verfasser des hydrogeologischen Gutachtens führt ergänzend aus, dass der maximale Seewasserstand mit 32,59 m+NN prognostiziert wurde, Auf der Basis des vorliegenden digitalen Geländemodelles (Plan 2) ergäbe sich hierdurch kein Überlaufen, da die 33-er Linie den See unterstrom umläuft. Vorsorglich wird ein genaues Nivellement vorgeschlagen, um diese Aussage aufgrund detaillierterer Aufnahmen zu bestätigen oder die Geländehöhe durch eine Geländeprofilierung anzupassen.  
  
Die Aufnahme eines Höhennivellements wird vor Abbaubeginn gefordert, siehe Bedingung 1.4.

zu 2.4.7:

Zu den Inhalten des Beweissicherungsprogramms für die hydrochemischen Parameter wird auf die Auflage 2.2.2.7.2 verwiesen.

2.5 Wasser- und Bodenverband „Am Bruchgraben“ in Diethe, über ULV „Große Aue“, Dorfstraße 11, 27249 Mellinghausen,   
Stellungnahme vom 10.08.2018; Az. Aus/No 04/18

2.5.1 Die westliche Grenze der geplanten Abbaustätte verläuft zum Teil entlang des Grundstückes Flurstück 67, Flur 5, Gemarkung Frestorf. Der entlang des Grundstückes verlaufende Graben 6, ein Verbandsgewässser des WuB „Am Bruchgraben“ in Diethe darf durch den geplanten Kiesabbau nicht beeinträchtigt werden.

2.5.2 Soweit Auswirkungen auf den Bruchgraben zu erwarten sind, sind die Verbände erneut zu beteiligen.  
  
Erwiderungen:  
  
zu 2.5.1:  
Der Graben 6 grenzt nicht an die aktuell geplante Abbaustätte. Soweit der Abbau weiterer Flächen beantragt wird, wird auch der WuB erneut im Verfahren beteiligt.  
  
zu 2.5.2:  
Die durchgeführten hydrogeologischen Untersuchungen haben zum Ergebnis, dass keine Betroffenheit des Bruchgrabens zu erwarten ist. Dieses Ergebnis ist für die Planfeststellungsbehörde nachvollziehbar und wird mitgetragen.

2.6 Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Hannover, Am Listholze 74, 30177 Hannover,  
Stellungnahme vom 09.10.2018, Az. H 911002242-1 Kr  
  
Das Gewerbeaufsichtsamt fordert die Aufnahme diverser Hinweise und Auflagen.   
  
Entscheidung:  
  
Alle Forderungen wurden als Auflagen bzw. Hinweise aufgenommen, siehe Auflagen unter 2.2.3 und Hinweis 13.

2.7 Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Vor dem Zoll 2, 31582 Nienburg  
Stellungnahme vom 22.08.2018, Az. 22.2.1

2.7.1 Es wird ausgeführt, dass Flächenverluste von über 7,2 ha eine erhebliche agrarstrukturelle Bedeutung besitzen und jedes einzelne Abgrabungsvorhaben regional wegen der Vielzahl von weiteren gleichartigen Vorhaben in einen deutlich größeren Kontext der Rohstoffgewinnung und Landschaftsveränderung zu stellen ist, als das vorhabenbezogen möglich ist. Die agrarstrukturelle Wirkung sämtlicher bereits durchgeführter und perspektivisch in Aussicht stehender Vorhaben ist deutlich erheblicher einzustufen als in einer singulären Betrachtung.

2.7.2 Vor diesem Hintergrund und auch allgemein wird zur Darstellung der Betroffenheit landwirtschaftlicher Belange in Kap. 2.2, 8.2.1 und 8.2.3 angemerkt, dass die Fluss-Niederungen höchste landwirtschaftliche Wertigkeiten besitzen. Die Abarbeitung der agrarstrukturellen Auswirkungen ist daher aus Sicht der Landwirtschaftskammer in die Planungen einzubeziehen. Die Auseinandersetzung der mit dem Vorhaben einhergehenden Auswirkungen durch den Flächenverbrauch und der Bewirtschaftungserschwernisse fehlt. Die Betroffenheit wird nicht dadurch gemindert, dass die Eigentümer ihre Grundstücke für den Abbau zur Verfügung stellen und dass die landwirtschaftlichen Flächen als naturschutzfachlich geringwertig dargestellt werden und insofern durch die Nachfolgenutzung eine Aufwertung erfolgt.

2.7.3 Die Schaffung von Bruthabitaten im Rahmen der Renaturierung von Abbaugewässern führt zur Neuansiedlung von Sommergänsen. Die damit einhergehende ansteigende Fraß-Problematik, die sich über das gesamte Jahr hinzieht und sich auf die landwirtschaftlichen Flächen sowohl im direkten als auch im mittelbaren Gewässerumfeld auswirkt, ist bislang nicht Gegenstand der Betroffenheitsanalyse. Diese Tierarten fallen auch nicht unter die Rahmenvereinbarung. Deswegen ist die Abschätzung von Schäden durch Sommergänse zum Gegenstand der Betroffenheitsanalyse zu machen. Ein Ansatz zu einem nachhaltigen Management von Sommergänsen und deren Fraßschäden muss in einem regionalen Dialog mit allen Beteiligten (Unternehmen, Landwirtschaft, Naturschutz- und Planfeststellungsbehörde) zeitnah gefunden werden.

2.7.4 Es wird ausgeführt, dass mit der Herstellung des Gewässers automatisch ein Fischereirecht entsteht. Seitens der Landwirtschaftskammer wird darauf hingewiesen, dass eine nachhaltige berufsfischereiliche Gewässerfolgennutzung nicht naturschutzfachlichen Zielsetzungen zuwiderläuft. Eine berufsfischereiliche Nutzung ist per Definition auch Landwirtschaft. Insofern stehen die baurechtlichen Privilegien auch der Berufsfischerei zu.

Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.7.1:  
  
Dieser Ansatz kann in einem Verfahren, das ein Einzelvorhaben betrifft, nicht verfolgt werden. Hier ist die Landwirtschaft gefordert, die Argumente in den Verfahren zur Aufstellung/Änderung des Landesraumordnungsprogrammes und des Regionalen Raumordnungsprogrammes vorzutragen.  
  
zu 2.7.2:  
  
Die Betroffenheitsanalyse in der seitens der Landwirtschaftskammer geforderten Form geht über das hinaus, was der Leitfaden zur Zulassung des Abbaus von Bodenschätzen an Anforderungen an den Antrag stellt.  
  
zu 2.7.3:  
Ein Sommergänsemonitoring wurde festgeschrieben. Auf die Auflagen 2.2.5.2.1 bis 2.2.5.2.4 wird diesbezüglich verwiesen. Die Datenerhebung dient als Entscheidungsgrundlage für den Fall, dass von Landwirten Entschädigungsansprüche aufgrund einer Zunahme von Sommerganspopulationen geltend gemacht werden. Wenn sich abzeichnet, dass potenziell berechtigte Entschädigungsansprüche wegen der Zunahme der Sommerganspopulation geltend gemacht werden können, sind ggf. weitere Auflagen zur Abwicklung dieser Ansprüche zu ergänzen.

zu 2.7.4:   
  
Eine naturverträgliche nachhaltige berufsfischereiliche Folgenutzung würde nach der Arbeitshilfe zur Abarbeitung der Eingriffsregelung keinen Kompensationsbedarf auslösen. Dieser Aspekt wäre zu klären, wenn nach Beendigung des Abbaues eine entsprechende Folgenutzung konkret beabsichtigt ist. Zu dem Zeitpunkt kann auch geprüft werden, ob und ggf. welche baulichen Anlagen baugenehmigungsfrei errichtet werden dürfen. Aktuell ist diese Thematik nicht verfahrensrelevant.

2.8 Fachdienst Naturschutz des Landkreises Nienburg/Weser  
Stellungnahme vom 20.07.2018

2.8.1 Bei der Darstellung der Anwendung des Zusatzrahmens in Kap. 8.2.2.1 und in Tabelle 5 fehlt das Erfordernis der Anwendung für die Rastvögel. Sollte der Teilnahme an der Rahmenvereinbarung nicht zugestimmt werden, muss eine Kompensation nach Arbeitshilfe erfolgen.

2.8.2 In Kapitel 11 des Erläuterungsberichts ist dargestellt, dass das als Nahrungsfläche für nordische Gastvögel geeignete und flächenmäßig in Abzug gebrachtes Grünland auf den Flächen der Maßnahmen 4 und 7 liegt. Die Fläche M7 soll zusätzlich auf einem Ökokonto gutgeschrieben werden. In den Antragsunterlagen ist die Flächenentwicklung für die externe Fläche M7 so darzustellen, dass sie die Funktion als Nahrungsfläche für nordische Gastvögel optimal erfüllt. Eine darüber hinausgehende potenzielle Gutschrift von Werteinheiten auf einem Ökokonto ist gesondert zu beantragen.

2.8.3 Die Neigungen der rekultivierten Böschungen sind in den Plänen darzustellen. Grundsätzlich sollte die Neigung im Bereich der Wasserwechselzone nicht steiler als 1 : 5 sein, 1 : 10 ist anzustreben. Diese Vorgaben des Leitfadens sind zum jetzigen Zeitpunkt mindestens am Süd- und Ostufer vorzusehen.  
  
Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.8.1:  
Der Teilnahme an der Rahmenvereinbarung wurde zwischenzeitlich durch alle beteiligten Akteure zugestimmt.  
Die Tabelle 5 wurde durch Grüneintragung ergänzt, daneben siehe Hinweis durch Grüneintragung in Kapitel 8.2.2 zu Kapitel 11.  
  
zu 2.8.2:  
Dieser Punkt wird im 1. Nachtrag – Erläuterungsbericht, Anlage 1.2.1, konkretisiert.   
  
zu 2.8.3:  
Nach dem Leitfaden zur Zulassung des Abbaus von Bodenschätzen unter besonderer Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Anforderungen“, Erlass des Ministeriums für Umwelt- und Klimaschutz vom 11.05.2016 ist in den Bereichen, in denen das Hochwasser regelmäßig ein- und ausströmt, die Böschung in der Wasserwechselzone mit einer Neigung von 1 : 5 oder flacher anzulegen. In den Bereichen außerhalb von Flussauen ist eine Böschungsneigung nicht steiler als  
1 : 5 bis 1 : 10 (wo möglich) in der Wasserwechselzone vorzusehen. Diese Neigungen sind in der Wasserwechselzone zumindest für die endgültig herzurichtenden Süd- und Ostböschungen vorzusehen.  
Auf den Wiederherrichtungsplan einschl. Grüneintragungen, 1. Nachtrag, Anlage 2.6.1, und die Schnitte, Anlage 2.7, sowie Auflagen 2.2.2.11 bis 2.2.2.13 zur Böschungsherstellung wird verwiesen. Außerdem ist diese Vorgabe bei der eventuell erforderlichen Vorlage eines geänderten Wiederherrichtungsplanes entsprechend Bedingung 1.6 zu berücksichtigen.

2.9 BUND, Kreisgruppe Nienburg, Umwelt- und Naturschutzzentrum, Stettiner Straße 2a, 31582 Nienburg  
Stellungnahme vom 23.08.2018

2.9.1 Für die Stellungnahme besteht die Schwierigkeit, dass unklar ist, wie das restliche Vorranggebiet über die kleine Teilfläche hinaus entwickelt werden soll.

2.9.2 Die Pflege des geplanten Extensivgrünlandes (Maßnahme M3) kann zum Schutz der dort lebenden Insekten nicht durch Mulchen, sondern nur durch Mahd erfolgen.

2.9.3 Die externe Maßnahme M8 sollte nicht auf Flächen erfolgen, die im Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung liegen. Die vorgesehene Fläche ist zu klein. Es sollte eine Mindestgröße von 2 ha festgelegt werden.

2.9.4 Die Maßnahme M2 (Beseitigung von wenigen niedrigen Nadelbäumen) kann nicht als vollwertige Ausgleichsmaßnahme akzeptiert werden. Die Beseitigung eines Altbaumes westlich der Nadelbaumpflanzung ist völlig inakzeptabel und nicht wie geplant ausgleichbar.

2.9.5 Der BUND sieht die Notwendigkeit, die Angelnutzung für das entstehende Gewässer auszuschließen.  
  
Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.9.1:  
siehe Erwiderung zu Ziffer 2.1.1  
  
zu 2.9.2:  
Der Forderung wird entsprochen, siehe Erläuterungen zu den Maßnahmenflächen auf dem Wiederherrichtungsplan, 1 Nachtrag, Anlage 2.6.1.  
  
zu 2.9.3:  
Eine Verlegung der Maßnahmenfläche bei fortschreitendem Kiesabbau ist grund-sätzlich unproblematisch, weil die Herstellung von Lerchenfenstern auf einer bewirtschafteten Fläche sofort umzusetzen ist. Selbstverständlich ist der Radius von 2 km um den Eingriffsort bei der Umsetzung zu beachten. Die Wirksamkeit der Maßnahme und damit auch die Flächengröße werden im Rahmen eines Monitorings geprüft (s. Auflage 2.2.6.6).  
  
zu 2.9.4:  
Die Entfernung der standortfremden Nadelbäume ist sinnvoll. In der Gesamtbetrachtung ist der Eingriff kompensiert. Der Altbaum wird nicht beseitigt; der Wiederherrichtungsplan (Anlage 2.6.1) wurde entsprechend geändert.  
  
zu 2.9.5:  
Die Ausübung des Fischereirechts durch den Grundstückseigentümer genießt den Schutz des Art. 14 GG und kann nur unter ganz engen Voraussetzungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes eingeschränkt werden. In neu entstehenden Bodenabbaugewässern ist die Sportfischerei ebenfalls grundsätzlich zulässig. Die Angelnutzung darf nicht ausgeschlossen werden (siehe Erlass zur fischereilichen Folgenutzung von Bodenabbaugewässern – Anwendung der Nr. 6.10 des Rd.Erl. d. MU von 03.01.2012 – 54-22442/1/1 – Abbau von Bodenschätzen – vom 05.03.2012).

2.10 Anglerverband Niedersachsen e. V., Brüsseler Straße 4, 30539 Hannover,  
Stellungnahme vom 13.08.2018

2.10.1 Es wird angeregt, vor allem im nördlichen und westlichen Bereich des geplanten Gewässers weitere Flachwasserzonen, ggf. in Kombination mit steilen Uferabbruchbereichen anzulegen und diese noch auszuweiten, um mehr ökologisch besonders wertvolle Flachwasserzonen zu bekommen.

2.10.2 Die Habitatvielfalt sollte durch den Einbau von Totholz nach Beendigung des Bodenabbaues signifikant erhöht werden. Es wird angeboten, praxisnahe und für die Gestaltung naturschutzfachlich hilfreiche Erkenntnisse aus einem Baggersee-Projekt einzubringen.

2.10.3 In den Planunterlagen fehlen jegliche Aussagen zur Folgenutzung des Bodenabbaugewässers. Hier wird lediglich eine naturnahe Entwicklung des Gebietes im Sinne des Landschaftsrahmenplans umrissen, ohne Bedingungen oder ggf. Einschränkungen jedweder Nutzungen zu konkretisieren. Es wird aber davon ausgegangen, dass eine grundsätzliche Zulässigkeit einer fischereilichen Folgenutzung gem. den Vorgaben des Runderlasses Nr. 6.10 des MU vom 03.01.2012 vorliegt.

2.10.4 Die Erarbeitung eines mit den naturschutzfachlichen Zielen und Erfordernissen abgestimmten fischereilichen Folgenutzungskonzeptes würde der Verband begrüßen, und die Mitarbeit wird daran angeboten.  
   
Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.10.1:  
Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Abbau Richtung Norden und Westen fortgeführt wird. Insofern werden die Böschungen im Wiederherrichtungsplan nur schematisch dargestellt. Sollte keine Erweiterung mehr möglich sein, ist der Wiederherrichtungsplan hinsichtlich der Gestaltung der Böschungen rechtzeitig anzupassen, siehe auch Bedingung 1.6.  
  
zu 2.10.2:  
Es ist der Antragstellerin freigestellt, entsprechende Maßnahmen außerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes umzusetzen.   
  
zu 2.10.3:  
Die Entwicklung entsprechend den Zielsetzungen des Naturschutzes ist in Kap. 8.2, insbesondere in Kap. 8.2.3, beschrieben. Die fischereiliche Folgenutzung wird nicht ausgeschlossen.

zu 2.10.4:  
Am 27.08.2019 hat ein Abstimmungsgespräch mit den Antragstellern, dem Planungsbüro, einem Vertreter des Sportangler-Vereins Nendorf und der Vertreterin des Anglerverbandes Niedersachsen e. V. stattgefunden. Die Vereinbarungen sind dem Erläuterungsbericht zum 1. Nachtrag zu entnehmen. Weiter wird auf die Auflage 2.3.2 verwiesen.

2.11 Landesjägerschaft Niedersachsen e. V., Herr Ralf Eickhoff, Bahnhofstraße 37,  
31628 Landesbergen  
Stellungnahme vom 08.08.2018

2.11.1 Seitens der Landesjägerschaft Niedersachsen e. V. wird zu den aus dem fortschreitenden Kiesabbau an der Weser resultierenden steigenden Wildgans-Beständen und damit verbundenen Schäden auf landwirtschaftlichen Flächen Stellung genommen, zumal diese Schäden zunehmend durch Stand-/Brutvögel verursacht werden. Von der Jägerschaft werden jegliche jagdlichen Beschränkungen in den neu entstehenden Lebensräumen strikt abgelehnt.

2.11.2 Es wird angeboten, an Lösungsansätzen bezüglich der zunehmenden Wildgänse-Population mitzuwirken.

2.11.3 Bei der Renaturierung sollen keine großflächigen Ruhe-/Rückzugsgebiete für Schwarzwild entstehen.  
  
Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.11.1:  
Ein Sommergänsemonitoring wurde festgeschrieben. Auf die Auflagen 2.2.5.2.1 bis 2.2.5.2.4 wird diesbezüglich verwiesen. Die Datenerhebung dient als Entscheidungsgrundlage für den Fall, dass von Landwirten Entschädigungsansprüche aufgrund einer Zunahme von Sommerganspopulationen geltend gemacht werden. Wenn sich abzeichnet, dass potenziell berechtigte Entschädigungsansprüche wegen der Zunahme der Sommerganspopulation geltend gemacht werden können, sind ggf. weitere Auflagen zur Abwicklung dieser Ansprüche zu ergänzen.  
  
zu 2.11.2:  
Die Bereitschaft der Jägerschaft wird begrüßt.  
  
zu 2.11.3:  
Möglicherweise entstehende Rückzugsbereiche für Wild am Ostufer sind mit ca. 850 m² eher klein.

2.12 Fachdienst Gewerbe, Jagd und Waffen des Landkreises Nienburg/Weser,  
Stellungnahme vom 13.08.2018, Az. 172/717-32

2.12.1 Entlang der Weser und in den Kiesabbaugebieten entstehen derzeit bereits enorme Wildschäden durch Wildgänse und hier zunehmend durch Stand-/ Brutvögel auf landwirtschaftlichen Flächen auch außerhalb der regulären Jagdzeiten. Die Jagdbehörde genehmigt hierfür jährlich Schonzeitverkürzungen im Frühjahr und im Sommer ab dem 16.07. des Jahres. In einigen Revieren werden zeit- und kostenaufwendige Lockjagden durchgeführt. Damit ist der gesetzlich mögliche Rahmen ausgeschöpft.

2.12.2 Wildschäden werden voraussichtlich weiter zunehmen, wenn die Jagdausübung während und/oder nach Beendigung des Kiesabbaues eingeschränkt wird. Insofern sollte davon zwingend abgesehen werden.

2.12.3 Die Jagdbehörde und der Kreisjägermeister sind daran interessiert, hausintern an Lösungsansätzen bezüglich der zunehmenden Wildgänsepopulation mitzuwirken.  
  
Entscheidung/Erwiderung:  
  
zu 2.12.1:  
siehe Erwiderung zu 2.11.1  
  
zu 2.12.2:  
Die Jagdausübung wird mit diesem Planfeststellungsbeschluss nicht eingeschränkt.  
  
zu 2.12.3:  
siehe Erwiderung zu 2.11.2

2.13 Fachdienst Baugenehmigungen des Landkreises Nienburg/Weser  
Stellungnahme vom 12.06.2018 Az. 01844/18

Aus der der Umgebung des Antragsgebietes liegen archäologische und paläontologische Funde vor. Mit dem Auftreten archäologischer Bodenfunde ist daher zu rechnen. Im Rahmen der erforderlichen Genehmigung für den Bodenabbau nach § 13 Abs. 1 NDSchG, die der Planfeststellungsbeschluss umfasst, wird die Aufnahme diverser Nebenbestimmungen gefordert.  
  
Entscheidung:  
Die Nebenbestimmungen wurden vollständig aufgenommen, siehe Auflagen 2.2.4.1 bis 2.2.4.14 und Hinweise 6 bis 12.

2.14 Fachdienst Umweltrecht und Kreisstraßen des Landkreises Nienburg/Weser  
Stellungnahme vom 13.06.2018  
  
Der Fachdienst fordert die Aufnahme folgender Nebenbestimmung:  
Sollten sich bei der Planung, Erschließung oder dem Abbau Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten ergeben, so ist dies unverzüglich der Unteren Bodenschutzbehörde (Fachdienst Umweltrecht und Kreisstraßen) des Landkreises mitzuteilen.  
  
Weiter wird darauf hingewiesen, dass das Planungsgebiet vollständig mit Böden bedeckt ist, die den Status als schutzwürdige Böden haben. Es handelt sich um Böden mit hoher kulturgeschichtlicher Bedeutung. Beeinträchtigungen dieser Funktion sollen nach Bodenschutzrecht vermieden werden (§ 1 BBodSchG).

Entscheidung:  
  
Auf die Auflage 2.1.8 wird verwiesen. Zu den schutzwürdigen Böden wird auf die Ausführungen in der Bewertung der Umweltauswirkungen, Anhang II, Ziffer 1.3, hingewiesen.

2.15 LGLN, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Marienstraße 34, 30171 Hannover  
Stellungnahme vom 15.06.2018  
  
Der Kampfmittelbeseitigungsdienst teilt mit, dass nicht unterstellt werden kann, dass keine Kampfmittelbelastung im Planungsbereich vorliegt.  
  
Folgender Hinweis wurde unter lfd. Nr. 16 aufgenommen:  
  
„Sollten bei Erdarbeiten Kampfmittel wie Granaten, Panzerfäuste, Minen etc. gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, den Fachbereich Ordnung und Verkehr des Landkreises Nienburg/Weser oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat bei der Regionaldirektion Hameln-Hannover.“

3. **Einwanderheber:**

3.1 Einwender A,   
vertreten durch die Anwaltskanzlei Voges, Herrn Dr. C. D. Voges, Hohenzollernstraße 17, 30161 Hannover  
Einwendungen vom 03.09.2018

3.1.1 Einwendungen:  
  
Die Firma hat die Planfeststellung zu ihrem Abbauvorhaben u. a. auf den von der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen beanspruchten Flurstücken im Jahre 2016 beantragt.   
  
Sie ist Eigentümerin der Flurstücke 20, 43, 50, 15/5, 12, 9 und 4 der Flur 5, Gemarkung Müsleringen. Sie hat langfristig gepachtet die Flurstücke 22, 44, 51, 52 und 106/2 der Flur 5, Gemarkung Müsleringen. Die restlichen Flurstückseigentümer haben zu ihrem Antrag ihr Einverständnis erteilt. Daher ist es der Firma Kiesgruben GmbH verwehrt, ihrerseits den Abbau deren Flurstücke zu beantragen.   
  
Das Abbauvorhaben der Weserkieswerk Müsleringen GmbH & Co. KG umfasst mit 57,3 ha die gesamte Fläche, die in der Regionalplanung und dem Landesraumordnungsprogramm für Rohstoffgewinnung ausgewiesen ist, hingegen die Fläche des hier beantragten Abbauvorhabens mit 7,2 ha lediglich 12,5%. Der Abbau von lediglich ca. 10 % widerspricht dem ausgewiesenen Rohstoffgewinnungsgebiet.

Die Planfeststellung für die von der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen beantragten Flurstücke verhindert den vollständigen Abbau des ausgewiesenen Rohstoffgewinnungsgebietes.

3.1.2 Äußerungen zu den Umweltauswirkungen

3.1.2.1 Von dem geplanten Abbauvorhaben der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen sind die Eigentums- und Pachtflächen der Firma Weserkieswerk Müsleringen GmbH & Co. KG unzumutbar betroffen.  
  
Das Neigungsverhältnis der Böschungen mit 1 : 3 (Ziffer 2.5 Erläuterungsbericht) widerspricht Kapitel 5 Ziffer 5.2 des Leitfadens zur Zulassung des Abbaus von Bodenschätzen unter besonderer Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Anforderungen. Danach sind Böschungen im Bereich der zu erwartenden Wasserwechselzone bis 1 m unter dem NW mit einem Neigungsverhältnis von 1 : 5 oder flacher bis 1 : 10 herzustellen.

3.1.2.2 Der Rohstoff wird am Kieswerk gewaschen und sortiert. Die Behandlung und/oder Einbringung der Rückspülsande (Ziffer 2.5 Erläuterungsbericht) wird entgegen Anlage 2 Ziffer 1.5 des Leitfadens (s.o.) nicht beschrieben, geschweige denn gutachterlich bewertet.

3.1.2.3 Die Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen plant die Aufstellung einer mobilen Sieb- und Klassieranlage im Nordwesten der Abbaustätte, die Firma Weserkieswerk Müsleringen nutzt hingegen ihr bestehendes Kieswerk in Langern. Eine solche Alternative ist weder geprüft noch nachvollziehbar dargestellt (Ziffer 2.9 des Erläuterungsberichts).  
  
Die Staubauswirkungen der mobilen Sieb- und Klassieranlage werden nicht beschrieben, geschweige denn gutachterlich bewertet.  
  
Das Abbauvorhaben der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen erfordert weitere Betriebsanlagen, wie z. B. Betriebsgebäude, Sozialräume für die Belegschaft, Flächen für die Betankung und/oder Wartung von Fahrzeugen sowie eine Trafostation für die Stromzufuhr aus dem öffentlichen Netz oder weitere Nebenanlagen.   
  
Diese Anlagen werden entgegen Anlage 2 Ziffer 1.6 des Leitfadens nicht beschrieben geschweige denn – z. B. auch deren Abwässer – ggf. gutachterlich bewertet.

3.1.2.4 Die Flurstücke 54, 53, 61/1, 62/3 und der südliche Teil des Flurstückes 16/1 stehen nicht im Eigentum der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen noch ist ihre Nutzung als Externe Kompensation (S, 67 ff. Antrag) mit dem Eigentümer abgestimmt. Die im Antrag dargestellten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen der Rekultivierung des Abbaugebietes sind daher nicht rechtlich gesichert.

3.1.2.5 Die Beschreibung des Vorhabens sowie die relevanten Wirkfaktoren genügen nicht Ziffer 2 Anlage 2a des Leitfadens.   
  
Als behördliche Vorgabe wird das Landesraumordnungsprogramm des Landes Niedersachsen aus dem Jahre 2008 herangezogen (Ziff. 5.1.1 Erläuterungsbericht). Es gilt aber das LROP 2012.  
  
Der Bodentyp Plaggenesch wird oberflächlich erwähnt (Ziff. 6.5.3 Erläuterungsbericht).

3.1.2.6 Es wird von Wechselbeziehungen des Schutzgutes Wasser zu anderen Schutzgütern gesprochen (Ziff. 6.10 Erläuterungsbericht), die sich ergeben können, nicht aber, ob es sie gibt oder nicht.  
  
Die Beschreibung der zu erwartenden Umweltauswirkungen des Vorhabens und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen berücksichtigt nicht ggf. vorhandene kumulative Vorhabenwirkungen.   
  
Die Grundwasserabhängigkeit und Empfindlichkeit von Gehölzen gegenüber Wasserstandsabsenkungen wird unzutreffend bewertet (Ziff. 7.2 Erläuterungsbericht). Es ist durchaus möglich, dass bei einer Absenkung die Bäume das Grundwasser nicht mehr erreichen können.  
  
Gemäß Anlage 2 Ziffer 4.3 des Leitfadens sind in den Bereichen mit Grundwasserflurabständen von in der Regel weniger als zwei Metern die Abstände jeweils für den Zustand vor Abbau und nach Beendigung der Herrichtung der Abbaustätte – in Abstufungen kartografisch darzustellen, um den Einfluss auf den oberflächennahen Bodenwasserhaushalt als prägenden Standortfaktor sowie auf die Oberflächengewässer einschätzen zu können. Diese Darstellung hat weder der Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie noch das hydrologische Gutachten.

Für den voraussichtlichen Wasserspiegel nach Abbau zieht das hydrologische Gutachten Stichtagsmessungen vom 08.06.2016 bis zum 29.06.2016 heran, nicht aber Mittelwerte bisheriger Beobachtungen.

Weitere Äußerungen wurden mit Schreiben vom 28.05.2019 vorgebracht:

3.1.2.7 In der Aufbereitungsanlage ist derzeit kein Brecher geplant. Die Abfuhr zu einem anderen Kieswerk ist ausgeschlossen, wenn das andere Kieswerk kein Material aus einer anderen Grube annehmen darf. Es ist nicht dargelegt, dass für die erhöhten Mengen an Brechgut eine Genehmigung vorliegt.

3.1.2.8 Es fehlen Angaben darüber, wo der Rohkies aufgehaldet wird. In allen Gutachten sind die Themen Eimerkettenbagger incl. Brecher, Abraum, Anlage, Radlader-Verkehr und Zu- und Abfahrten nicht berücksichtigt.

3.1.2.9 Es fehlen die Angaben, wo und in welcher Menge der Boden aus dem Abbauabschnitt 1 aufgehaldet wird, welche Immissionen dabei entstehen und was dieses aus hochwassertechnischer Sicht bedeutet. Gleichermaßen fehlen Angaben zu den Rückspülsanden.  
  
Unklar ist auch, wie der letzte Abbauabschnitt ausgekiest wird. Ohne Kieswerk kann der letzte Abschnitt nicht ausgekiest werden.   
  
Der Rekultivierungsplanung liegt die Annahme zugrunde, dass der Abbau weiter geführt wird, was aber ausgeschlossen ist, da sowohl an der Süd-/Westseite als auch an der Nordseite Grundstücke der Einwanderheberin befinden. Heute schon in Erwägung zu ziehen, dass die Rekultivierung kurzfristig geändert werden muss, entspricht keiner langfristigen Entwicklung der Natur.

3.1.2.10 Das geplante Vorhaben verstößt an zwei Stellen großflächig gegen das RROP, wofür es keine rechtliche Grundlage gibt.

Entscheidung zu den Einwendungen (3.1.1):  
  
Die Einwanderheberin ist u. a. Eigentümerin des Flurstückes **50/2** Flur 5 in der Gemarkung Müsleringen. Pachtflächen können neben den Flurstücken 22 und 106/2 nur die Flurstücke 44/2, 51/2 und 52/2 der Flur 5 in der Gemarkung Müsleringen sein.  
  
Ob der Pachtvertrag für die Flurstücke 51/2 und 52/2 der Flur 5, Gemarkung Müsleringen, rechtskonform zustande gekommen ist – es besteht noch ein weiterer älterer Pachtvertrag – wird an dieser Stelle nicht näher geprüft, da der Planfeststellungsbeschluss nur die öffentlich rechtlichen Rechtsbeziehungen regelt.  
  
Die Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen ist Eigentümerin der für den Abbau beantragten Flurstücke 51/2 und 52/2 und darüber hinaus diverser weiterer Grundstücke im Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung der Zeitstufe 1 (VRR ZS 1) in der Gemarkung Müsleringen (NI 17) des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) des Landkreises Nienburg/Weser. Insofern hat sie auch die Möglichkeit, den Abbau auf weiteren zusammenhängenden Flurstücken zu beantragen. Private Eigentümer haben diverse Einverständniserklärungen gegenüber der Mitbewerberin abgebeben, und anschließend haben diese Eigentümer an die jetzt beantragende Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen verkauft. Auch diese Vorgehensweise unterfällt dem Privatrecht und hat keinen Einfluss auf das aktuell zur Entscheidung anstehende Verfahren.  
  
Auf die Aussage, dass alle weiteren Flurstückseigentümer/innen zum Antrag der Einwanderheberin ihr Einverständnis erteilt haben, ist nicht verfahrensrelevant.  
  
Die Ausweisung eines VRR ZS 1 im RROP begründet keine Verpflichtung, diese Flächen auch abzubauen. Lediglich sind die Eigentümer verpflichtet, keine Veränderungen auf den Flächen vorzunehmen, die den künftigen Sand- und Kiesabbau unmöglich machen.   
  
Auch aus Sicht der Planfeststellungsbehörde wäre eine Abbauplanung auf der zusammenhängenden Gesamtfläche des VRR ZS 1 einschließlich der Wiederherrichtung sinnvoller. Die Behörde hat mehrfach versucht, darauf hinzuwirken. Jedoch kann die Planfeststellungsbehörde in letzter Konsequenz keine rechtskonforme Entscheidung über das gesamte Gebiet treffen, wenn die Firmen keine gemeinsame Planung vorlegen wollen (siehe auch Ausführungen zur Stellungnahme der Samtgemeinde Mittelweser unter Ziffer 2.1.1).  
  
Dass der Abbau für andere Firmen in dem betreffenden VRR ZS 1 zumindest wirtschaftlich unmöglich wird, hängt nicht mit der öffentlich-rechtlichen Entscheidung der Planfeststellungsbehörde in diesem Verfahren zusammen sondern mit dem privatrechtlichen Verhalten der Abbaufirmen hinsichtlich des Grundstückserwerbs.   
  
Die Einwendungen zu diesem Punkt sind mithin zurückzuweisen.  
  
zu 3.1.2 Entscheidungen/Erwiderungen zu den Äußerungen gem. UVPG  
  
zu 3.1.2.1  
Die planfestgestellten Böschungsneigungen sind aus den Auflagen 2.2.2.11 bis 2.2.2.13, dem geänderten Rekultivierungsplan, 1. Nachtrag, Anlage 2.6.1, und den Schnitten, Anlage 2.7, zu entnehmen. Sie entsprechen den Vorgaben des Leitfadens. Eine unzumutbare Benachteiligung der Konkurrenzfirma ist nicht zu erkennen, zumal auch die erstellten Gutachten keinen Anhaltspunkt für mögliche Gefahren auf Nachbargrundstücken bei Einhaltung der festgeschriebenen Sicherheitsstreifen und Böschungsneigungen geben.  
  
zu 3.1.2.2   
Der Erläuterungsbericht und der Abbauplan wurden im 1. Nachtrag auch um das Thema „Rückspülsande“ ergänzt (Anlagen 1.2.1 und 2.5.1).

zu 3.1.2.3  
Das geplante mobile Kieswerk mit den Anlagenteilen wie Wasch- Sieb- und Klassieranlagen, Förderband-Antriebsstationen und Förderbandtrassen sind dem Lageplan als Bestandteil des Schalltechnischen Gutachtens des TÜV-Nord (Anlage 5.2 des Beschlusses) dargestellt. Das mobile Kieswerk wurde zudem in der Synopse zum Erörterungstermin bereits verbal beschrieben. Dem 1. Nachtrag ist eine Information zum TWS AGGRESAND206 mit 11x5Trockesiebmodul und Bändern beigefügt (Anlage 6).  
  
Aufgrund des grobkörnigen Materials ist nicht mit nennenswerten Staubimmissionen zu rechnen, die über die durch landwirtschaftliche Tätigkeiten hervorgerufene Staubentwicklung hinausgehen.  
  
Entgegen den Aussagen im Erörterungstermin ist nach Prüfung durch den Fachdienst Baugenehmigungen das Aufstellen des mobilen Kieswerks mit allen Anlagen baugenehmigungsfrei. Einen Zugriff auf bestehende Kieswerke im näheren Umfeld des Vorhabens hat die Antragstellerin nicht.  
  
zu 3.1.2.4  
Die Kiesgruben GmbH Müsleringen hat die Flurstücke 54, 53, 62/3 und 61/2 (ich gehe davon aus, dass 61/2 gemeint war und nicht 61/1) mittlerweile erworben.  
Die Verhandlungen mit der Samtgemeinde Mittelweser bezüglich des Verkaufs von Wegeflurstücken stehen kurz vor dem Abschluss. Mithin ist die externe Kompensation eigentumsrechtlich gesichert.  
  
zu 3.1.2.5  
Die aktuelle Fassung des LROP datiert mittlerweile aus dem Jahr 2017. Jedoch hat es seit 2008 zur in Rede stehenden Fläche keine Veränderungen im Rahmen der Änderungen 2012 und 2017 gegeben.   
  
Es ist richtig, dass innerhalb der Auskiesungsflächen ehemals hochwertige Plaggeneschböden, die als schutzwürdig eingestuft waren, unwiederbringlich verloren gehen. Auf der Antragsfläche ist der Boden allerdings durch die über Jahrzehnte praktizierte landwirtschaftliche Intensivnutzung bereits beeinträchtigt.   
In diesem Landschaftsraum nimmt der Bodentyp „Braunerde mit Plaggen-eschauflage 556 ha und damit 3,6 % der Gesamtfläche ein. Plaggeneschböden zählen damit im Landkreis Nienburg nicht zu den seltenen Böden (siehe hierzu auch Ausführungen zum Schutzgut Boden in der zusammenfassenden Darstellung und Bewertung der Umweltauswirkungen). Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass ein Eingriff in das Schutzgut Boden nicht erheblich ist, weil die Plaggeneschböden im Landkreis Nienburg/Weser keine seltenen Böden sind und der Boden durch die landwirtschaftliche Nutzung bereits beeinträchtigt ist.  
  
zu 3.1.2.6  
Im Kapitel 6 ist die Erfassung und Bewertung von Natur und Landschaft einschließlich der Wechselwirkungen, die eintreten können, vorgenommen worden. Die Beschreibung der zu erwartenden Umweltauswirkungen des Vorhabens und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen sind dem Kapitel 7 zu entnehmen. Der Bewertungsrahmen für die Schutzgüter Pflanzen, Tiere, Wasser und Landschaft orientiert sich an der „Arbeitshilfe zur Anwendung der Eingriffsregelung bei Bodenabbauvorhaben (NLÖ 2003). Der Gutachter hat sich in diesem Kapitel mit dem Schutzgut Wasser intensiv auseinander gesetzt. Die Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen des hydrogeologischen Fachgutachtens (Anlage 5.1, Teil F).   
  
Bestehende zugelassene Vorhaben wurden im Rahmen der Beschreibung der Vorbelastungen berücksichtigt. Das Vorhaben des Einwanderhebers wird nicht als Vorbelastung berücksichtigt, weil rechtlich nicht abzusehen ist, ob und ggf. in welchem Umfang ein Antragsverfahren durchgeführt werden kann.

Die Auswirkungen durch Grundwasserstandsveränderungen sind in Ziffer 7.2 (Seite 54 des Erläuterungsberichts) und im hydrogeologischen Gutachten   
Schmitt & Partner beschrieben. Die Flurabstände bewegen sich auf den angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen bei 3 – 4 m zum mittleren Grundwasserstandsniveau. Im Bereich der Abgrabung liegen die Flurabstände zwischen 2 und 3 m.  
Insofern ist in diesem Verfahren keine kartografische Darstellung mit farblichen Abstufungen für den Zustand vor Abbau und nach Beendigung der Herrichtung der Abbaustätte erforderlich, da diese nur bei in der Regel weniger als zwei Metern Grundwasserflurabstand vorgelegt werden soll.

Der Verfasser des hydrogeologischen Gutachtens hat zu dem Punkt „Stichtagsmessungen“ mittels E-Mail vom 28.11.2018 Stellung bezogen. Im Fachbeitrag wurde das mittlere Grundwasserniveau zugrunde gelegt (Anlage 5.1, Ziffer 3.4). Die Stichtagsmessung vom Juni 2016 entspricht im Vergleich mit der langjährigen Referenzmessstelle PH1 Müsleringen (Messungen von 1975 – 2017) dem mittleren Niveau und ist somit auch unter Zugrundelegung einer langjährigen Datenreihe als solches einzuordnen (Anlage 5.1, Ziffer 3.3, Anhang 2).

Die Ausführungen des Planverfassers und des Gutachters werden von der Planfeststellungsbehörde mitgetragen. Auf die Entscheidungen und Erwiderungen zur Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) unter E - Entscheidungen über Stellungnahmen und Einwendungen - Ziffer 2.4 - wird außerdem hingewiesen.

Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind nach alledem nicht erheblich.   
  
zu 3.1.2.7

Für das etwaige Aufstellen einer Brecheranlage ist eine Genehmigung nach dem BImSchG zu beantragen. Es entzieht sich der Prüfung der Planfeststellungsbehörde, ob das Material in einem anderen Kieswerk angeliefert und gebrochen werden kann (siehe auch Hinweis 13).  
Bei dieser Thematik ist im Übrigen keine Betroffenheit des Einwanderhebers erkennbar.  
  
zu 3.1.2.8  
Es wird aber darauf hingewiesen, dass im Schalltechnischen Gutachten die aufgeführten Themen berücksichtigt wurden.  
  
zu 3.1.2.9  
Obwohl zu dieser Thematik die Betroffenheit des Einwanderhebers ebenfalls nicht erkennbar ist, wird dennoch ergänzend auf die Bedingung 1.6 zum Thema „Erweiterung des Sand- und Kiesabbaus/endgültige Herrichtung der Abbaustätte“ hingewiesen. Das Betriebsgelände liegt nicht im Einflussbereich des gesetzlichen Überschwemmungsgebiets, Rückspülsande siehe Ausführungen zu 3.1.2.2.  
  
zu 3.1.2.10  
Es liegt keine Betroffenheit des Einwanderhebers vor. Auf die Ausführungen unter E Entscheidung zu Ziffer 2.2.1 wird verwiesen.

3.2 Einwender B  
Einwendungen vom 05.09.2018

3.2.1 Flächenverbrauch   
Der Einwender - ein ortsansässiger Landwirt - teilt mit, dass er seine Eigentumsflächen nicht an die antragstellende Firma bzw. deren Mitbewerberin verkaufen wird. Er hat jedoch auch ca. 13 ha Ackerland teilweise seit 40 Jahren gepachtet. Er fordert eine Prüfung, ob die Konzentration des Kiesabbaues in der Region mit ihren Auswirkungen auf die dort wirtschaftenden Landwirte im Einklang mit Art. 12 GG (Berufsfreiheit) steht, weil der Verbrauch von Ackerflächen den Landwirten der Region die Möglichkeit der Ausübung ihres Berufes entzieht.

3.2.2 Erschließung  
Die für den Abbau geplante Wegparzelle ist nicht im Besitz der Antragstellerin. Sie ist nicht entwidmet und wird auch in Zukunft für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen benötigt. Eine Auskiesung der Wegparzelle ist somit nicht möglich.  
  
Der für den Abtransport vorgesehene Weg ist dafür nicht geeignet. Die Breite lässt keinen Begegnungsverkehr zu. Die Belastung mit ca. 80 Lkw-Fahrten am Tag sowie An- und Abfahrten der Mitarbeiter, Service, Reparaturen und sonstige Fahrten kommen hinzu. Die Belastung ist bei der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen nicht hinnehmbar. Zudem ist die Tragdecke des Weges in keinem optimalen Zustand. Der Einwanderheber schlägt vor, das Wegeflurstück 98 als Transportstrecke mit Anschluss an die B 215 herzustellen.  
  
Der Einwanderheber vermisst zudem Angaben zu Ver- und Entsorgungsleitungen.

3.2.3 Herrichtung und Umfeld  
Der Einwanderheber wehrt sich gegen die Darstellung der nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft als überlagernde Beeinträchtigungen auf der Fläche. Vielmehr stelle das Anlegen einer Kiesgrube einen dauerhaften und nicht auszugleichenden Eingriff in die Kulturlandschaft dar. Da der Landwirtschaft hochwertige Ackerflächen durch den Kiesabbau verloren gehen, kann es nicht Ziel sein, die abgebauten Flächen einer extensiven Nutzung zuzuführen. Vielmehr müsse intensives Grünland und soweit machbar auch die Wiederherstellung von Ackerflächen an erster Stelle stehen.

3.2.4 Gänseproblematik  
Die bereits bestehende Problematik mit Rastvögeln und dauerhaft vor Ort weilenden Gänsen wird weiter zunehmen. Die Kieswerkbetreiber sind dazu zu verpflichten, die entstehenden Schäden dauerhaft auszugleichen. Weiter ist zu erwarten, dass durch die extensive Nutzung der Flächen Wildschweine ansässig werden, was Auswirkungen auf eine optimale Verpachtung des Jagdbezirkes befürchten lasse. Als Alternative schlägt der Einwanderheber die Renaturierung des Bruchgrabens vor.   
  
Zum Brutvogelvorkommen merkt er an, dass die Liste nicht vollständig sei, da er regelmäßig Bruten von Falke, Fasan und Rotmilan beobachte.

3.2.5 Lärm und Abstände  
Beim Einsatz eines Saugbaggers ist sicherzustellen, dass die Abstände zu Nachbargrundstücken und Wegen auch unterhalb des Wasserspiegels eingehalten werden, um eine dauerhafte Standsicherheit zu gewährleisten.   
Im Lärmschutzgutachten müssen alle Lärmquellen in Müsleringen mit einbezogen werden. Es muss sichergestellt werden, dass sich die Landwirtschaft entwickeln kann und das Kieswerk nicht zu einem späteren Zeitpunkt zu Lasten der Landwirtschaft als Lärmquelle einbezogen wird.

3.2.6 Bewertung  
Die Landwirtschaft muss weiterhin eine Existenzgrundlage bieten können. Die Ausweisung im RROP bedeutet nicht, dass all diese Flächen für die Kiesabbau in Anspruch zu nehmen sind. Nachhaltigkeitsziele werden immer noch nicht umgesetzt, z. B. sollte Recyclingbeton zum Einsatz kommen. Eine Versorgung mit hochwertigen regionalen Lebensmitteln muss auch in Zukunft sichergestellt sein. Eine Abbaugenehmigung sollte unter Abwägung aller Gesichtspunkte nicht erteilt werden. Im Falle einer Genehmigung des Kiesabbaus müssten auch zukünftig landwirtschaftliche Stallbauten dort möglich sein.

Entscheidungen/Erwiderungen  
  
zu 3.2.1  
Eine Prüfung, ob eine Konzentration des Kiesabbaues im betreffenden Raum mit Art. 13 GG im Einklang steht, kann nur in einem übergeordneten Verfahren (Aufstellung, Fortschreibung LROP, RROP) erfolgen. Beim Planfeststellungsverfahren zwecks Abbaus von Sand und Kies handelt es sich um ein rein privatnütziges Verfahren. Ein Abbau ist nur möglich, wenn die Eigentümer zustimmen und entsprechende Verträge mit den Abbaufirmen (Pacht, Kauf) abschließen, siehe auch Hinweis 4. Der großflächige Abbau von Sand und Kies ist in Niedersachsen zur optimalen Versorgung der Bauwirtschaft politisch gewollt, und insofern sind entsprechende Ausweisungen im LROP vorgenommen worden, die dann im Wesentlichen in die RROP zu übernehmen waren.   
  
zu 3.2.2  
Für den Abbau von Wegeparzellen bzw. für die Nutzung zur Erschließung des Abbaugebietes muss die Antragstellerin entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit der Samtgemeinde Mittelweser/Gemeinde Stolzenau schließen. Nur wenn diese Vereinbarungen zustande kommen, ist die Erschließung gesichert.  
Zum Thema Erschließung wird auf die Entscheidung A 3, die Bedingungen unter C 1.1 und 1.5 sowie die Auflagen zur Erschließung unter C 2.2.5.3 verwiesen. Es ist nicht erkennbar, dass die beiden für den Abbau beantragten Teilwegeflächen auch noch in Zukunft für die Erschließung landwirtschaftlicher Flächen erforderlich sind. Bei Beachtung aller Nebenbestimmungen durch die Antragstellerin wird davon ausgegangen, dass es zu keinen erheblichen Konflikten zwischen dem landwirtschaftlichen Verkehr und dem aus dem zukünftigen Kieswerkstandort resultierenden zusätzlichen Verkehr kommen wird.  
  
Die zusätzliche Versiegelung eines Weges würde einen neuen weiteren Eingriff auslösen. Insbesondere aber wegen der nahen Wohnbebauung an der B 215 und der in unmittelbarer Nähe liegenden Einmündung des Wirtschaftsweges Flurstück 97 kommt die Schaffung einer Zuwegung von der geplanten Abbaustätte zur B 215 über das Flurstück 98 nicht in Betracht.   
  
Die Samtgemeinde Mittelweser und die Gelsenwasser Energienetze GmbH sind im Verfahren beteiligt worden. Ein Hinweis auf Ver- und Entsorgungsleitungen im betreffenden Bereich ist nicht erfolgt.  
  
zu 3.2.3  
Zu dieser Thematik wird auf den Erlass des MU „Arbeitshilfe zur Anwendung der Eingriffsregelung bei Bodenabbauvorhaben verwiesen“. Die Erarbeitung der Thematik ist auf Grundlage dieses Erlasses vorgenommen worden.  
  
zu 3.2.4  
Der Rast- und Gastvogelproblematik hat sich die Planfeststellungsbehörde angenommen. Zum einen wird die Antragsfläche auf Antrag der Firma für eine Kulissenerweiterung in die Rahmenvereinbarung Nienburger Wesertal aufgenommen. Da diese Rahmenvereinbarung aber nur Schäden auf landwirtschaftlichen Flächen durch die Rast- und Gastvögel, die sich in den Wintermonaten auf den Antragsflächen niederlassen, ausgleicht, sind weitere Auflagen für ein Monitoring das eine Grundlage für die Nachweisführung im Fall eventueller Schäden auf den benachbarten landwirtschaftlichen Flächen, die durch Standvögel (Sommergänse) verursacht werden, aufgenommen worden. Auf die Auflagen unter 2.2.5.2 wird hingewiesen.  
  
zu 3.2.5  
Die mittels Auflagen festgeschriebenen Böschungsneigungen sind selbstverständlich unabhängig vom Abbaugerät über und unter dem Wasserspiegel einzuhalten. Es wird aktuell geplant, einen Eimerketten-Schwimmbagger als Abbaugerät einzusetzen.   
  
Das Schalltechnische Gutachten ist auf der Grundlage des Einsatzes eines Eimerketten-Schwimmbaggers erstellt worden. Aktuell ist nicht ersichtlich, dass der geplante Abbau Auswirkungen auf schallwirksame landwirtschaftliche Vorhaben im Raum haben könnte, da die Schallzusatzbelastung durch den Kiesabbau nach den Regelungen in Ziffer 3.2.1 der TA Lärm als irrelevant angesehen werden kann (Unterschreitung des Immissionsrichtwertes um mind. 6 dB(A)).  
  
zu 3.2.6  
Die planungsrechtlichen Grundlagen wie LROP, RROP und der F-Plan der Gemeinde sehen für diesen Raum einen großflächigen Sand- und Kiesabbau vor. Dieser hat Vorrang vor anderen Nutzungen. Dies bedeutet nicht, dass die landwirtschaftlichen Flächen zwangsläufig abzubauen sind. Jedoch müssen Einzelvorhaben den Zielen dieser Planung entsprechen und dürfen den Sand- und Kiesabbau nicht unmöglich machen.  
  
Insgesamt ist festzuhalten, dass teilweise den aufgeführten Einwendungen mittels Festschreibung von Auflagen zur Erschließung Rechnung getragen wurde. Darüber hinaus müssen die Einwendungen zurückgewiesen werden.

**F Begründung:**

1. **Sachverhalt**

* 1. Beschreibung des Vorhabens:

Das geplante Erweiterungsvorhaben der Firma Kiesgruben GmbH Müsleringen umfasst ca. 7,2 ha mit einer Nettoabbaufläche von ca. 6,4 ha. Die Abbaustätte liegt östlich der Ortslage Frestorf/B215 und westlich der Weser sowie nördlich des Bruchgrabens in der Gemarkung Müsleringen, Gemeinde Stolzenau, Samtgemeinde Mittelweser. Die Abgrabungsfläche liegt im südlichen Bereich teilweise innerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes der Weser.

Die abbauwürdigen Sand- und Kiesvorkommen haben eine mittlere Mächtigkeit von rd. 11 m. Sie werden von einer im Mittel rd. 2 m starken Auenlehmschicht überdeckt. Insgesamt wurde ein verkäufliches Abbauvolumen von rd.   
506.000 m³ ermittelt. Dies würde bei gleicher Nachfrage eine Gesamtabbaudauer von 3 Jahren bedeuten. Die Sande und Kiese sollen über eine mobile Aufbereitungsanlage klassiert und mit Lkws abtransportiert werden.  
  
Die beantragte Fläche soll als Einstieg in den geplanten Abbau eines größeren Areals im gesamten Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung zwischen Müsleringen, Frestorf und Diethe dienen. Die beantragten Flächen mit Ausnahme der Wegeflächen befinden sich im Eigentum der Antragstellerin. Die Firma plant, weitere Flächen nach Eigentumserwerb bzw. Arrondierung der Flächen für eine Abbauerweiterung zu beantragen (siehe rote Umrandung in den Plänen für die langfristig geplante Abbaustätte und schwarze Umrandung für den so genannten „1. Schritt“).

Die hier beantragte Abbaufläche soll nach Abbauende dem „Naturschutz “ zur Verfügung gestellt werden, wobei die Fischereirechte nicht eingeschränkt werden.

1.2 Verfahren

1.2.1 Allgemeines  
  
Bei dem Vorhaben handelt es sich um die Herstellung eines Gewässers, die gemäß § 68 WHG einer Planfeststellung bedarf.   
  
Die gem. § 1 Abs. 1 und Ziffern 14 und 1 der Anlage 1 des Nieders. Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) und aufgrund der Kumulation mit einem weiteren geplanten großflächigeren Vorhaben erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung ist im Zuge des Planfeststellungsverfahrens durchgeführt worden.  
  
Die Untere Wasserbehörde ist für die Durchführung des Verfahrens zuständig   
(§ 100 WHG und §§ 128,129 NWG). Im Rahmen der Konzentrationswirkung entscheidet die Planfeststellungsbehörde auch über die unter A 5 genannten Genehmigungen, die mit dem Vorhaben verbunden sind.

1.2.2 Verfahrensablauf  
  
Der Antrag wurde am 30.05.2018 beim Landkreis Nienburg/Weser eingereicht und mit den beigefügten Unterlagen am 12.06.2018 den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche berührt sind, und den Naturschutzvereinigungen zur Stellungnahme übersandt (§ 73 Abs. 2 VwVfG, § 7 UVPG, § 63 BNatSchG).  
  
Die am Verfahren beteiligten Fachdienststellen und Naturschutzvereinigungen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, können aus E 1 bis E 3 - Entscheidungen über Stellungnahmen und Einwendungen - entnommen werden.  
  
Der Plan hat bei der Samtgemeinde Mittelweser in der Zeit vom 09.07.2018 bis zum 10.08.2018 einschließlich nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung am 29.06.2018 in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit zur allgemeinen Einsicht ausgelegen. Zeit und Ort der Auslegung sind nach den vorliegenden amtlichen Bescheinigungen in der Tageszeitung „Die Harke“ und im Internet bekannt gemacht worden. Zusätzlich werden die Antragsunterlagen im UVP-Portal des Landes Niedersachsen bereitgestellt.  
  
In der Bekanntmachung sind die Stellen bezeichnet worden, bei denen Einwendungen gegen den Plan und Äußerungen zu den Umweltauswirkungen schriftlich einzureichen oder mündlich zur Niederschrift dargelegt werden konnten. Zwei private Einwendungen bzw. Äußerungen zu den Umweltauswirkungen sind fristgerecht bei der Planfeststellungsbehörde eingegangen.

Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Naturschutzvereinigungen und die erhobenen Einwendungen sowie die Äußerungen zu den Umweltauswirkungen wurden am 27.05.2019 gem. § 73 Abs. 6 VwVfG erörtert.

Zu dem Erörterungstermin wurde mit Schreiben vom 23.04.2019 geladen. Der Erörterungstermin ist nach den Vorgaben des § 73 Abs. 6 VwVfG rechtzeitig vorher, nämlich am 07.05.2019 in der Samtgemeinde Mittelweser bekannt gemacht worden. Zuständige Anhörungsbehörde ist für die Herstellung von Gewässern III. Ordnung durch Grundwasserfreilegung der Landkreis Nienburg/Weser als Untere Wasserbehörde.  
  
Aufgrund des Ergebnisses des Anhörungsverfahrens wurde seitens des durch die Antragstellerin beauftragten Planungsbüros ein erster Nachtrag erarbeitet.

Nach § 22 Abs. 2 UVPG soll die zuständige Behörde von einer erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit absehen, wenn zusätzliche erhebliche oder andere Umweltauswirkungen nicht zu besorgen sind. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn solche Umweltauswirkungen durch die von Vorhabenträger vorgesehenen Vorkehrungen ausgeschlossen sind.   
  
Dieser Fall ist vorliegend gegeben. Die Unterlagen des 1. Nachtrags wurden jedoch im UVP-Portal des Landes Niedersachsen bereitgestellt.

1.3 Umweltverträglichkeitsprüfung

Allgemeines  
  
Für das Vorhaben ist gem. §§ 3 Abs. 1 und 3e Abs. 1 UVPG i.V. m. § 2 Abs. 2 UVPG § 3 Abs. 1 NUVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen. Die UVP umfasst gem. § 2 Abs. 1 UVPG die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen des Vorhabens auf  
  
1. Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflan-  
 zen und die biologische Vielfalt,

2. Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,

3. Kultur- und sonstige Sachgüter sowie  
4. die jeweiligen Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutz-  
 gütern (§ 2 Abs. 1 UVPG).   
  
Die zur UVP erforderlichen Unterlagen nach § 6 UVPG wurden von der Antragstellerin vorgelegt und sind Bestandteil des Beschlusses.  
  
Hinweise zum UVPG und zum NUVPG:  
Gemäß § 74 Abs. 2 UVPG in der Fassung der Änderung vom 20.07.2017 (BGBl. I S. 2808) ist dieses Vorhaben nach der vor dem 16.05.2017 geltenden Fassung zu Ende zu führen. Weiter ist nach § 7 Abs. 2 NUVPG vom 18.12.2019 (Nds. GVBl. S. 437) für dieses Verfahren noch das Niedersächsische Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung 2007 anzuwenden.

* + 1. Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen gem. § 11 UVPG  
         
       Die Auswirkungen des Vorhabens wurden für die entscheidungserheblichen Schutzgüter untersucht und im Anhang I zusammengefasst.   
         
       Die Untersuchungsmethoden zur Bewertung der einzelnen Schutzgüter werden in der UVS sowie in den Fachgutachten, die Bestandteil dieses Beschlusses sind, näher erläutert.

Gemäß § 11 letzter Satz UVPG erfolgt die zusammenfassende Darstellung in der Begründung der Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens (siehe Anhang I, als Bestandteil der Begründung und damit des Planfeststellungsbeschlusses).

1.3.2 Bewertung der Umweltauswirkungen gem. § 12 UVPG  
  
Die Bewertung der Umweltauswirkungen wurde im Anhang II vorgenommen.  
Der Anhang II ist ebenfalls Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses.

**2 Entscheidungsbegründung**

2.1 Zu A Ziffern 1.1 und 1.2:  
  
Für die Herstellung eines Gewässers im Zuge des Abbaues von Sand und Kies ist nach den geltenden wasserrechtlichen Vorschriften ein Planfeststellungsverfahren gem. § 68 WHG durchzuführen. Gleichzeitig ist im Rahmen dieses Verfahrens die Umweltverträglichkeit zu prüfen (§ 3 Abs. 1 UVPG sowie Ziffern 1 und 14 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 1 NUVPG).  
  
Gem. §§ 7 und 9 UVPG wurden daher zur Prüfung der Umweltauswirkungen ebenfalls die berührten Behörden, Naturschutzvereinigungen und die Öffentlichkeit im Verfahren beteiligt.

Gemäß § 68 Abs. 3 WHG darf der Plan nur festgestellt werden, wenn von dem Vorhaben eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere eine erhebliche und dauerhafte, nicht ausgleichbare Erhöhung der Hochwasserrisiken oder eine Zerstörung natürlicher Rückhalteflächen, vor allem in Auwäldern, nicht zu erwarten ist, und andere Anforderungen nach dem WHG und die sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften erfüllt werden.

Um das Wohl der Allgemeinheit zu wahren, dürfen die Schutzgüter „Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter“ nicht erheblich beeinträchtigt werden. Dabei sind auch die jeweiligen Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern (§ 2 Abs. 1 UVPG) zu betrachten.

Unter Berücksichtigung der Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens gem. § 12 UVPG ergibt sich, dass im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge die Auswirkungen des Vorhabens auf die genannten Schutzgüter bei Durchführung der bereits im Antrag beschriebenen, im Plan dargestellten bzw. durch Nebenbestimmungen festgesetzten Vermeidungs-, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vermieden oder kompensiert werden können und somit der Feststellung des Planes nicht entgegen stehen.

2.2 Zu A Ziffer 5:

Der Planfeststellungsbeschluss ersetzt darüber hinaus die in A 5 genannten Genehmigungen, Erlaubnisse etc. Daher ist auch zu prüfen, ob das Vorhaben mit diesen gesetzlichen Vorschriften im Einklang steht.  
  
Insbesondere musste neben der wasserwirtschaftlichen Beurteilung eine naturschutzfachliche und planungsrechtliche Beurteilung des Vorhabens erfolgen. Im Übrigen sind die Interessen der Landwirtschaft zu wahren.   
  
Im Rahmen des Entscheidungsprozesses erfolgte eine Abwägung zwischen den Belangen und den sich teilweise widerstreitenden Interessen des Naturschutzes, der Wasserwirtschaft, der Rohstoffsicherung und von Einwanderhebern. Diesbezüglich wird insbesondere auf die Entscheidungsbegründung zu den einzelnen Stellungnahmen und Einwendungen verwiesen. Nach Abwägung aller Entscheidungsmerkmale mussten die unter A 1 bis A 7 dargelegten Regelungen getroffen werden.  
  
Danach ist eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten bzw. kann eine Beeinträchtigung durch die Festsetzung von Auflagen und Bedingungen ausgeschlossen werden.  
  
Aus regionalplanerischer Sicht ist festzuhalten, dass das zum Abbau vorgesehene Gebiet im gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) zum weit überwiegenden Teil als Vorranggebiet für Rohstoffgewinnung mit dem Zusatz „Zeitstufe 1“ ausgewiesen ist. Bei der Fläche außerhalb des VRR ZS 1 handelt es sich um eine kleinflächige Überschreitung der Grenze in das gesetzliche Überschwemmungsgebiet der Weser und in ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft. Gegen diese geringfügige Überschreibung hat der Stab Regionalentwicklung keine grundsätzlichen Bedenken und sie wird von den Fachdiensten Wasserwirtschaft und Naturschutz mitgetragen.  
  
Damit ist der Bereich zur kurzfristigen Rohstoffgewinnung vorgesehen. Mit der Ausweisung des VRR ZS 1 wurde eine grundsätzliche Entscheidung über die Zulässigkeit des Kiesabbaues getroffen. Der Bodenabbau hat in diesem Gebiet insofern Vorrang vor allen weiteren Nutzungsansprüchen.  
  
Selbstverständlich sind gleichwohl die vielfältigen gesetzlichen Vorgaben, insbesondere Anordnungen zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit aus   
städtebaulicher, planungsrechtlicher, wasser- und naturschutzrechtlicher Sicht umzusetzen.   
  
Aus der Sicht des Naturschutzes ist das beabsichtigte Vorhaben mit einem Eingriff im Sinne von §§ 13 ff. BNatSchG verbunden, da durch den Abbau Veränderungen der Gestalt und Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels vorgenommen werden, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes erheblich beeinträchtigen können.  
  
Aus diesem Grund war die Anordnung von Vorkehrungen zur Vermeidung und von Kompensationsmaßnahmen erforderlich (§ 15 BNatSchG).

Wegen der Nähe der beantragten Erweiterungsfläche zum FFH-Gebiet „Teichfledermausgewässer im Raum Nienburg – DE 3319-332“ wurde eine FFH-Vorprüfung gemäß §§ 34 Abs. 2 BNatSchG und § 26 NAGBNatSchG (Anlage 4.1) durchgeführt, weil Beeinträchtigungen nicht von vornherein ausgeschlossen werden konnten. Die Vorprüfung der Auswirkungen des Projektes auf die für diese Gebiete festgelegten Erhaltungsziele und deren maßgebliche Bestandteile hat ergeben, dass der beantragte Bodenabbau zu keinen Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele oder des Schutzzweckes des Natura 2000 Gebietes „Teichfledermausgewässer im Raum Nienburg“ in der Gemarkung Diethe führen wird.

Außerdem wurde in diesem Verfahren eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung gem. § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes durch den Antragsteller in Auftrag gegeben (siehe Anlage 4.2). Die kritische und intensive Prüfung des Fachdienstes Naturschutz hat zu dem Ergebnis geführt, dass die artenschutzrechtliche Beurteilung vollständig ist und von der Unteren Naturschutzbehörde mitgetragen wird. Im Rahmen der gutachterlichen Bewertung der Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BNatSchG wird festgestellt, dass planungsbedingte Beeinträchtigungen der betroffenen Art „Feldlerche“ durch die vorgesehenen CEF-Maßnahmen soweit verringert werden können, dass die jeweilige lokale Population der Arten in ihrem derzeitigen Erhaltungszustand gesichert bleibt. Die ökologische Funktion der Lebensstätte bleibt im räumlichen Zusammenhang erhalten. Die Erfüllung des Verbotstatbestandes nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann unter Berücksichtigung der CEF-Maßnahmen mithin ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für die vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz der Bodenbrüter Jagdfasan und Wiesenschafstelze.

Die Voraussetzungen der weiteren Fachgesetze, deren Genehmigungen dieser Planfeststellungsbeschluss mit umfasst, liegen insofern vor. Die zuständigen Behörden sind zur Stellungnahme aufgefordert worden. Die entsprechenden Anregungen und Forderungen sind in die Nebenbestimmungen eingeflossen.

Im Falle der ordnungsgemäßen Durchführung der festgelegten Wiederherrichtungs- und Ersatzmaßnahmen wird davon ausgegangen, dass eine landschaftsgerechte Neugestaltung erfolgt und keine erheblichen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes oder des Landschaftsbildes im Sinne des § 13 BNatSchG zurückbleiben.

2.3 zu Ziffer 6:

Nach den Bestimmungen des § 39 WHG sind Gewässer so zu unterhalten, dass die Bedeutung für das Bild und den Erholungswert der Landschaft sowie als Bestandteil der natürlichen Umwelt, insbesondere als Lebensstätte für Pflanzen und Tiefe berücksichtigt wird.   
  
Dieser Grundsatz gilt auch für den hier entstandenen See infolge des Bodenabbaues. Der Umfang dieser Unterhaltung kann in dem Planfeststellungsverfahren ergänzt, eingeschränkt oder geändert werden.  
  
Mit diesem Instrument kann somit die Nutzung nach dem Abbau geregelt und gesteuert werden.  
  
Das im vorliegenden Fall zu erreichende Ziel, einen für den Naturschutz wertvollen Bereich, setzt ausreichende Wiederherrichtungsmaßnahmen voraus.  
  
Diese Wiederherrichtungsmaßnahmen können bis zu drei Jahre nach Abbauende notwendig sein (Nachpflanzung, Nachregulierung von Böschungen usw.). Danach ist eine ständige Unterhaltung mit Ausnahme der regelmäßigen dauerhaften Gehölzpflege nicht mehr erforderlich. Gerade das Unterlassen von Unterhaltungsmaßnahmen ermöglicht eine freie und natürliche Entwicklung der Pflanzen- und Tierwelt und somit Artenvielfalt.

2.4 Zu Ziffer 7

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1, 3, 4, 5, 7 und 13 des Nds. Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG).  
  
Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen, da sie Anlass zu dieser Amtshandlung gegeben hat. Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

2.5 Begründung der Nebenbestimmungen

Der Planfeststellungsbeschluss ergeht gem. § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) unter den in C 1.1 bis C 3.3 aufgeführten Nebenbestimmungen (Bedingungen, Auflagen, Auflagenvorbehalt). Diese sind erforderlich, um das Wohl der Allgemeinheit zu wahren und um erhebliche Nachteile sowie Belästigungen für die Nachbarschaft abzuwehren. Sie entsprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, d.h., sie sind geeignet, erforderlich und angemessen.

Ferner sollen ein ordnungsgemäßer und umweltgerechter Sand- und Kiesabbau sowie die Überwachung und die Wiedereingliederung der abgebauten Flächen in den Naturhaushalt und in das Landschaftsbild gewährleistet werden.

Die Forderungen basieren auf den Anregungen der im Verfahren beteiligten Fachbehörden und anerkannten Verbände sowie den zu beachtenden anerkannten Regeln der Technik.

**G Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen den vorstehenden Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstr. 15, 30175 Hannover, schriftlich, zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts oder in elektronischer Form erhoben werden.

**Hinweis:**  
Bei Erhebung der Klage in elektronischer Form sind besondere Voraussetzungen zu beachten. Hinweise und Erläuterungen dazu finden Sie auf der Internetseite des Gerichts.

Im Auftrag

Wehr

**Fundstellen**

- Arbeitshilfe zur Anwendung der Eingriffsregelung bei Bodenabbauvorhaben (MU, NLÖ) 24.09.2002

- Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542)

- Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Neufassung der Bekanntmachung vom  
 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274)  
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG) vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206)

- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) in der vor  
 dem 16.05.2017 gültigen Fassung

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31.07.2009

(BGBl. I, S. 2585)

- Leitfaden zur Zulassung des Abbaus von Bodenschätzen unter besonderer Berücksichtigung na-  
 turschutzrechtlicher Anforderungen (Nds. MBl. 2011 Nr. 3, S. 41), geändert durch Verwaltungsvor-  
 schrift vom 11.05.2016 (Nds. MBl. 2016 Nr. 21, S. 609)

- Niedersächsische Bauordnung (NBauO) vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46)  
- Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom  
 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104)

- Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG) vom 30.05.1978 (Nds. GVBl. S. 517)   
- Niedersächsisches Gesetz über die Raumordnung und Landesplanung (NROG) vom 18.07.2012  
 (Nds. GVBl. S. 252)

- Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (NUVPG) in der Fassung vom  
 08.03.2007 (Nds. GVBl. S. 119)

- Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) vom 24.09.1980 (Nds. GVBl. S. 359)

- Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172)

(Nds. GVBl. S. 437)

- Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64)  
- Strafgesetzbuch (StGB) vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322)

- Straßenverkehrsordnung (STVO) vom 06.03.2013 (BGBl. I S. 367)  
- Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm) vom 26.08.1998 (GMBl. S. 503)

- Verordnung zum Schutz des Grundwassers (Grundwasserverordnung – GrwV) vom 09.11.2010  
 (BGBl. I S. 1513)

- Verordnung über die Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Weser im Landkreis   
 Nienburg/Weser vom 11.12.2015

- Verordnung über Arbeitsstätten (Arbeitsstättenverordnung - ArbStättV -) vom 12.08.2004   
 (BGBl. I, S. 2179)

- 32. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes – 32. BImSchV)  
 vom 29.08.2002 (BGBl. I, S. 3478)

- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102)

jeweils in der zurzeit geltenden Fassung

2. zur Mitzeichnung  
- Frau Nolte  
- Frau Hücker, FD 554

**Anhang I**

**Zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen gem. § 11 UVPG:**

Nach Abschluss der Öffentlichkeitsbeteiligung hat die zuständige Behörde gem. § 11 UVPG eine zusammenfassende Darstellung der Umweltauswirkungen des Vorhabens zu erarbeiten. Grundlagen hierfür sind:

– Unterlagen des Vorhabenträgers  
– behördliche Stellungnahmen  
– Äußerungen der Öffentlichkeit  
– Äußerungen von beteiligten Sachverständigen und Dritten  
– Ergebnisse eigener Ermittlungen

Die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen des Vorhabens auf

1. Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

2. Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft

3. Kultur- und sonstige Sachgüter sowie  
4. die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern

ist im Rahmen der durch das Planungsbüro Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten erarbeiteten Umweltverträglichkeitsstudie UVP-Bericht) vorgenommen worden.

Als weitere Gutachten und Fachbeiträge sind hier zu nennen:  
- FFH-Vorprüfung gemäß §§ 34 Abs. 2 BNatSchG und 26 NAGBNatSchG  
 (Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten),  
- Untersuchung zur speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (Kortemeier Brokmann  
 Landschaftsarchitekten)  
- Erfassung der Brut- und Rastvögel (Dipl. Biol. Karin Bohrer)  
- Erfassung von Libellen und Amphibien – Zwischenbericht (Dipl. Biol. Karin Bohrer)  
- Fischbestandsuntersuchungen im Bruchgraben (Dipl.-Biol. Hartmut Späh)  
- Hydrogeologisches Gutachten (Schmidt + Partner GmbH),  
- Schalltechnische Untersuchungen (TÜV Nord Umweltschutz GmbH & Co. KG)  
- Fachbeitrag EU-Wasserrahmenrichtlinie (Kortemeier Brokmann Landschaftsarchitekten)  
- Archäologischer Fachbeitrag (denkmal3D).

Im Anhörungsverfahren sind im Hinblick auf die Umweltverträglichkeitsstudie und Fachgutachten Anmerkungen und Bedenken erfolgt. Weitere Sachverständige oder Dritte wurden nicht beteiligt.

Die umweltrelevanten Eingriffe ergeben sich aus dem Bodenabbau und betreffen in erster Linie die Schutzgüter Tiere und Pflanzen, Boden, Wasser und Landschaftsbild.

Sie werden an dieser Stelle nochmals im Wesentlichen auch im Zusammenhang mit den abgegebenen Stellungnahmen, Äußerungen und eigenen Erkenntnissen zusammenfassend dargestellt.

**Umweltauswirkungen:**

1.1 **Mensch einschl. menschlicher Gesundheit, Siedlung und Erholung**

Vorhabensauswirkungen auf die Wohnumfeldqualität und die Erholungsnutzung können sich ergeben durch

- Veränderungen der lufthygienischen Situation sowie der Zunahme von Lärmemis-  
 sionen,  
- Veränderungen der Voraussetzungen der landschaftsgebundenen Erholung.

Durch den Betrieb der Abbaugeräte und der Transportbänder können akustische Störungen während der Betriebsstunden auftreten. Während der Abbauvorbereitung und Rekultivierung ist mit Immissionen zu rechnen, die durch den Einsatz von Radlader und Bagger hervorgerufen werden. Diese Arbeiten finden zeitlich begrenzt statt. Ebenso verursacht der Abbaubetrieb durch das Abbaugerät Lärm-, Staub- und Abgasemissionen. Von der Kiesgewinnung sind aber keine potenziellen Siedlungsflächen betroffen.

Der Abtransport des Kiesmaterials erfolgt über die Straße, d. h. über gemeindeeigene Wege Richtung Norden zur B 215. Auf der B 215 werden die Rohstoffe im Wesentlichen in Richtung Süden abtransportiert. Daneben sind Standort und Kapazität der Aufbereitungsanlage als Hauptemittent des Abbaubetriebs für Lärm und Staub zu nennen.

In Nord-/Südrichtung verläuft östlich des geplanten Abbaugebietes mit dem Bruchweg ein Teilstück des Radfernwegs Weser. Für Erholungssuchende kann das ruhige Naturerlebnis, wie Spazierengehen und Naturbeobachtung, beeinträchtigt werden.   
  
Die Zugänglichkeit der benachbarten Flächen für landwirtschaftliche Nutzfahrzeuge wird durch das Vorhaben nicht verhindert.

1.2 **Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt**

1.2.1 Pflanzen:

Auf den geplanten Kiesabbauflächen gehen Biotopstrukturen auf einer Fläche von insgesamt ca. 7,2 ha verloren. Vom Eingriff betroffen sind artenarme intensiv bewirtschaftete Ackerflächen, Säume und ein unbefestigter Wirtschaftsweg. Es wurden keine einem besonderen Schutz unterliegenden Vegetationsstrukturen oder Vorkommen von nach Roter Liste geschützten Pflanzenarten festgestellt.

1.2.2 Tiere:  
  
Die Umwandlung von Acker in Wasserfläche führt zu einem Lebensraumverlust für Offenlandarten. Durch die im Zuge dieser Planfeststellung durchgeführten Untersuchungen wurde festgestellt, dass insbesondere die Feldlerche (Alauda arvensis, RL 3 - gefährdet) mit 2 Brutrevieren auf der Abbaufläche und 2 Brutrevieren, die vermutlich durch die mobile Aufbereitungsanlage verloren gehen, betroffen ist. Zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Tatbestände auf der Abbaufläche ist für diese und weitere Bodenbrüter für das Abschieben von Oberboden eine Bauzeitenregelung in den Planfeststellungsbeschluss aufgenommen (Auflage 2.2.6.3). Der Lebensraumverlust wird durch die Anlage von Lerchenfenstern und Blühstreifen (Feldlerche) kompensiert. Des Weiteren wurde durch die avifaunistische Kartierung nachgewiesen, dass im Umfeld der Abbauflächen freie Feldlerchenreviere vorhanden sind. Nach den Ausführungen in den Antragsunterlagen sieht die Antragstellerin das regelmäßige Mähen der Zuwegungen für das im Untersuchungsgebiet nachgewiesene Rebhuhn zur Vermeidung von Kollisionen mit dem Werksverkehr vor.  
   
Der mit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) abgestimmte Bewertungsraum für Rastvögel hat für diese eine mindestens lokale Bedeutung. Somit sind Rastvögel durch den Abbau durch die Reduzierung ihrer Nahrungshabitate betroffen.

Die Habitate der Fische, Fledermäuse und Libellen haben nur untergeordnete Bedeutung bzw. sind durch den Abbau der beantragten Flächen nicht betroffen.

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag werden die großräumig vorliegenden Daten zu den Artengruppen Brut- und Gastvögel, Fische, Amphibien und Libellen und in dem Zusammenhang Arten der Roten Liste artenschutzrechtlich bewertet.

1.2.3 Biologische Vielfalt:

Wegen der Artenarmut auf den geplanten Abgrabungsflächen wird es zu keinen erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut „biologische Vielfalt“ kommen.

1.2.4 Schutzgebiete:  
  
Die FFH-Vorprüfung kommt zum Ergebnis, das es durch den Sand- und Kiesabbau nicht zu Beeinträchtigungen des FFH-Gebiets „Teichfledermausgewässer im Raum Nienburg – DE 3319-332 –“ (hier Kiesabbaugewässer in Diethe) kommen wird.  
  
Weitere Schutzgebiete und geschützte Biotope im Untersuchungsgebiet sind nicht betroffen.

1.3 **Boden**  
  
Innerhalb der Auskiesungsflächen gehen auf ca. 7,2 ha hochwertige Plaggeneschböden unwiederbringlich verloren. Dieser Bodentyp ist aufgrund seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung als schutzwürdig eingestuft worden. Auf der Antragsfläche ist der Boden allerdings durch die über Jahrzehnte praktizierte landwirtschaftliche Intensivnutzung beeinträchtigt. Durch den Bodenabtrag und die Umlagerung zu Rekultivierungszwecken kommt es zu einer weiteren Zerstörung des Bodenprofils, der natürlichen Funktionen, sowie der Archivfunktion des Bodens. Ebenso führt der Abbau zu einem Verlust der Fläche für die landwirtschaftliche Nutzung  
  
Die Durchmischung der Bodenhorizonte bzw. –schichten führt zu einer Veränderung der physikalischen und biochemischen Eigenschaften mit Folgen für die Funktion des Bodens, z. B. bei Auflast und Verdichtung des Untergrundes in den Randzonen, insbesondere im Bereich der Sicherheitsstreifen. Diese Eingriffswirkungen ergeben sich aus dem Befahren mit Baumaschinen und der Zwischenlagerung von Bodenmassen.

Die neu entstehenden offenen Wasserflächen besitzen keine ökologischen Bodenfunktionen mehr. Der Abbau der Deckschicht führt zum vollständigen Verlust des Filter- und Puffervermögens im Bereich der entstehenden Wasserfläche. Seebodenbereiche des Kiessees unterhalb von ca. 5 m Wassertiefe weisen keine naturraumtypische Ausformung auf. Für diesen Flächenanteil mit > 5 m Tiefe unter Mittelwasserspiegel ist ein Ausgleich nicht möglich, da diese tiefliegenden Bodenzonen wesensfremde Elemente innerhalb der Weseraue darstellen**.**Für eine landwirtschaftliche Nutzung geht der Bereich der Wasserfläche vollständig verloren. In wiederaufgefüllten Randbereichen ist allerdings eine extensive Grünlandbewirtschaftung weiterhin möglich.

* 1. **Wasser**

Grundwasser

Bei Freilegung des Grundwassers entsteht ein Grundwassersee mit horizontalem Wasserspiegel. Der Grundwasserspiegel stellt sich auf den Seewasserspiegel ein.

Durch die Rohstoffentnahme wird sich der Grundwasserstand im oberstromigen Bereich um ca. 40 cm absenken und eine Reichweite von ca. 46 m, gemessen von der Böschungsoberkante, haben. Im unterstromigen Bereich wird sich eine Aufhöhung des Grundwassers um etwa 40 cm mit einer Reichweite von knapp 14 m einstellen.

Durch das Abtragen der Deckschicht geht das Filter-, Puffer und Transformatorvermögen gegenüber Stoffeinträgen vollständig verloren. Als Folge gelangen Stoffe, die im Boden Filter- und Umwandlungsprozessen unterliegen würden, als trockene und nasse Depositionen direkt aus der Luft in das freigelegte Grundwasser. Gleichzeitig entfallen auf der geplanten Abgrabungsfläche die bewirtschaftungsbedingten Einträge von Nährstoffen – insbesondere Nitrat – und Pestiziden.

Weiter kommt es durch die Freilegung der Grundwasseroberfläche zu Verdunstungsverlusten, bei einer Seefläche von rd. 6,3 ha in Höhe von ca. 12.600 m³/a.

Hochwasser  
  
Das geplante Vorhaben befindet sich nach der Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebiets der Weser im Landkreis Nienburg/Weser vom 11.12.2015 im südlichen und östlichen Bereich teilweise innerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes der Weser. Die Abbaufläche selbst befindet sich allerdings vollständig auf der Niederterrasse außerhalb von Überschwemmungsbereichen.   
  
Bei ausuferndem Hochwasser bildet das entstehende Abbaugewässer aufgrund seiner Kubatur über dem Normalseespiegel einen zusätzlichen Hochwasserstauraum.

Oberflächengewässer:In das Gewässerregime des südlich des geplanten Abbaugewässers gelegenen Bruchgrabens wird nicht eingegriffen.

* 1. **Luft/Klima**Durch das geplante Vorhaben kommt es zu Immissionsbelastungen der Luft mit Staub durch betriebsbedingte Erdbewegungen. Die geplanteAbbaustätte liegt auf der Weser-Niederterrasse und ist Teil eines Kaltluftentstehungsgebietes (Ackerland). Die Kaltluft sammelt sich dabei in Geländevertiefungen zu einem „Kaltluftsee“ an. Insgesamt kommt den Acker- und Grünlandflächen im Hinblick auf ihre bioklimatischen Funktionen eine allgemeine Bedeutung zu.   
       
     Über der entstehenden Seefläche wird es zu Veränderungen im mikro- bis mesoklimatischen Bereich kommen. Die offene Wasserfläche wird im Vergleich zu den derzeitigen Vegetationsstrukturen zu einer vergrößerten Verdunstung und damit auch zu einer gewissen Erhöhung der Luftfeuchtigkeit (Nebel) führen. Eine Kaltluftproduktion erfolgt hiernach nicht mehr im gleichen Maße wie über Ackerflächen.
  2. **Landschaft**Durch den geplanten Kiesabbau erfolgt eine Veränderung des derzeitigen Landschaftsbildes, das geprägt ist durch den Erlebnisraum „offene Ackerlandschaft“. Es gehen nahezu alle ebenen Ackerflächen und die sie erschließenden landwirtschaftlichen Wege verloren.

Die derzeit noch bestehende Möglichkeit der Entwicklung der vorhandenen intensiv genutzten Ackerflächen zu naturraumtypischen terrestrischen Biotopen (z. B. extensives Grünland oder Auwald) wird durch den Abbau unmöglich gemacht.

Werte und Funktionen des angrenzenden Erlebnisraumes bleiben von dem Vorhaben allerdings unberührt.

* 1. **Kultur- und sonstige Sachgüter**

Auf der beantragten Abbaufläche sind Fundstellen archäologischer Bodendenkmäler bekannt. Die archäologischen Funde könnten beim Abbauvorgang unwiederbringlich zerstört werden. Weitere Fundstellen befinden sich im Untersuchungsgebiet.

1.8 **Landwirtschaft**

Die Nutzungsaufgabe der landwirtschaftlichen Flächen erfolgt zeitlich versetzt je nach Abbaufortschritt.   
  
Die beantragten Flächen befinden sich vollständig im Eigentum der Abbaufirma.

Soweit Flächen vor Ablauf von Pachtverhältnissen ausgekiest werden sollen, ist ein privatrechtliches Einvernehmen zwischen Eigentümerin und Pächter/in herzustellen.

Die Erschließung der benachbarten landwirtschaftlich genutzten Grundstücke ist während der Abbauphase und nach Abbauende jederzeit sicherzustellen.

1.9 **Wechselwirkungen** zwischen den Umweltschutzgütern  
  
Die von dem Vorhaben ausgehenden vornehmlich abbau- und betriebs- sowie anlagebedingten Beeinträchtigungen, insbesondere der Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser und Landschaftsbild stehen in Wechselbeziehungen unterschiedlicher Intensität zueinander.  
  
Durch die Entfernung der belebten Bodenschicht erfolgt ein Eingriff in das abiotische Gefüge, und es ergeben sich Konsequenzen für die Pflanzen- und Tierwelt sowie für das Geländeklima durch verringerte Kaltluftproduktion.

Ferner bestehen durch die Entfernung der belebten Bodenschicht Wechselwirkungen zwischen Boden und Grundwasser.

Durch die Entnahme von Sand und Kies und die Einbringung von Abraumboden in das Abbaugewässer werden im Übrigen die geologische Schichtung und damit das Durchströmverhalten des Grundwassers durch die bindigen Auenlehmschichten verändert.

Darüber hinaus wirkt sich die Offenlegung des Grundwassers und insofern der Bodenverlust auf die Wasserqualität aus. Derzeit wird das Grundwasser durch Nährstoffe aus der landwirtschaftlichen Nutzung belastet, zukünftig können Stoffe aus der Luft ungehindert auf das Gewässer einwirken.  
  
Die Landwirtschaft kann infolge des Bodenverlustes nach erfolgtem Abbau nicht mehr ausgeübt werden.

**Anhang II  
  
Bewertung der Umweltauswirkungen gem. § 12 UVPG:**

Die Bewertung der Umweltauswirkungen, denen die einzelnen Schutzgüter unterliegen, erfolgt auf der Basis der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS), der FFH-Vorprüfung und der Artenschutzrechtlichen Prüfung, die u.a. die Umwelt am Standort und im Einwirkungsbereich beschreiben, die Vorbelastungen aufzeigen, die Auswirkungen des Sand- und Kies-abbaues auf die Umwelt ermitteln und beschreiben sowie eine Wirkungsprognose und Eingriffsbeurteilung beinhalten und eine Gesamtbeurteilung des Vorhabens einschließlich der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern liefern.

Darüber hinaus wurden die Stellungnahmen der Fachdienststellen, Naturschutzvereinigungen und Einwanderheber, soweit sie konkrete Aussagen zu diesem Themenkomplex enthalten, und eigene Ermittlungen bei der Vornahme der Bewertung herangezogen.

Weitere Bewertungsmaßstäbe können Fachgesetze, Verordnungen, Gutachten oder Erlasse sein.

1.1 **Mensch einschl. menschlicher Gesundheit, Siedlung, Erholung**

Mit dem Vorhaben sind betriebsbedingte Auswirkungen auf Wohnfunktionen im Umfeld der Abbaustätte sowie betriebs- und anlagebedingte Auswirkungen auf die landschaftsgebundene Erholung verbunden. Diese beinhalten von den Abbauflächen, der Aufbereitungsanlage, dem Werksverkehr und dem Abtransport per Lkw ausgehende Emissionen, die Präsenz technischer Geräte und Anlagen auf der Abbaustätte sowie die dauerhafte Veränderung des Landschaftsbildes im Wirkungsbereich des Vorhabens.

Obwohl zeitweise sicherlich durch den Abbau, die Aufbereitung und den Transport des Materials verursachte Lärmemissionen wahrnehmbar sein werden, ist die Beeinträchtigung diesbezüglich nicht erheblich. Die durch den TÜV Nord vorgenommenen schalltechnischen Untersuchungen haben ergeben, dass der Immissionsrichtwert von 60 dB(A) für die Tageszeit auch bei den ungünstigsten Abbaubedingungen (Abbau im geringsten Abstand zu den Immissionsorten bei gleichzeitiger Entfernung von Abraumboden) an allen Immissionsorten um mehr als 10 dB(A) unterschritten wird. Ein Betrieb in den Nachtstunden ist nicht vorgesehen. Die Schallzusatzbelastung durch den Kiesabbau kann mithin nach den Regelungen in Ziffer 3.2.1 der TA Lärm als irrelevant angesehen werden (Unterschreitung des Immissionsrichtwertes um mindestens 6 dB(A)).

Der Weserradweg ist nicht vom Abbau betroffen. Da die geplante Abbaufläche heute als eine offene Ackerlandschaft mit einem eher monotonen Charakter zu betrachten ist und kaum von Erholungssuchenden frequentiert wird, ist der Eingriff diesbezüglich ebenfalls unerheblich.

Nach Abschluss der Herrichtungsmaßnahmen wird sich die Bedeutung des betroffenen Landschaftsraumes für die Erholung erhöhen. Insbesondere wird sich das Landschaftsbild mit naturnah empfundenen Elementen verbessern.

Abschließend ist festzustellen, dass das Vorhaben lediglich zu unerheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes „Mensch, menschliche Gesundheit, Siedlung und Erholung“ führen wird, die aufgrund des sich nach Abbauende ergebenden Potenzials tolerierbar sind.

1.2 **Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt**

Beim Schutzgut Arten und Biotope liegt i.d.R. eine erhebliche Beeinträchtigung vor, wenn Vorkommen von Pflanzen- und Tierarten mit allgemeiner bis besonderer Bedeutung durch den Abbau zerstört oder durch Fernwirkungen wie Grundwasserstandsänderungen, Emissionen oder Freistellung von Waldbeständen geschädigt werden.

Durch die geplante Auskiesung gehen im Wesentlichen Ackerflächen verloren und damit Biotoptypen mit geringer ökologischer Wertigkeit (Vorkommen von allgemeiner bis geringer Bedeutung, Wertstufe II). Die Biotoptypen im Untersuchungsgebiet mit mittlerer bis höherer ökologischer Wertigkeit sind nicht vom Abbau betroffen. Im Anschluss an die Abbautätigkeiten erfolgt eine Herrichtung der Ufer- und Böschungsbereiche, und es entstehen nicht oder extensiv genutzte terrestrische, semiterrestrische und aquatische Biotope mit sich entwickelnder höherer ökologischer Wertigkeit. Insofern ist der Eingriff in das Schutzgut „Pflanzen und biologische Vielfalt“ nicht erheblich.

Für die Fauna des Offenlandes geht Lebensraum verloren oder ändert sich in seiner Grundstruktur.

Die artenschutzrechtliche Prüfung führte zu dem Ergebnis, dass der Eingriff wegen der Betroffenheit von vier Feldlerchenpaaren im Antragsgebiet als gefährdete und planungsrelevante Art erheblich ist. Eine erhebliche Beeinträchtigung ergibt sich auch wegen der regionalen bis landesweiten Bedeutung der Ackerflächen für Rastvögel.  
  
Insofern werden für die Feldlerche CEF-Maßnahmen erforderlich. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen in Form eines Blühstreifens mit Lerchenfenstern im Norden und der Entwicklung einer Feucht-/Nasswiese im Süden müssen ihre Funktion als Bruthabitat erfüllen. Dies ist durch ein Monitoring entsprechend Auflage 2.2.6.6 nachzuweisen. Die Inanspruchnahme von Nahrungsräumen nordischer Gastvögel wird durch eine Ersatzgeldzahlung kompensiert.  
  
Die planungsbedingten Beeinträchtigungen weiterer artenschutzrechtlich relevanter Arten sind nicht erheblich oder können durch die beschriebenen bzw. als Auflage festgesetzten Minderungs- und Vermeidungsmaßnahmen soweit verringert werden, dass die jeweilige lokale Population in ihrem derzeitigen Erhaltungszustand gesichert bleibt. Hier ist der Schutz von Bodenbrütern durch eine Bauzeitenregelung zur Flächenräumung sowie eine Vergrämung durch regelmäßige Mahd der Zuwegungen zu nennen.  
  
Die Erfüllung des artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes kann nach § 44 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BNatSchG unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen und unter Berücksichtigung der CEF-Maßnahme ausgeschlossen werden.

Die Kompensation des Verlustes von Nahrungshabitaten für Rastvögel erfolgt auf Wunsch der Antragstellerin gemäß der „Fortschreibung der Rahmenvereinbarung zur Umsetzung der Kompensation von bedeutsamen Gastvogellebensräumen im Nienburger Wesertal“ durch die Zahlung von Ersatzgeld.

Die FFH-Vorprüfung kommt hinsichtlich des sich im Untersuchungsraum befindenden FFH-Gebietes „Teichfledermausgewässer im Raum Nienburg“ (Kiesgrube in Diethe) zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben nicht in dieses Schutzgebiet hineinwirkt.

Die im Anschluss an den Kiesabbau entstehenden Biotopstrukturen werden zahlreichen Tierarten Lebensraum bieten.

Durch die im Planfeststellungsbeschluss geforderten Vermeidungs-, Herrichtungs- und Kompensationsmaßnahmen wird sichergestellt, dass durch das Abbauvorhaben keine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt verbleiben.

1.3 **Boden**Eine erhebliche Beeinträchtigung ist durch den unwiederbringlichen Verlust der Plaggeneschböden und der grundlegenden Veränderung der Geländestruktur unzweifelhaft gegeben, zumal der Plaggenesch kulturgeschichtliche Bedeutung hat.

Nach der Arbeitshilfe zur Anwendung der Eingriffsregelung bei Bodenabbauvorhaben zählen Plaggenesche zu den Böden mit besonderer Bedeutung, sofern sie selten sind. Die Ermittlung der Seltenheit erfolgte auf der Grundlage des Entwurfs zum Landschaftsrahmenplan des Landkreises Nienburg/Weser, 2015) Die geplante Abbaustätte liegt in der Bodenregion „Flusstäler“. In diesem Landschaftsraum nimmt der Bodentyp „Braunerde mit Plaggeneschauflage 556 ha und damit 3,6 % der Gesamtfläche ein. Plaggeneschböden zählen im Landkreis Nienburg nicht zu den seltenen Böden.

Für Seebodenbereiche mit > 5 m Wassertiefe in der Flussaue sind Kompensationsmaßnahmen erforderlich, da diese tiefliegenden Bodenzonen wesensfremde Elemente innerhalb der Weseraue sind. Der Kompensationsgrundrahmen ist anzuwenden, wenn die Flächen nach dem Abbau entsprechend den Zielsetzungen des Naturschutzes entwickelt werden.

Der Verlust des Bodens durch die Abgrabung wird auf der Eingriffsfläche durch Restitution von Bodenfunktionen im Zuge der Wiederherrichtung von Sicherheitsstreifen und Böschungsflächen einschließlich der ufernahen Flachwasserzonen sowie der extensiven Grünlandflächen und der im Süden geplanten Feucht- und Nasswiese kompensiert.

Die sich neu entwickelnden Böden werden aufgrund des fehlenden Bodengefüges zunächst jedoch nur eine eingeschränkte Fähigkeit zur Übernahme ökologischer Bodenfunktionen aufweisen. Diese werden sich, wie auch auf den Sicherheitsstreifen, erst nach und nach wieder in vollem Umfang einstellen.

Im Rahmen des Abbaues ist im Übrigen darauf zu achten, dass nicht beanspruchte Bereiche durch Belastungen wie Bodenauftrag bzw. –abtrag oder Materiallagerungen verschont bleiben.   
  
Soweit die Herrichtung der Abbaustätte wie planfestgestellt erfolgt und die Kompensation entsprechend Zug um Zug mit dem voranschreitenden Abbau vorgenommen wird, bleibt keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden zurück.

1.4 **Wasser**

Grundwasser

Durch die Freilegung des Grundwassers entsteht ein Oberflächengewässer mit horizontalem Wasserspiegel.  
  
Die Auswirkungen der ermittelten Grundwasserabsenkung auf der Zustromseite und die Aufhöhung im Abstrombereich werden nach Abbauende auf Nachbarflächen nicht oder kaum spürbar sein. Im Absenkungsbereich sind keine vegetationsrelevanten Flurabstände ausgebildet. Sie betragen im betreffenden Bereich drei bis vier Meter zum mittleren Grundwasserstandsniveau. Insofern wird die Grundwasserfreilegung nicht zu landwirtschaftlichen Ertragseinbußen führen.  
  
Der Verdunstungsverlust von 12.600 m²/a kann als geringfügig und damit nicht erheblich eingeschätzt werden.  
  
Auf die Qualität des Grundwassers wird durch die Freilegung Einfluss genommen, und zwar insbesondere durch die Beseitigung der belebten Bodenzone (Oberboden) und des Auelehms, die als Schutzschicht gegen Einträge aus der Atmosphäre wirken. Entsprechende Inhaltsstoffe können in Zukunft ungefiltert direkt in den Kiessee und auf diesem Pfad in das Grundwasser gelangen.

Positiv ist andererseits festzustellen, dass mit dem Bodenabbau alle Einträge (Nährsalze, Herbizide, Pestizide), die sich aus der intensiven ackerwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen ergeben, mit dem Beginn des Bodenabbaues unterbunden werden.

Ebenso wird ein abschnittsweiser Abbau mit einer zeitnahen Herrichtung der freigelegten Böschungsbereiche vorgenommen. Es dürfen auch keine Abwässer oder andere das Grundwasser gefährdende Stoffe in den Kiessee eingeleitet werden. Wassergefährdende Stoffe müssen so gelagert bzw. verwendet werden, dass eine Kontaminierung des Gewässers ausgeschlossen wird.

Der anfallende Oberboden darf nur oberhalb der Wasserwechselzone eingebaut werden, um so zu verhindern, dass die im Boden gebundenen Nährstoffe gelöst und in das Gewässer eingetragen werden.

Bei Einhaltung der festgelegten Mindestabstände zu Nachbarflächen und dem **kompakten** Einbau von Auelehm in die zu gestaltenden Böschungsflächen werden keine negativen Auswirkungen auf die Gewässergüte erwartet.

Zu den Themen „mengenmäßiger Grundwasserzustand und Gewässergüte“ wurde ein Fachbeitrag nach WRRL erarbeitet. Weiter sind im Beschluss Auflagen zu umfangreichen Gütemessungen zur Beweissicherung festgeschrieben worden. So kann durch eine regelmäßige Kontrolle sichergestellt werden, dass mögliche heute noch nicht erwartete Auswirkungen rechtzeitig erkannt und Auflagen zum Ausschluss negativer Auswirkungen nachträglich in den Beschluss aufgenommen werden können.

Das Ziel, die Verschlechterung des mengenmäßigen und chemischen Zustandes zu vermeiden, wird damit erreicht.  
  
Soweit der Abbau wie beantragt, bzw. mittels Auflagen in diesem Beschluss gefordert, vorgenommen wird, ist keine erhebliche Beeinträchtigung des Grundwassers zu erwarten.

Hochwasser  
  
Die eigentliche Grundwasserfreilegung wird außerhalb des gesetzlichen Überschwemmungsgebietes der Weser vorgenommen. Bei ausuferndem Hochwasser wirkt sich der entstandene Abgrabungsraum aufgrund seiner Kubatur über dem Normalwasserspiegel eher dämpfend auf den Hochwasserabfluss aus, was aber bei der Größe dieser Erweiterungsfläche wenig spürbar sein dürfte.   
  
Um die Erosionsgefahr bei ausuferndem Hochwasser der Weser zu minimieren, werden die Böschungen im Hochwassereinstrombereich im Süden mit einer Neigung von mind. 1 : 5 oberhalb des Wasserspiegels angelegt und zügig begrünt. Auch die weiteren Böschungen werden aus Gründen des Erosionsschutzes flach angelegt.   
  
Wassergefährdende Stoffe sind zur Vermeidung eines Eintrags bei drohendem Hochwasser aus dem gesetzlichen Überschwemmungsgebiet zu entfernen.  
  
Bei Beachtung der Vorgaben aus den Antragsunterlagen – auch zu den Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie der Nebenbestimmungen dieses Planfeststellungsbeschlusses bleibt keine erhebliche Beeinträchtigung für das Hochwasserabflussverhalten zurück.

1.5  **Klima/Luft**

Das Vorhaben bewirkt im Hinblick auf die mikro- bis mesoklimatischen Auswirkungen keine erheblichen Beeinträchtigungen, da diese räumlich sehr begrenzt sind und nicht wesentlich über die eigentliche Seefläche hinauswirken.

1.6 **Landschaft**

Das Schutzgut „Landschaft“ wird durch das Abbauvorhaben beeinträchtigt, da durch die geplante Erweiterung des Kiesabbaues eine extreme Veränderung des Landschaftsbildes erfolgt.  
  
Während des Abbaues bestehen die Auswirkungen in einer dauerhaften Bodenentnahme und Präsenz einer Tagebaulandschaft mit dem Betrieb der Abbaugeräte und der Aufbereitungsanlage. Im Wesentlichen wird eine strukturarme Ackerfläche über eine mehrjährige Tagebauphase in eine Seenlandschaft überführt.

Der Verlust der Ackerflächen als Landschaftsraum mit eher geringer Bedeutung für das Landschaftsbild kann durch die Rekultivierungsmaßnahmen vollständig ersetzt werden. Bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Wiederherrichtung nach erfolgtem Kiesabbau wird das Schutzgut Landschaft durch die Rekultivierung mittelfristig in ihrer zukünftigen Entwicklungsstruktur diversifiziert, weniger monoton und somit aufgewertet.  
   
Aufgrund dieser zu erwartenden positiven Entwicklungen nach Abschluss der Abbaumaßnahme sind die erheblichen Beeinträchtigungen während der Abbauphase tolerierbar. Im Rahmen der Wiederherrichtung wird der Landschaftsraum so gestaltet, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Landschaft auf Dauer verbleiben.

Mithin ist der Eingriff in das Schutzgut Landschaft nicht als erheblich einzustufen.

1.7 **Kultur- und sonstige Sachgüter**

Aufgrund von archäologischen Funden wird der Eingriff in das Schutzgut als erheblich eingestuft.

Bei strikter Beachtung der im Beschluss enthaltenen Nebenbestimmungen kann die Sichtung und Bergung von Kulturgütern – speziell von archäologischen Funden – gewährleistet werden, so dass keine erheblichen Auswirkungen auf Bodendenkmäler zu befürchten sind.

1.8 **Landwirtschaft**

Ein nachteiliger Eingriff in die Existenzfähigkeit von landwirtschaftlichen Betrieben besteht nicht.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Prüfung der Umweltverträglichkeit nach den Vorschriften des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ergeben hat, dass durch die geplante Abbaumaßnahme durchaus Beeinträchtigungen für einzelne Schutzgüter auftreten werden. Bei Umsetzung des Wiederherrichtungsplanes, der Vermeidungs- und der der CEF-Maßnahmen, der Nebenbestimmungen sowie aller weiteren Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses, insbesondere auch während der Abbauphase, werden jedoch in der Gesamtschau keine erheblichen negativen Auswirkungen auf die umweltrelevanten Schutzgüter am Standort des Vorhabens zurück bleiben, so dass dem Antrag unter Beachtung der Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses aus der Sicht der Umweltverträglichkeitsprüfung entsprochen werden kann.